POLITIK & GESELLSCHAFT

KANTIG - KRITISCH - PERSÖNLICH

Wenn nichts bleibt, als zu gehen

Ein Gespräch über die Flucht, den Krieg und was wir daran verstehen müssen

Hätte ich ihm vor drei Jahren gesagt, er würde aus Syrien fliehen und ein neues Leben in Deutschland anfangen müssen, dann hätte Anas gelacht und gesagt, guter Scherz. Vor drei Jahren dachte Anas aber auch noch, der Krieg sei so etwas wie ein Spiel. Zwei streiten sich, einer gewinnt, dann klopfen sie sich auf die Schultern. Drei Jahre später, Hamburg Niendorf, und wir reden über den Krieg, der alles ist, aber bestimmt kein Spiel.

Wo diese Geschichte ihren Ausgang nimmt

Als 2012 die Revolution losbrach, hatte Anas gerade seinen Bachelor in Wirtschaft abgeschlossen und angefangen, für die Vereinten Nationen in Aleppo zu arbeiten. Alles super. Viel Geld, viele Freunde, Familie, klasse Leben, wirklich. Mit dem Krieg aber änderte sich das alles. Da konnten die Vereinten Nationen ihn als Arbeitnehmer nicht mehr gebrauchen. Stattdessen sollte er von der syrischen Armee eingezogen werden. Seine Familie musste in den Süden des Landes fliehen. Und die Freunde? Manche so, manche so. Anas gehörte damals zu den Glücklichen, die die Wahl hatten, ob sie sterben möchten oder gehen. Anas wollte gehen. Doch so leicht die Entscheidung für die Flucht gefallen war, so schwer war es, die Flucht zu planen. Wie macht man das? Die Afrikaner, lacht er, haben Jahre der Erfahrung im Fliehen. Die können das jetzt. Aber die Syrer? Keine Ahnung, wie das geht.

Es ging, wie es bei allen Flüchtlingen geht, und wie man es hier schon hundertfach gehört hat. Von Syrien nach Ägypten, von dort mit dem Boot über das Mittelmeer nach Italien. Er hatte schon Glück, nicht ertrunken zu sein, und doch sagt er, die Überfahrt auf dem Boot sei die erste wirklich schlechte Erfahrung in seinem Leben gewesen. Der erste Tag war eigentlich sogar ganz gut, es war das Mittelmeer und die Sonne schien, ein klasse Tag. Bis dann aus den 120 Personen auf dem Schiff 250 wurden, aus denen dann 300 wurden. Zwei Tage stürmisches Wetter, das war wirklich gefährlich auf diesem viel zu vollen Boot. Es war die erste wirklich schlechte Erfahrung in seinem Leben.

Verlorene Zeit

Dann, wie gesagt, Italien. Eingepfercht wurden alle Flüchtlinge zusammen in einem Handballstadion. Es kam auch ein, zwei Mal die italienische Polizei vorbei, um seine Fingerabdrücke zu nehmen. Das heißt, man hat ihn freundlich gebeten, seine Fingerabdrücke abzugeben. Anas wollte nicht, er wollte nach Schweden. Italien hatte gerade auch keinen Mangel an Flüchtlingen. Nachdem man pro forma ein wenig versucht hatte, seine Fingerabdrücke zu bekommen, ließ man ihn einfach ziehen. Mit nichts als seinem Rucksack über Paris und Amsterdam, Malmö war Anas Ziel. An Deutschland führte da kein Weg vorbei. Über die Grenze hat er es noch geschafft, viel weiter nicht. Dann wurde er von der deutschen Polizei aufgegriffen, die ihm partout nicht glauben wollte, dass er bloß ein Backpacker auf Europatour sei. Und so setzte man ihn fest, zunächst in Dortmund. Dann ging es nach Hamburg ins Flüchtlingsheim, wo er sieben Monate bleiben musste, bis man ihm eine Aufenthaltsgenehmigung erteilte. Heute möchte er sich lieber nicht mehr so genau daran erinnern, wie es dort gewesen ist. Rechte, sagt er, hatte man keine, außer dass man essen und schlafen durfte in einem Zimmer mit zwei, vier, sechs oder sieben anderen. Ich solle da bitte nicht weiter nachfragen. Man kann sagen, es ist der gerechte Ausgleich dafür gewesen, dass er sich der syrischen Armee entzogen hat, und dabei sollten wir es belassen. In den sieben Monaten hat er wenig gemacht und nur wenig geredet. Die Zeit dort ist verloren, er hat sie gestrichen.

Als das Unvorstellbare vorstellbar wurde

Seine Flucht, das ist der ganz normale Wahnsinn, den eigentlich jeder Flüchtling so oder so ähnlich hinter sich gebracht hat. Was wir verstehen müssen, ist dabei nicht, wie genau und auf welchem Weg er gekommen ist. Wir müssen verstehen, wie er es konnte. Stell Dir vor, sagt er, Du solltest das machen, Dein Zuhause verlassen, auf das Boot steigen und ins Flüchtlingsheim, alles, wirklich alles dabei verlieren. Anas kann kein Schwedisch und er konnte auch kein Deutsch. Er kann in Europa nicht oder nur schwer arbeiten. In seiner Lebensplanung hat er fünf, vielleicht zehn Jahre verloren und gerade fühlt er sich, ohne Sprache, ohne Job, ohne Familie, unbeholfen wie ein kleines Kind. Er hätte auf dem Weg hierher gut und gern sein Leben verlieren können. Und auch wenn am Ende alles sehr gut ausgegangen ist, der Weg nach Deutschland und die Zeit im Flüchtlingsheim waren unerträglich, menschenunwürdig. Wie also kann man das? Für jemanden, der ein gutes Leben führt, ist das unvorstellbar, ob er in Hamburg lebt oder in Aleppo. Anas konnte sich so eine Flucht nicht vorstellen und er könnte es heute nicht, wäre nicht der Krieg gekommen. ISIS gegen Assad, Schiiten gegen Sunniten, Sunniten gegen Sunniten. 15% der Bevölkerung bekämpfen 15% der Bevölkerung, 70% schauen zu, und während sie zuschauen, sterben sie. Jeden Tag Menschen, die sterben, jeden Tag. Anas sagt, in Syrien hättest Du ein Interview mit einem Sterbenden führen können – live, von Angesicht zu Angesicht. Der Krieg hat für ihn vorstellbar gemacht, was unvorstellbar war. Die ganze Zeit Angst vor dem Tod, während das ständige Sterben der Menschen um einen herum das Leben nicht mehr lebenswert machte. Wie ein Mensch es schafft, auf dieses Boot zu steigen? Du wärst auch aufs Boot gestiegen.

Menschbleiben

Das Tragische ist ja, dass dieses ganze Leid menschengemacht ist. Warum führen die Menschen diesen Krieg? Friedrich Nietzsche soll einmal gesagt haben, es liege dem Menschen im Blut. Er braucht es, er will es. Es ist das Bedürfnis nach Gewalt, völlig grundlos. Warum Schwarz gegen Weiß, warum Katholik gegen Protestant, warum, hat das denn jemals jemand verstanden? Die Menschen wollen den Krieg, und mehr als das, sie wollen die Autorität, die sie durch ihn bekommen. Autorität, die sie brauchen, weil es manchmal so schwer ist, sich seine eigenen Werte zu setzen. Der Mensch führt Krieg nicht, weil er dazu einen Grund hat, sondern um seiner selbst und um der Unfreiheit willen. Einmal hat Anas zu einem Freund gesagt, wenn das so ist, und der Mensch in seiner Blindheit nur so zu Gewalt und Brutalität hingezogen wird, dann wolle er nicht mehr Teil dieser verdammten Menschheit sein. Was er stattdessen werden wolle, ein Tier vielleicht? Vielleicht, ja, vielleicht besser ein Tier. Die Idee der Menschlichkeit ist ein Paradoxon. Anas hat sich dann doch entschieden, Mensch zu bleiben. Und Menschbleiben, das heißt leben, Menschbleiben heißt Seele haben. So wenig Anas noch an die Menschheit und ihre Menschlichkeit glauben kann, so wenig war er andererseits bereit, diesen letzten Schluss von der natürlichen Grausamkeit des Menschen zu wagen. Anas wollte und ist Mensch geblieben nach seiner eigenen Vorstellung. Er ist gegangen.

Vom missbrauchten Glauben

Allein, das ist eine Konsequenz, die er nur für sein eigenes Schicksal ziehen konnte. In Syrien, scheint es, geben sich einige Menschen zur selben Zeit genau jenem Hang zur Brutalität hin, den Nietzsche ihnen angedichtet hat. Und wie sie dabei geradezu nach Autorität verlangen! In Syrien besteht für all jene, die nach solchen Autoritäten suchen, nach wie vor ein reiches Angebot. Ob es das Assad-Regime ist oder ISIS oder Al-Qaida. Und die Nachfrage ist gleichbleibend hoch. Was diese Gruppen gemeinsam haben, ist allein ihre Waffe: die Religion. Von Haus aus ist sie zur Legitimation autoritärer Regime gut geeignet. Noch dazu liegt es in ihrer Natur, dem

Fortsetzung auf Seite 12

Editorial

Dear Readers and Friends,

One year ago a group of students from Bucerius Law School in Hamburg took the decision to revive the student journal "Politik & Gesellschaft" ("Politics and Society") or "PuG". While there was never any question that its name and the principle that this paper was to be strictly from students to students had to be maintained, as the defining features of the PuG, we felt that the original design and content of the journal needed some radical changes that would enable it to speak to a broader audience and offer topics, modes of debate and a form of management that would stand the test of time. Three issues of the new PuG later, we can say that our new design and concept which has opened up the newspaper to contributors from all over the world, have thus far been successful. We are delighted to see our aim of creating a platform for a sincere and direct exchange of opinion and debate becoming reality.

A few remarks about this fifteenth issue of PuG: First, you will realise that the share of international articles has decreased. Readers who are not fluent in German might be disappointed, and rightly so. While in PuG's last issue almost a third of all contributions were written in English, this issue features only one English article – albeit a particularly good one (see: David Kelly, „To see ourselves as others see us", p. 5). We would like to offer you more articles in English. However, this is part of the „PuG hazard": We can only publish what you send us.

Second, most of this issue's articles have a common theme. Interestingly, this was only partly intended: Sure, we do have invited you to send us your thoughts on the current refugee crisis in Europe (see: articles by Sophia, Marc and Manjit Kohler). However, we never planned on making „war" or „the food industry" key themes. Yet, this is what happened: Dominik Wuller's short essay, Daniel Klisa's article and Marc's elaboration on German prejudice against the US all have a certain martial sound to them. As unsettling as this may be this could be a hint that war is not as remote a notion to our generation anymore. „Food" is another rather „unintended main topic". Sebastian Becker Flemming Kilian and Pia Schröder deal with this rather day-to-day subject. Still, it is fascinating to see what a controversial debate they open up. Just as interesting you might find further pieces dealing with societal issues, including same-sex marriage and gender mainstreaming.

Finally, we would like to thank all our contributors, supporters and readers for their interest, help and effort. I hope you will enjoy PuG's fifteenth issue.

Your Editorial Team

Politik & Gesellschaft / PuG - The only real students' newspaper?!

Yes, PuG is different! PuG is combining internet-age sharing, posting, commenting features with an old-school newspaper style. PuG disarranges the classical roles of "writers" and "readers" – here Readers are Writers and Writers are Readers. Confusing? A little, but not too much! PuG sees itself as a forum for students' thoughts and feelings about current political and societal issues – and as a gallery for your pieces of art. We want to make you heard. In exchange we expect from you to deal responsibly with the publicity we offer to you. The Editors' Team, made up by students, guides and supports you in sharing your ideas and thoughts as students – young people who have chosen to spend years of their lives studying, i. e. learning about the world in order to change it. Hence, PuG is the only real students' newspaper.

HOW TO CONTRIBUTE?
If you are interested in contributing or getting any further information on PuG, please get in touch: kontakt@politik-gesellschaft.com. Written contributions should be handed in Microsoft Word .doc or compatible format, and be no longer than 2.000 words; pictures should be in .jpeg format. For further information, especially next issue's main topics please also visit our website www.politik-gesellschaft.com.

WHEN TO CONTRIBUTE?
Submission deadline for articles, photos or pieces of art you would like to have published in PuG's sixteenth edition will be: Saturday 31st October 2015.

Leid und Hass und Feuer

Über das gefährliche Schweigen der Politik in der Flüchtlingsdebatte

Dass Angela Merkel Kommunikationshemmungen hat, ist bekannt. Die Nichtkommunikation gerade dann, wenn Wahlvolk, Opposition und Parteikameraden erklärende, aufklärende, Position bekennende Worte der Bundeskanzlerin erwarten, hat Methode. Viel Berechtigung hat die Wahrnehmung, die öffentliche Frau Merkel sitze Probleme lieber aus, als sie anzusprechen. Schweigen und Abwarten ersetzen Reden und Handeln. Die Merkel-Methode ist machtpolitisches Erfolgsrezept. Und kostet Menschenleben.
Viel Lärm wird gemacht um brennende Asylbewerberheime in den 90ern. Erst jüngst wurden die von einer erschreckend breiten lokalen Unterstützung getragenen Ausschreitungen 1992 in Rostock-Lichtenhagen für das Kino aufgearbeitet („Wir sind jung. Wir sind stark." (2014)). Heute brennen wieder Flüchtlingsheime, überall in Deutschland. Richtig, in den Rostocker Plattenbauten lebten bereits Menschen. Unsere neuen Brandstifter denken lieber voraus: „Niederbrennen, bevor das Pack einzieht!". Allein in den Monaten April bis Juni wurden geplante Unterkünfte u. a. in Limburgerhof (Rheinland-Pfalz), Schmiedeberg und Meißen (beide Sachsen), Zossen (Brandenburg) rechtsmotiviert in Brand gesteckt. Auch in Bayern brannte es. Zwar fehlt es an den bunten TV-Bildern applaudierender Nachbarn. Doch das Volk marschiert in Dresden, Leipzig und Dortmund. Heute – darauf weist der Finanzbeamte von Escheburg (Schleswig-Holstein) hin – applaudiert die Mitte nicht nur; sie krempelt selbst die Ärmel hoch. Abwehrreaktionen gegen das Fremde, Unbekannte sind urmenschliche Reflexe. Und das Neue, Verändernde stört, hat man sich einmal behaglich in der eigenen kleinen Welt eingerichtet. Dass Mitbürger überall im Lande – auch hier in Hamburg – Angst haben, dass Kriegsflüchtlinge im Nachbarhaus die heimische Idylle verändern könnten, ist durchaus nachvollziehbar. Daneben gibt es die notorischen Wutbürger, die Gewohnheitskrittler, auch echte Rassisten und Überzeugungstäter in Kleingartenkolonie und Biedermeiergarten. Dennoch nicht jede Angst und Skepsis ist unberechtigt, bloß sind sie keine unheilbaren Krankheiten, keine Übel ohne Gegenmittel. Miteinander sprechen, aufklären, den Bürger miteinbinden und Verantwortung übernehmen lassen, sind Mittel, die Wirkung zeigen. Teilweise versuchen sich Lokalpolitiker und private Initiativen am Dialog. Allein Bundes- und Landespolitik schweigen.
Wie schwer es gar ist, dem einzelnen im Kleinen zu verkaufen, was er im Großen selbst befürwortet, fördert die Energiewende zu Tage. Die meisten wollen ja weg vom Atomstrom und sind für alternative Energiegewinnung, haben den energiepolitischen „U-Turn" der Bundeskanzlerin begrüßt. Bei der Umsetzung jedoch, bei Windrädern und Stromtrassen vorm eigenen Fenster, kriecht aus dem grünen Revoluzzer der konservative Spießbürger hervor. Im Kleinen hat noch beinahe jeder Alt- oder Neu-68er in die internationale Hymne des Kleinbürgertums eingestimmt: „Noooot in my-y ba-ackyard!". Hier nun reagiert die Politik: durch „Grundrechtsschutz durch Verfahren", etwa durch das Auslegen von Plänen in Rathäusern, öffentliche Diskussionen auf Parteiversammlungen und in Bierzelten. Was ich mich nun frage, ist: Wenn die Politik verstanden hat, dass Kommunikation bereits bei der Umsetzung dessen unverzichtbar ist, was der Bürger per se befürwortet; dann muss es doch auf der Hand liegen, wieviel kommunikativer Aufwand bei Themen erforderlich ist, bei denen ein großer Teil der Bevölkerung den geplanten Maßnahmen im besten Fall skeptisch gegenüber steht.
Hand aufs Herz: Die Ströme von Kriegs- und Elendsflüchtlingen aus Nahost und Afrika werden nicht versiegen. Der Balkan wird die Auslandsämter weiterhin mit Asylanträgen überfluten, die wenig bis gar keine Aussicht auf Erfolg haben. Und auch die gesteuerte oder nicht gesteuerte Migration nach Deutschland bzw. die Kinder und Kindeskinder ehemaliger Migranten werden nicht einfach verschwinden – Holocaust ist uncool geworden. Stromtrassen wollen nicht atmen, essen und leben. Windräder haben keinen Ehrgeiz. Sonnenkollektoren pflanzen sich nicht fort und wünschen ihren Kindern ein besseres Leben in einer sicheren Heimat. Wenn wir bei ersteren Angst haben, zu schweigen, dürften wir bei letzteren nicht einmal daran denken, aufzuhören, zu kommunizieren, zu sprechen, zu schreiben. Es müsste einen ständigen Strom von Beamten und Angestellten von Bund, Ländern und Kommunen geben nach Zossen, Escheburg, Harvestehude, in alle Teile des Landes, Gesandte der Politik, die zuhören, erklären und sich der Debatte stellen. Natürlich kann nicht jedes „Ob" ausdebattiert werden. Manchmal muss der Bürger auch tolerieren, dass es einen Souverän gibt, der für ihn entscheidet. Aber keine Stadthalle ist zu klein, um den Menschen nicht ein wenig mitgestalten zu lassen, wie die gebildete syrische Großfamilie oder der Tross arbeitserfahrener und arbeitshungriger Mauretanier optimaler Weise in die Kleinstadtgemeinde einbinden könnten.
Alles müsste zudem daran gesetzt werden, diejenigen Ankömmlinge, die es bis ins Land geschafft haben, vollumfänglich zu integrieren. Verpflichtende Deutschintensivkurse sofort! Das Kennen- und Verstehenlernen zwischen Ureinwohnern und Neuen darf nicht allein privaten Initiativen oder gar dem Zufall überlassen werden, sondern muss auf höchster Ebene gewollt, gesteuert und finanziert werden. So wenig wie jeder Flüchtling aus dem Irak ein traumatisierter Islamist ist, so wenig ist jeder Rentner aus der sächsischen Schweiz ein Menschenfeind. Ohne politische Mediation zwischen beiden Seiten stehen die Chancen jedoch hervorragend, dass wir die breite Mitte auf beiden Seiten genau dorthin treiben lassen: In unversöhnliche Extreme, in Wut, Enttäuschung, Frustration... Jeder Flüchtling müsste sofort der Schulpflicht unterfallen, ab auf die Schul- und an die Werkbänke mit ihnen! Warum wird dem hessischen Rentner, der Bäckermeister ist, nicht eine Zusatzrente dafür versprochen werden, dass er jungen Somalis das Backen beibringt? Sich innovative Lösungsansätze wie diesen auszudenken, ist ein Leichtes. Dass Kommunikation und Bildung Schlüssel sind für jedes friedliche und produktive Zusammenleben von Menschen, sind nicht mehr als Binsenweisheiten. Etwas läuft schief, wenn man sich gerade in diesem Kontext nicht daran erinnern will.
Und so bleibt es dabei: In der Flüchtlingsdebatte sorgt das Schweigen der Politik dafür, dass Angst in Herzen kriecht. Wuchern Ängste, werden sie zu Wut und Schrecken. Wut aber neigt zu Gewalttätigkeit, Schrecken zu Abwehr. Beide verschlimmern alles. Irgendwann brennen Flüchtlinge und am Ende das ganze Land. Die Politik, allen voran die Kanzlerin, muss handeln, wenn aus Leid nicht Wut und aus Wut nicht Feuer werden soll.

Marc Philip Greitens

Vorbildliche Deutsche in Kiel und anderswo

Deutschlands Umgang mit den Flüchtlingen ist nicht so schlecht wie behauptet.

Die Politik bleibt, was die Flüchtlingsdebatte betrifft, gefordert. Mit welchen Gefahren die illegale Einreise nach Europa verbunden ist, wurde etwa im Frühjahr dieses Jahres auf tragische Weise am Schiffsunglück im Mittelmeer deutlich, bei dem offiziellen Berichten zufolge 800 Menschen ihr Leben verloren haben. Und trotzdem werden weitere Flüchtlinge versuchen, nach Europa zu kommen.

219.000 Menschen flohen laut dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR 2014 über das Mittelmeer; im laufenden Jahr sind es bis zum 20. April 35.000. Damit ist eine stetig steigende Zahl der Asylbewerber nicht nur in Italien oder Bulgarien zu verzeichnen, sondern auch Deutschland kommt auf einen Anstieg von 60 % im Vergleich zum Jahr 2013.

Der Druck auf die Kommunen wächst und ist überall spürbar. Lange vor meinem Umzug nach Schleswig-Holstein wurde in meinem Heimatbezirk in Köln der Bau eines neuen Flüchtlingswohnhauses und damit verbundene Angebote für die Ankömmlinge geplant, hier in Kiel soll auf unserem Campus eine Erstaufnahmeeinrichtung für bis zu 700 Flüchtlinge entstehen, schon vor Wochen beschloss die Christusgemeinde in Kronshagen, unweit von meinem Wohnort entfernt, das Gemeindezentrum für Flüchtlinge bereitzustellen. Darüber hinaus sind Turnhallen und Hotels unter anderem auch auf Bundesebene seit Monaten belegt.

Trotz dieses Drucks verhält sich ein großer Teil der Bevölkerung vorbildlich. Dies zeigte erneut die Informationsveranstaltung im April „Geflüchtete in Kiel“ allein schon aufgrund der Teilnehmerzahl in dem bis an die Türen gefüllten Hörsaal. „Es geht darum, gemeinsam Lösungsstrategien zu finden!“, erklärte Martin Link vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. Neben ihm hatten zahlreiche Organisationen an diesem Abend die Möglichkeit, sich zu präsentieren und den Anwesenden Informationen zu geben, wie sie sich in die aktuelle Flüchtlingssituation in Kiel hilfreich einbringen können. Darunter fanden sich auch sowohl der Christliche Verein zur Förderung sozialer Initiativen in Kiel als auch die Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten (ZBBS), welche mittlerweile schon einen Aufnahmestopp für freiwillige Helfer beschließen musste und nun nur noch auf das Ehrenamtsbüro „Nette Kieler“ auf ihrer Website verweist.

Es wird auch immer wieder Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland geübt. Lauter werden Aufschreie nach einer legalen Einwanderungsmöglichkeit. Leider fehlen hierbei in den aktuellen Debatten zumeist die Ernsthaftigkeit und die Fähigkeit, Gedankengänge zu Ende zu führen. Noch dazu ist Grundlagenwissen bezüglich der Problematik nicht weit verbreitet. Sollte es nämlich eine legale Einwanderungsmöglichkeit geben und man ginge davon aus, die EU hole die Flüchtlinge in dafür übersetzenden Schiffen ab, dann täte sich ein neues Feld an Problemen auf, das Europa als solches nicht zu bewältigen im Stande wäre. Die Frage, die sich dann stellt, ist: Wo soll welche Institution nach welchen Kriterien entscheiden, wer wieder gehen muss und wer bleiben darf, wo man es in diesem Falle nicht mehr mit Zehntausenden, sondern weit mehreren Hunderttausenden zu tun bekäme. Wer für diese Lösungsvariante plädiert, muss dann auch den Bürgern des Landes die Konsequenzen darlegen, denn diese sind in einem solchen Fall weitaus tiefgreifender als die Situation der überlasteten Kommunen derzeit ist.

Auch der Irrglaube, Deutschland würde seiner moralischen Verantwortung nicht gerecht, ist noch weit verbreitet. Dabei bleibt aber gerne unerwähnt, dass Deutschland gemeinsam mit Schweden ungefähr die Hälfte aller Asylbewerber in der Europäischen Union aufnimmt und auf Deutschland allein etwa zwei Drittel der bisher aus Syrien in die EU Geflohenen aufgenommen hat. Das Problem liegt vielmehr in der Verteilung der bereits vorhandenen Massen und nicht die, in diesem Kontext so oft genannte, Abschottungspolitik Europas.

Insofern bleibt zu hoffen, dass die EU Möglichkeiten findet, das Schlepperwesen weiter einzudämmen und andere europäische Länder mehr in die Verteilung der Asylbewerber einzubinden, damit sich auch dort genauso viele hilfsbereite Menschen wie in Kiel finden können , die sich für eine Integration der Neuankömmlinge einsetzen.

Manjit Kohler
- Christian-Albrechts-Universität zu Kiel -

Dieser Beitrag ist auch zu finden auf dem Blog www.collegeblog.kn-online.de.

POLITIK

Geschlossene Gesellschaft?

Ein Plädoyer für die Öffnung der Ehe

Die Volksabstimmung im katholischen Irland, bei der die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare mit großer Mehrheit beschlossen wurde, hat das Thema „Ehe für alle“ auch in Deutschland wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Sollte das Rechtsinstitut der Ehe in Deutschland auch für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden? Mit dem folgenden Beitrag soll auf die wichtigsten Argumente der Gegner der Eheöffnung eingegangen werden. Die Autoren hoffen, zur Versachlichung der Debatte beizutragen.

Die Ehe als heterosexuelle „Geschlechtergemeinschaft“

Die Ehe steht unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. So steht es im Bonner Grundgesetz. Die Frage, wie dieser abstrakte Schutzauftrag konkret aussieht, wird durch Heranziehung der vielfältigen einfachrechtlichen Ausgestaltungen der Ehe beantwortet, die ihm Leben einhauchen. So weit, so gut. Warum es aber legitim ist, gerade diese Ehe als rechtsverbindliche Partnerschaft zu privilegieren und in verfassungsrechtliche Weihen zu heben, ist eine Frage, die Schwierigkeiten birgt. Nichtsdestotrotz haben viele Gleichstellungsgegner dafür eine dezidierte Antwort: Die Ehe verdiene den besonderen Schutz, weil in ihr besondere natürliche und kulturelle Leitbilder verwirklicht werden. Eifrig werden diese Bilder mit verschiedensten Wortschöpfungen und mystisch aufgeladenen Metaphern umschrieben: Es ist die Rede von der „Dichotomie der Geschlechter“, von einem „ursprünglichen Wert der Schöpfungsordnung“, einer „eindeutigen Ordnung der Evolution“. Staatliche Privilegierung wird also mit einer Mischung aus Naturrecht und kulturell bedingtem Gewohnheitsrecht legitimiert. Diesem derartig konstruierten Leitbild können gleichgeschlechtliche Paare natürlich nicht entsprechen. Platt verdichtet lässt sich dies in den USA auf so manch einem Autoaufkleber nachlesen: „It´s Adam and Eve, not Adam and Steve.“ Die biologistische Komponente dieser Argumentation fußt bereits in ihrem Ansatz auf zweifelhaften Prämissen, denn aus der Natur normative Aussagen abzuleiten zu wollen, ist wenig vielversprechend, wenn nicht sogar gefährlich. Nichtsdestotrotz soll auch diese Argumentationslinie näher untersucht werden, unabhängig davon, ob sie grundsätzlich valide sein kann.

„Ehe ist auf Kinder ausgelegt.“

Das – vorrangig biologistische – Hauptargument der Gegner einer Eheöffnung bezieht sich auf „Kinder“. Die Ehe sei auf Kinder ausgelegt und müsse deshalb Mann und Frau vorbehalten bleiben. Was aber bedeutet es, wenn eine Ehe „auf Kinder ausgelegt“ ist? Auch gleichgeschlechtliche Ehen können in tatsächlicher Hinsicht auf Kinder ausgelegt sein, wenn sich diese Paare entschließen, ein Kind zu adoptieren, ein Pflegekind aufzunehmen oder durch Samenspende eine Schwangerschaft einzugehen (um nur einige Möglichkeiten zu nennen) und die Ehe (bzw. „Lebenspartnerschaft“) gerade zu diesem Zwecke und zur Absicherung künftiger Kinder eingegangen wird. Dass dies nicht bloß theoretische Szenarien sind, zeigt die stetig wachsende Zahl an Kindern, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften aufwachsen. Tatsächlich vorhandener Kinderreichtum kann also eine Benachteiligung nicht rechtfertigen. Ist etwa die Fruchtbarkeit der an der Ehe beteiligten Einzelpersonen gemeint? Auch hier ist nicht ersichtlich, wie aus einer gleichgeschlechtlichen Orientierung die Zeugungsunfähigkeit resultiert, ansonsten gäbe es keine leiblichen homosexuellen Mütter und Väter. Gemeint ist vielmehr die Zeugungsfähigkeit innerhalb der Beziehung ohne „Hilfe von außen“ (z.B. durch Samenspende). Nur Mann und Frau seien in der Lage „zusammen und auf natürliche Weise“ ein Kind zu zeugen (als ob irgendjemand hieran zweifeln würde). Zwei Dinge fallen den Gegnern hierbei aber offensichtlich nicht auf: Zum einen können sie nicht erklären, wieso die Zeugungsfähigkeit für sich genommen ein förderungswürdiges Kriterium sein sollte. Wieso sollte ein „zeugungsfähiges“ kinderloses Paar gegenüber einem zeugungsunfähigen kinderreichen Paar bevorzugt werden? Konsequent zu Ende gedacht würde dies sogar dazu führen, dass einem heterosexuellen (!) unfruchtbaren Paar mit Adoptivkindern eine Eheschließung verwehrt bliebe, während ein fruchtbares heterosexuelles Paar, das gar keine Kinder haben will, aufgrund des „Zeugungspotentials“ innerhalb seiner Beziehung heiraten dürfte. Des Weiteren wird übersehen, dass auch diese potentielle natürliche Zeugungsfähigkeit heterosexueller Paare nur bis zu einem bestimmten Alter vorhanden ist (Menopause). Es ist folglich nicht ersichtlich, wieso die Berechtigung zur Schließung einer „auf Kinder ausgerichteten“ Ehe selbst bei im Grunde zeugungsfähigen Paaren über die Wechseljahre hinaus fortbestehen sollte. Denn spätestens mit Erreichen der Wechseljahre werden auch die letzten strukturellen Unterschiede zu gleichgeschlechtlichen Paaren beseitigt. Um diesen Zustand zumindest definitorisch wasserdicht abzusichern, bliebe nur die folgende, wenig tragfähige Erklärung: Frau X und Herr Y dürfen im Alter auch deshalb heiraten, weil die beiden zu einem früheren Zeitpunkt ihres Lebens potentiell dazu in der Lage gewesen wären, miteinander (=ohne Hilfe von außen) ein Kind zu zeugen. Der biologistische Ansatz der Gleichstellungsgegner führt sich also selbst ad absurdum.

Die Ehe als „Wertegemeinschaft“

Schwieriger gestaltet sich die Auseinandersetzung mit der kulturell-sozialen Dimension der Argumentation: So ziemlich alle unserer Grund- und Menschenrechte lassen sich auf eine kulturelle Praxis in Form von überlieferten Wertetraditionen zurückführen. Sie sind in gewisser Weise arbiträr (unter der Prämisse, dass sich keine „richtigen“ Normen aus der Natur selbst ableiten lassen). Daher könnte es ja durchaus legitim sein, dass wie bei Art. 1 Abs. 1 GG – welchem ein bestimmtes Menschenbild zugrunde gelegt wird – auch bei Art. 6 Abs. 1 ein bestimmtes Leitbild der Partnerschaft den inneren Grund der Privilegierung stellt.

Diese Sichtweise ignoriert jedoch die (notwendige) Wandelbarkeit unserer Werteordnung und die kulturellen Errungenschaften der letzten 60 Jahre. Die bürgerliche Ehe hat sich fortschreitend von der Kirche emanzipiert und von rechtlich fixierten Leitbildern abgewandt – also privatisiert. So wurden beispielsweise rechtlich bestimmte Rollenbilder der Frau abgeschafft und die Scheidung wird nicht mehr daran geknüpft, dass ein Ehepartner sich „schuldhaft“ verhalten hat, sondern daran, dass die Ehe „zerrüttet“ ist.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Staatlich-erzieherische Leitbilder der Partnerschaft sind also zu Recht einem System der Absicherungen und finanziellen Ausgleichsregelungen gewichen. Wie wir unser eheliches Zusammenleben ausgestalten, das geht den Staat, zu gutdeutsch, nichts an.

Auf dieser Grundlage zerfällt jedoch gleichzeitig die Legitimation des ehelichen Privilegs, die darauf aufbaut, dass ein „richtiges", tradiertes Partnerschaftsszenario gelebt wird. Wenn alle die Ehe so leben können wie sie möchten, bleibt vom pathetischen Eheleitbild in rechtlicher Sicht wenig übrig.

Als innerer Grund für die Privilegierung der bürgerlichen Ehe bietet sich aber ein anderer, weniger anachronistischer Grund: Die Ehe – egal ob reich an Kindern oder nicht – bildet eine rechtsverbindliche Verantwortungsgemeinschaft. Im Privaten wird Fürsorge übernommen, Pflege geleistet und auch wenn der Bund fürs Leben zerbricht, wird im Regelfall weiterhin Solidarität von den ehemaligen Eheleuten verlangt. Wer aus seiner Beziehung in diese verbindliche Statusgemeinschaft übergehen möchte, der entlastet mit seiner Fürsorge(-verpflichtung) die Gesamtgesellschaft. Staatliche Versorgung verlagert sich also ins Private. Auf dieser Grundlage kippt die Differenzierung nach Geschlechtern jedoch ins Absurde, denn gleichgeschlechtliche Paare entlasten mit ihrer gegenseitigen partnerschaftlichen (und insofern potentiell ehelichen) Verpflichtung genauso den Staat wie verschiedengeschlechtliche Paare.

Gleiches ist gleich zu behandeln und diese Gleichheit an Leistung gebietet die Öffnung der Ehe. Traditions- oder naturbegründete Ungleichheit kann dem gerade angesichts der Emanzipierung der bürgerlichen Ehe von der Kirche nicht ernsthaft entgegenstehen.

„Schutz der Familie"

Des Weiteren wird vorgetragen, der Ausschluss gleichgeschlechtlicher Paare von der Ehe diene letztlich dem „Schutz der Familie". Man könnte nun anfangen darüber zu diskutieren, weshalb unser Grundgesetz (Art. 6) überhaupt Ehe und Familie nebeneinander auflistet, wenn die beiden doch quasi deckungsgleich sind. Der dahinterstehende Grundgedanke zum Familienbegriff ist jedoch noch zynischer, weshalb es auf diese Diskussion gar nicht ankommt: Zwei Müttern oder zwei Vätern mit Kindern wird die Familieneigenschaft en passant abgesprochen. Einer Begründung für diese Sichtweise bleibt man jedoch schuldig. Diskriminiert werden mit dieser Definition nicht nur gleichgeschlechtliche Eltern, sondern auch die Kinder solcher Paare. Indes sei nebenbei angemerkt, dass das Bundesverfassungsgericht die Familieneigenschaft gleichgeschlechtlicher Paare mit Kindern bereits positiv festgestellt hat.

Eng verbunden mit dem Argument des „Schutzes der Familie" ist der Standpunkt, dass das mit der Eheöffnung einhergehende gemeinsame Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Paare dem Kindeswohl widerspreche. Es seien einfach noch nicht genügend Erfahrungen im Umgang gleichgeschlechtlicher Paare mit Kindern gesammelt worden. Aber entspricht dieses „Bauchgefühl" von Frau Merkel auch der Realität? Die Wissenschaft kann in dieser Frage inzwischen auf eine Vielzahl von Studien zurückgreifen. Diese Studien stammen aus einer Reihe von Ländern (USA, Norwegen, Niederlande, Australien u.a.) und erstrecken sich mittlerweile auf einen Zeitraum von über 30 Jahren (inklusive Langzeitstudien). Sie alle aufzuzählen, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Aus einer Literaturübersicht der Forschungsergebnisse von der Bowling Green State University (frei übersetzt): „Wir kommen zu dem Ergebnis, dass sich in der Wissenschaftsliteratur ein klarer Konsens hinsichtlich des Wohlergehens von amerikanischen Kindern abzeichnet, welche bei gleichgeschlechtlichen Paaren aufwachsen. Bei einer Vielzahl von gemessenen Kriterien schnitten diese Kinder genauso gut ab wie Kinder, die bei verschiedengeschlechtlichen Eltern aufwuchsen: Akademische Leistung, kognitive Entwicklung, soziale Entwicklung, psychische Gesundheit, frühe sexuelle Aktivität und Drogenmissbrauch. Unsere Überprüfung der Literatur beruht auf methodisch ausgereiften Studien." Eine Studie der Tufts University aus dem Jahr 2013 kommt zu dem gleichen Ergebnis und fügt an: „Die fehlende Heiratsmöglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare erhöht familiären Stress und wirkt sich negativ auf Gesundheit und Wohlergehen der Haushaltsmitglieder aus." Es erscheint somit naheliegend, dass der Schutz der Familie die Gleichstellung eher gebietet als verbietet.

Das vergessene Kindeswohl

Angesichts der Kindeswohldebatte sollte auch ein anderes Kindeswohl nicht vergessen werden: Viele tausende Kinder und Jugendliche, die in Deutschland aufwachsen, müssen immer vor Augen haben, dass ihre natürliche Veranlagung daran schuld ist, dass sie später rechtlich nur eine Partnerschaft zweiter Klasse eingehen können. Gesellschaftliche Akzeptanz und damit einhergehende seelische Entlastung wird über Gleichstellung vermittelt. Wer das ignoriert, gefährdet das Wohl von Menschen, die nicht heterosexuell veranlagt sind. Ein aktuelles Beispiel für die psychosomatischen Auswirkungen der Eheöffnung bietet Massachusetts, wo zehn Jahre nachdem die Ehe geöffnet wurde die Rate an stressbedingten Erkrankungen (Bluthochdruck, Depressionen, Anpassungsstörungen) unter Homosexuellen signifikant gesunken ist.

Sonstige verbreitete Argumente:
„Schwule sind häufiger pädophil."

Zu den absurden, aber leider dennoch in Teilen der Bevölkerung verbreiteten „Argumenten" gegen ein Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Paare zählt auch das folgende: „Wenn homosexuelle Männer bloß 5 Prozent der Bevölkerung stellen, wieso sind dann 50 Prozent aller missbrauchten Kinder Jungen? Schwule Männer sind häufiger pädophil!"

Wie man diese These am einfachsten überprüfen kann, zeigt eine kanadische Studie. Man zeigte schwulen und heterosexuellen Männern Bilder von nackten Menschen des jeweils bevorzugten Geschlechts in verschiedenen Alterskategorien und maß dabei objektiv ihre Erregung. Ergebnis dieser Studie: Homosexuelle Männer werden von Jungen nicht stärker angezogen als heterosexuelle Männer von Mädchen.

Wieso werden dann aber gleichviele Jungen Opfer sexueller Gewalt wie Mädchen? Ohne zu sehr in Details gehen zu wollen, lässt sich sagen, dass die Fixierung auf präpubertäre Körper kein Unterphänomen der sexuellen Orientierung unter Erwachsenen ist. Man kann die meisten pädophilen Sexualstraftäter nicht sinnvollerweise als heterosexuell, homosexuell oder bisexuell bezeichnen, da sie Männer oder Frauen gar nicht anziehend finden. Es käme wohl auch niemand auf die Idee, einen Zoophilen als „heterosexuell" zu bezeichnen, weil dieser lediglich „weibliche" Schafe anregend findet.

Isoliert man hingegen den Anteil pädophil veranlagter Menschen, die neben ihrer pädophilen Neigung auch noch sexuelles Interesse an Erwachsenen zeigen, so ist der Anteil homosexueller Männer nicht größer, als es ihrem Normalanteil an der Bevölkerung entspricht.

Als nächstes inzestuöse Ehen?

Erst vor wenigen Tagen hat CDU-Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer dieses Argument wieder aus der Mottenkiste geholt: Die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen führe dazu, dass man auch Inzest-Ehen anerkennen müsse. Anstatt die übliche Empörungsmaschinerie anzuwerfen, sollten wir uns lieber fragen: Hat sie recht? Hierzu sollte man zunächst ermitteln, welche Gründe gegen die Legalisierung inzestuöser Ehen angeführt werden. Das wohl häufigste Argument zielt auf die Gesundheit des Nachwuchses: Leibliche Kinder naher Blutsverwandter tragen ein hohes Risiko, schwere genetische Defekte aufzuweisen. Ob dieses Argument nun gut oder schlecht ist, sei dahingestellt. Die entscheidende Frage lautet jedoch, ob dieses Argument durch gleichgeschlechtliche Ehen in irgendeiner Form entkräftet wird. Bei gleichgeschlechtlichen Paaren besteht keine Gefahr, dass diese schwer behinderten leiblichen Nachwuchs hervorbringen. Als weiteres Argument gegen inzestuöse Beziehungen wird angeführt, dass diese häufig auf asymmetrischen Machtverhältnissen beruhen und diese ausnutzen (beispielsweise in einer Beziehung zwischen Vater und Tochter). Auch dieses Argument (wie man dazu auch stehen mag) wird durch gleichgeschlechtliche Paare in keiner Weise kompromittiert. Wenn überhaupt dürften gleichgeschlechtliche Beziehungen im Durchschnitt aufgrund gleicher körperlicher „Kräfteverhältnisse" noch egalitärer strukturiert sein.

Anders ausgedrückt: Wenn die Zulassung verschiedengeschlechtlicher Ehen nicht von uns abverlangt, die Inzest-Ehe zu legalisieren, dann tun dies auch gleichgeschlechtliche Ehen nicht. Wenn jedoch gleichgeschlechtliche Ehen von uns abverlangen, dass wir auch die Inzest-Ehe legalisieren, dann müsste man auch aus der Zulassung der verschiedengeschlechtlichen Ehe diesen Schluss ziehen können.

Um logische Schlussfolgerung scheint es bei diesem Argument also nicht zu gehen. Vielmehr soll ein „Dammbruchszenario" erstellt werden, nach dem das Eine zwingend aus dem Anderen folge, ohne hierbei eine logische Querverbindung herstellen zu können. Einen bitteren Beigeschmack erhält dieses Argument dadurch, dass es auch schon bei der Debatte um die Straflosigkeit von Homosexualität im Verhältnis zu Inzest angewandt wurde. Umgekehrt wird also ein Schuh daraus. Man sollte Frau Kramp-Karrenbauer vielleicht einmal fragen, ob sie auch die Straflosigkeit homosexueller Handlungen in Abrede stellen möchte. Schließlich ist nicht ersichtlich, wieso der „Dammbruch" der Zulassung gleichgeschlechtlicher Ehen zur Zulassung inzestuöser Ehen führen sollte, der „Dammbruch" der Straflosigkeit von Homosexualität jedoch nicht zur Straflosigkeit des Inzests.

Schließlich verkennt das Argument auch, dass der Eingriff in das Leben homosexuell veranlagter Menschen durch ein gleichgeschlechtliches Eheverbot ein viel gravierenderer ist. Durch das Verbot inzestuöser Ehen wird die Freiheit, einen Menschen zu heiraten, um nur wenige Personen reduziert. Der Heiratspool heterosexuell veranlagter Menschen besteht also weiterhin aus allen andersgeschlechtlichen Personen dieser Welt, reduziert um einige wenige enge Blutsverwandte. Durch das Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen wird der Heiratspool homosexuell empfindender Menschen hingegen auf null gesetzt: Es bleibt niemand mehr übrig, der nach der romantischen Veranlagung für eine Heirat noch in Frage käme.

Vielehe als zwingende Folge?

„Wenn man gleichgeschlechtliche Ehen zulässt, dann muss man auch die Vielehe zulassen." Wie die Zulassung der Vielehe logisch aus der der gleichgeschlechtlichen Ehe folgen soll, bleibt ebenso wie bei der Inzest-Ehe ungeklärt.

Dieses Argument ist zunächst einmal extrem inkonsequent. Wenn man auf die „Fruchtbarkeit" als Kriterium für eine Ehe abstellt (siehe oben bei „Ehe ist auf Kinder ausgelegt"), dann macht es keinen Sinn, Vielehen hiervon auszuschließen. Polygamie ist nämlich potentiell noch viel fruchtbarer als Monogamie, da der „Reproduktionsausfall" eines Partners (z.B. bei dauerhafter Unfruchtbarkeit) durch mindestens einen weiteren Partner kompensiert werden kann. Zudem ist ein mit mehreren Frauen verheirateter Mann auch in der Lage, mehrere Kinder gleichzeitig (im Sinne von parallel) zu zeugen, das Potential für zusätzlichen Nachwuchs steigt also in quasi jeder Hinsicht.

Auch hier lässt sich wieder die Frage stellen, ob die Argumente gegen die Vielehe durch die Befürwortung der gleichgeschlechtlichen Ehe diskreditiert werden. Insofern kann zum Teil wieder auf die Ausführungen zur Inzest-Ehe verwiesen werden. Historisch gesehen beruhte Polygamie meist auf ungleichen Machtverhältnissen. Meist heiratete ein Mann hierbei mehrere Frauen (Polygynie). Der umgekehrte Fall (Polyandrie) war hingegen nur äußerst selten anzutreffen. Nun sind freilich auch gleichberechtigt strukturierte polyamouröse Beziehungen denkbar. Der entscheidende Punkt ist ein anderer: Welche Argumente man auch gegen die Vielehe anführen mag, die Zulassung gleichgeschlechtlicher Ehen berührt diese Argumentationslinien in keiner Weise.

Schlussendlich verkennt dieses Argument auch den Gleichheitsgedanken, der hinter der Forderung zur Öffnung der Ehe steckt. Hier wird ein einzelnes qualitatives Merkmal zur Begrenzung der Ehe herausgegriffen (nämlich „Verschiedengeschlechtlichkeit") und in Bezug zu einer quantitativen Begrenzung („Vielehe") gesetzt, obwohl keinerlei Abhängigkeitsverhältnis zwischen beiden ersichtlich ist. Dabei spricht viel dafür, qualitative Merkmale der Gleichgeschlechtlichkeit („gleichgeschlechtliche Ehe") genauso zu behandeln wie andere qualitative Merkmale, aufgrund derer Eheschließungen in der Vergangenheit bereits verboten waren (z.B. Kastenzugehörigkeit, unterschiedliche Hautfarbe („interrassische Ehe") oder Glaube / religiöse Weltanschauung („interkonfessionelle Ehe")). Der Grund für diese Gleichsetzung besteht darin, dass die qualitativen Merkmale persönliche, unabänderliche Eigenschaften betreffen, die zum Kern der persönlichen Identität zählen. Die Frage, ob man Menschen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer dieser Kategorien eine Teilhabe am Rechtsinstitut der Ehe grundsätzlich verwehren darf, ist fundamental unterschiedlich zu der Frage, ob man die Anzahl der Personen einer Ehegemeinschaft quantitativ begrenzt. Das Verbot der Vielehe mag einige Menschen aufgrund persönlicher Lebensumstände stärker betreffen als andere. Den Kern der persönlichen Identität eines jeden Menschen lässt solch ein Verbot jedoch unberührt.

„Separate but equal" reicht aus

Ein weiteres, viel genanntes Argument ist, dass mit der Möglichkeit der eingetragenen

Fortsetzung auf Seite 5

To See Ourselves As Others See Us

Perceptions of Germany

One of Scotland's great gifts to the world is the wit and wisdom of our national poet, Robert Burns. The many different ways in which the world thinks of Scotland – and vice versa – have their origins in his deeply influential work. Burns does not simply speak to Scotland's sense of itself and its heritage – who we were, who we are and the kind of nation we aspire to be – but, like all great artists, his work possesses a wider relevance to the universal human condition, as in the final stanza of 'To a Louse' (1786):

O wad some Pow'r the giftie gie us
To see oursels as ithers see us!
It wad frae mony a blunder free us,
An' foolish notion:
What airs in dress an' gait wad lea'e us,
An' ev'n devotion!

Or, for those who are more accustomed to 21st century English than 18th century Scots:

O would some Power the giver give us
To see ourselves as others see us!
It would from many a blunder free us,
And foolish notion:
What airs in dress and gait would leave us,
And even devotion!

In other words, for individuals as for nations, perceptions matter. The ability to understand what others believe about you – and why they believe it – facilitates the liberating processes of self-criticism, self-reflection and self-improvement. How we are seen matters as much as who we are – indeed, the former actually shapes the latter.

So how does the world perceive Germany? Overwhelmingly and increasingly positively, it seems. In both 2013 and 2014, Germany has topped a global poll conducted for BBC World as the most positively viewed country on earth. Intriguingly, positive perceptions were highest in Britain and France, Germany's former wartime enemies and countries traditionally believed to harbour deep reservoirs of anti-German prejudice.

On the other hand, such results should not be particularly surprising. There is much to admire about modern Germany. In Scotland, progressives and conservatives alike talk of their admiration and even envy of its prosperous economy and low unemployment rate; liberal democratic institutions and Grundgesetz; more consensual and less bitter coalitional political culture; high-quality exports; internationally respected leader; and, last but not least, its world-beating national football team. Like every state, Germany has internal challenges and contradictions but, at this particular historical moment, such issues – from growing inequality and the Ossie-Wessie socio-economic divide to problems with the integration of newcomers into society – are largely ignored or overlooked by outsiders. Germany's remarkable transformation from dictatorship and destitution 70 years ago to democracy and prosperity today is generally seen as an unequivocal good news story.

This transformation has been built upon solid philosophical foundations. No country has thought more deeply about, confronted more directly or rejected more completely its recent past than Germany. The late President Richard von Weizsäcker encapsulated this attitude in a famous speech to the Bundestag in 1985: 'We need and we have the strength to look truth straight in the eye – without embellishment and without distortion'. Germany recognised that this process of Vergangenheitsbewältigung (which translates as: "coming to terms with the past"), although difficult and painful, was unavoidable and necessary.

While Germany has confronted its past, former colonial powers like Britain have not. Whereas most Germans are intimately aware of the sins of their ancestors, most Brits remain shamefully ignorant of or mostly indifferent towards the horrors inflicted upon people from Ireland to India by the British Empire for centuries. Indeed, bizarrely, a recent opinion poll found that a majority of Brits believe it to have been a 'good thing'. Britain seeks to bury or deny its shame, Germany to confront and dissect it. In seeking to learn the lessons of this past, Germany has wisely shunned nuclear weapons, a large military and the other hard power possessions traditionally held by leading states.

However, as Germany's economy and self-confidence have grown, Berlin is under increasing pressure to 'normalise'. Germany's relatively small, largely defensive armed forces, lack of nuclear weapons, commitment to European multilateralism and pacifist preference for cautious, careful diplomacy over violent, military interventionism – for soft power over hard power – is seen by many diplomats, statesmen and realist scholars as 'abnormal' and, increasingly, untenable. London and Washington are bemused and frustrated by Berlin's extreme reluctance to become more like the UK and the United States. There is a growing elite clamour for Germany to significantly expand its offensive military capabilities, viewing modern Germany as an economic powerhouse, but a geopolitical free-rider.

Germany should not entirely ignore or obediently accede to these calls for it to become a 'normal' power. German foreign policy should change, but not in the way Washington wants. Germany can and must pioneer a new 'normal' in international relations. Europe and the world cannot afford a Germany that is inward-looking and parochial; that is concerned only with its own wealth, withdrawing from the world and refusing to engage in efforts to resolve conflicts far from its own borders. But neither can it afford a Germany that simply seeks to mimic the UK or the United States. Germany must accept an international role, albeit a non-military, diplomatic one.

"Isolationism in the 21st century is the politics of the dodo."

Bild: Valérie Greitens

If Germany were to merely mimic the Anglo-American style of geopolitics or continue to prioritise its own economy over everything else, there is a very real danger that false, archaic stereotypes about Germans' domineering or egotistical tendencies could resurface. Collective memories are long and prejudices never far below the surface. Many in Europe do still perceive Germany to be the continent's greedy, arrogant and overbearing leader. Such sentiments are bound to spread if Berlin listens only to Washington's demands for more militarism or if it fails to abandon its inward-looking tendency. In the face of the world's myriad difficulties, it is a temptation for Germany to withdraw from the world. However, this would be a tragedy for Germany and the world. A 'do nothing' foreign policy – whether in Ukraine, Syria or the Mediterranean – is not a foreign policy. Isolationism in the 21st century is the politics of the dodo.

Germany would surely like to avoid being perceived as a country obsessed only by self-enrichment; a nation which knows the cost of everything, yet the value of nothing. If Germany tries to pursue its economic self-interest to the detriment of the rest of the continent – by imposing stringent, counter-productive and unpopular austerity upon Greece or by sacrificing Ukrainian territorial integrity on the altar of lucrative Russian trade – its reputation will be permanently damaged. If, on the other hand, Germany makes economic sacrifices for the sake of the political future of the European project – which it will eventually have to do – its reputation will surely be enhanced.

Germany has to be more ambitious. Greatness is not achieved through the barrel of a gun (as Washington appears to believe), nor by economic growth alone (as Berlin might prefer). Germany has earned the right to be a big player on the world stage, but it also has the opportunity to redefine what that means.

Today, the world views Germany exceptionally positively as a prosperous, peaceful and open liberal democracy at the heart of Europe. But how will Germany spend this valuable political and cultural capital? And, decades from now, how will Germany be perceived? As a country which sacrificed its values for its prosperity; a country which surrendered to the grubby, bloody conventions of realist great power politics? Or as a country which did not forget its past but did not shirk from its global responsibilities, which made difficult sacrifices for the common good and led the way in creating a new Europe and a more peaceful world? Deutschland, Sie haben die Wahl.

David Kelly
- University of Edinburgh -

Fortsetzung von Seite 4

Lebenspartnerschaft doch die Ungleichbehandlung aus der Welt geschaffen sei. Die rechtliche Anerkennung der Beziehung in Form der „Verpartnerung" sei doch ausreichend. Was gebe es denn da noch zu meckern?

Diese „separate but equal" Rhetorik geht im Kern an der Diskriminierung vorbei, welche gleichgeschlechtliche Paare erfahren. Wenn jemand in einem Restaurant aufgrund seiner Hautfarbe abgewiesen wird, dann ist es egal, ob es direkt nebenan ein gleichwertiges, verfügbares Lokal gibt. Es geht darum, dass die diskriminierte Person eben dieses Restaurant nicht besuchen kann. In anderen Worten: Diskriminierungsschutz soll nicht sozialstaatlich die Versorgung von Bedürfnissen sichern, sondern rechtsstaatlich die Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund persönlicher Merkmale unterbinden. Daher kann auch die vollständige Gleichstellung von eingetragener Lebenspartnerschaft und Ehe die Diskriminierung nicht beseitigen.

Wiegt man nun das Für und Wider im Streit um die Eheöffnung gegeneinander auf, dann ergibt sich ein eindeutiges Bild: Es mangelt den Gleichstellungsgegnern an rationalen, stichhaltigen Gründen, um gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe zu versagen. Es wird vielmehr klar: Die Gleichstellung wäre ein Sieg der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit.

Noah Neitzel
Sven Beckmann

Deutschlands Rolle in der Welt

Ein Annäherungsversuch

Die Frage, welche Rolle ein Land in der Welt einnimmt und einnehmen soll, ist paradox. Zumindest, wenn man sich ihr aus politischer Sicht nähert. Denn einerseits ist sie von zentraler politischer Bedeutung. Schließlich geht es hier um die wesensdefinierende Selbsteinschätzung eines Landes. Entschieden wird diese Frage insbesondere vor dem Hintergrund des latenten internationalen Machtgefüges. Andererseits ist die Frage nach der eigenen Rolle in der Welt als Teil der Außenpolitik von nicht allzu großem Stellenwert für den Wähler, denn sie wirkt in der Regel kaum und höchstens mittelbar nach innen. Hinzu kommt, dass eine gewagte Außenpolitik nachhaltig stark negative Effekte auf die Reputation und Wahrnehmung einer Regierung haben kann. Eine Regierung täte sich demnach keinen Gefallen, der außenpolitischen Frage nach der nationalen Rolle in der Welt allzu viel Gewicht beizumessen. Der vom Wähler beauftragte Politiker muss deshalb einen Kompromiss finden. Ohne Berücksichtigung des Wählerinteresses geht es nicht.

Die historische Perspektive als Ansatzpunkt für Leitlinien

Auch inhaltlich gestaltet sich die Beantwortung der Frage nach der Rolle eines Staates in der Welt schwierig. Man könnte an der Geschichte ansetzen und versuchen, daraus Schlüsse für Gegenwart und Zukunft zu ziehen. Allerdings ist dieser Ansatz jedenfalls im Hinblick auf Deutschland nicht sehr zielführend. Denn die deutsche Geschichte und ihre Bedeutung für die Zukunft würden überinterpretiert werden. Anders als Länder wie China, Indien und der Iran blickt Deutschland nicht auf eine jahrhundertealte Staatskunst zurück, deren Prinzipienstrukturen sich noch heute in der Außenpolitik erkennen lassen. Seine vergleichsweise junge außenpolitische Tradition resultiert aus der recht späten nationalstaatlichen Konstituierung. Auch lässt sich ganz generell aus der Geschichte eines Landes kein allgemeines Modell oder Handlungskalkül entwickeln, das Vorhersagen im konkreten Einzelfall erlauben würde. Es ist nun mal leider das Wesen der Geschichte, dass sich Entscheidungen der Vergangenheit nie auf Entscheidungen der Zukunft anwenden lassen. Zwar trägt die Kenntnis politischer Entscheidungen der Geschichte tendenziell zu der Expertise eines Politikers bei. Doch letztlich ist diese Kenntnis vielmehr Grundvoraussetzung und nicht tatsächliches Werkzeug im Tagesgeschäft. Kurzum: Die geschichtliche Perspektive hilft bei der Beantwortung der Ausgangsfrage nur bedingt weiter.

Geschichte spielt allerdings dort eine Rolle, wo sie die Integrität einer Politik beeinflusst. Integrität stellt ohne Zweifel das kostbarste Gut auch jedes Politikers dar. Es wäre somit unüberlegt, würde man mit ihr Vabanque spielen. Politische Ausnahmeerscheinungen – wie zum Beispiel Henry Kissinger – legten und legen großen Wert auf die Kompatibilität politischer Entscheidungen mit der eigenen Integrität. In Deutschland konstituieren bestimmte historische Vorkommnisse eine außenpolitische Basisnote. Es gibt so etwas wie ein historisches Bewusstsein, das Realpolitik eine gewisse Grenze setzt. Steht realpolitisches Handeln konträr zum historischen Bewusstsein der Nation, dann ist diese Grenze erreicht. Insbesondere Deutschland würde seine außenpolitische Integrität gefährden, missachtete es diese Grenze. Seine außenpolitische Rolle zu definieren, bedeutet folglich, einen Kompromiss aus Interesse und Integrität zu finden. Auch wenn man letztere nicht im Sinne einer idealistischen Romantik überbewerten sollte. Entscheidungen, die die eigene Integrität hingegen gar nicht berücksichtigen, werden sich am Ende auch auf innenpolitische Ziele und Interessen negativ auswirken.

Geschichte kann verdeutlichen, dass es Prinzipien gibt, die bei der Definition der eigenen Rolle Beachtung finden sollten. So ergibt sich aus dem Westfälischen Frieden von 1648 das wichtigste Prinzip gerade für die europäische Machtordnung. Es ist auch in der Geschichte Deutschland außenpolitische Konstante und heute noch taktgebend. Das Konzept konstituiert sich vor allem aus dem Gedanken, dass alle Staaten inhärent souverän sind und aufgrund dieser Souveränität andere Staaten jegliche Form von Intervention in den jeweiligen Herrschaftsbereich zu unterlassen haben. Dahinter steckt ein realpolitisches Kalkül. Ein Abweichen vom Prinzip der Anerkenntnis der Souveränität des anderen wäre nämlich zum einen pareto-suboptimal. Denn schon per Definition würde mindestens ein Staat schlechter gestellt, wenn ein anderer unter Missachtung von dessen Souveränität seinen Herrschaftsbereich ausweitete. Zum anderen würde sich der Aggressor langfristig auch selbst schaden. Denn zu große Überlegenheit und erkennbares Streben nach immer mehr Macht würde schließlich alle übrigen Staaten dazu bringen, sich solange zu verbünden und die eigene Stärke durch Zusammenschluss zu maximieren, bis sich das Kräfteverhältnis zu Ungunsten des Aggressors verschöbe. Die Wahrung des Prinzips des Westfälischen Friedens ist also auch für Deutschland imperativ.

Deutschlands Gewicht in der Welt

Deutschland ist das größte, bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Land der Europäischen Union. Im innereuropäischen Kontext hat Deutschland deshalb eine – vielleicht teilweise latente – Gestaltungsvormacht. Andererseits ist Deutschland nicht im Besitz von Nuklearwaffen, eines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat oder sonstiger wesentlicher Qualifikationen eines Aspiranten auf eine weltpolitische Führungsrolle. Allenfalls mag die Lage Deutschlands geostrategischer Vorteil sein. Auch ist Deutschland im Vergleich zu den anderen Mächten – mit denen sich Deutschland gerne vergleicht – ausgesprochen klein. China ist um ein Vielfaches größer, ebenso die USA, Indien und auch Russland. Zwar ist die russische Bevölkerungszahl nur etwa doppelt so hoch wie die deutsche, allerdings lässt Russland einen großen Teil der verfügbaren Geldmittel in die Verteidigung fließen, wodurch es militärisch mit Deutschland nicht vergleichbar ist.

Im globalen Kontext ist Deutschland demnach relativ klein und militärisch – bezüglich der weltpolitisch dominanten Akteure – unterlegen. Sollte Deutschland darum militärisch aufrüsten, etwa Atomwaffen anschaffen? Nein, weil es keine deutsche Ambition sein kann, durch Bedrohung und Abschreckung Geltung zu generieren. Was die Größe der deutschen Bevölkerung angeht, können keine Zweifel darüber bestehen, dass Deutschland sukzessive weiter an Bedeutung verlieren wird, hält der aktuelle Trend in der Bevölkerungsentwicklung an. Denn insbesondere in der starken Disparität der Bevölkerungsentwicklung zwischen Europa und Asien bzw. Afrika verbirgt sich ein zukünftig eminent wichtiger Faktor, welche Macht in Zukunft weiterhin relevant sein wird. Prognosen schätzen den europäischen Anteil an der Weltbevölkerung im Jahr 2050 auf ca. sieben Prozent – wer wollte, rechne den deutschen Anteil aus. Angesichts dessen sollte eine gewisse Bescheidenheit an den Tag gelegt werden, auch was die zukünftige deutsche Relevanz in der Weltpolitik betrifft. Die Stärke der deutschen Wirtschaft mag an dieser Stelle zwar eingewendet werden, allerdings kann dann wiederum deren Abhängigkeit von ausländischen Märkten angesichts der starken Exportorientiertheit Deutschlands nicht vernachlässigt werden. Egal wie Deutschland seine Rolle in der Welt definiert, wäre Deutschland auf sich gestellt, es würde eine immer unbedeutendere Rolle spielen.

Deutschlands größtes Potential stellt daher die Europäische Union dar. Nur ein gemeinsamer europäischer Weg kann erfolgsversprechend sein. Jeder Staat für sich genommen wird in Zukunft kaum außenpolitisches Gewicht mehr tragen. Großbritannien und Frankreich mögen aufgrund ihrer Atomwaffen und ihres Sitzes im UN-Sicherheitsrat eine Ausnahme sein, allerdings nur eine Ausnahme auf dem Papier und auf Zeit. Europäische Zusammenarbeit lautet daher auch für sie das Schlüsselwort. Und folglich muss deutsche Außenpolitik immer europäische Politik sein. Deutsche Alleingänge sind nicht nur unnötig, sondern auch gefährlich. Es darf niemals der Eindruck einer deutschen Hegemonie und Alleinbestimmung entstehen, stattdessen muss ein Wille nach gemeinsamer Problemlösung erkennbar werden. Europa muss nach außen geschlossen auftreten, als Quasi-Staat. Im Inneren hingegen sind Diskussionen adäquat und sinnvoll, sofern sie nicht ausarten. Selbstredend sollten die einzelnen Mitglieder weiterhin in der Lage bleiben, außenpolitische Beziehungen zu pflegen. Diese müssen aber stets im Einklang stehen zu vereinbarten europäischen Vorhaben und Interessen. Als konkreter außenpolitischer Handlungsauftrag für Deutschland ergibt sich: Deutschland muss sich auf seine europäische Politik fokussieren und ein wohlstrukturiertes, organisiertes und stabiles Europa anstreben – das schon aus Interesse an der eigenen Bedeutung in der Welt.

Wie Deutschland zu seiner Rolle finden sollte

Geht es um die Rolle Deutschlands in der Welt ergeben sich folglich drei Leitlinien. Deutsche Außenpolitik muss nach innen kompatibel sein, d. h. in Einklang mit den Interessen der Wähler, aber auch in Einklang mit der eigenen, auf historischem Bewusstsein beruhenden Integrität stehen. Zweitens muss sie realpolitische Erfordernisse, insbesondere das Prinzip des Westfälischen Friedens wahren. Und drittens muss deutsche Außenpolitik immer auch europäische Außenpolitik sein.

Wie sollte sich Deutschland nun im europäischen Kontext verhalten? Zum einen sollte Deutschland als größtes und zentral gelegenes Land den Schulterschluss mit seinem Nachbarn und der Nummer Zwei in Europa, Frankreich, wahren. Gemeinsam sollten Deutschland und Frankreich als stabile Achse innerhalb der Europäischen Union fungieren, Zusammenarbeit, Geschlossenheit und Konsens fördern. Zum anderen sollte Deutschland seine spezifischen Stärken in die gemeinsame europäische Außenpolitik einbringen. Dies könnte zum Beispiel auf eine Vermittlerrolle hinauslaufen, weil Deutschland aus historischen Gründen, im Hinblick auf sein besonderes Verhältnis zu den USA, aber auch zu Russland und angesichts seiner zentralen geografischen Lage durchaus prädestiniert dafür ist. Idealistische Ziele sollte Deutschland dabei nur insoweit verfolgen, als sie mit den genannten Leitlinien in Einklang stehen. Ob im Ukraine-Konflikt, im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik oder im Hinblick auf Themen im Verhältnis zu den USA, Deutschlands Rolle ergibt sich aus dem Gesagten. Sie mag im Einzelnen und im Zeitverlauf variabel sein. Eine Mischung aus inneren Interessen und Integrität, aus Realpolitik und Handeln als verlässlicher Partner und Vermittler im Herzen Europas werden aber stets den Korridor abstecken, in welchem Deutschland seine Rolle in der Welt finden wird.

Fabian Frymark
- Universität Mannheim -

Redaktionelle Überarbeitung:
Marc Philip Greitens

Der skeptische Blick der Deutschen auf Amerika

USA-Bashing hat Konjunktur,
die Leistungen der Führungsnation werden hingegen gerne vergessen.

„Spätrömische Dekadenz" - diese Worte des Ex-Außenministers Guido Westerwelle träfen bei vielen Deutschen einen Nerv, allerdings nicht, wie bei Westerwelle, mit Blick auf den deutschen Sozialstaat, sondern im Hinblick auf Amerika. Online-Medien, Leserkommentare, aber auch Teile meines persönlichen Umfelds zeichnen das Bild einer degenerierten Weltmacht, selbstgerecht, überheblich und zutiefst verkommen. Die USA hält man für eine Nation, die ihren Zenit überschritten hat, auf die man im alten, klugen Europa herabblicken kann und aus deren unerwünschter Umarmung sich der alte Kontinent der Aufklärung endlich lösen müsse. Rom ist untergegangen, Amerika wird es auch.

Der wahre Hort des Bösen?

Aus der Berichterstattung deutscher Medien der vergangenen Monate, ja Jahre kondensiert ein beachtlicher Konsens. Egal, ob „Mainstream"-Medien, rechte oder linke Presseorgane, die Amerika-Frage schafft, was kein anderes Thema schafft, Einigkeit über politische Meinungsgrenzen hinweg: Egal um welchen Politikbereich es geht, so die Auffassung, die USA handeln meistens falsch. Was für das Land gilt, gilt auch für sein Oberhaupt. Mag sein, dass Präsident Obama bei aller Ernüchterung der öffentlichen Meinung noch nicht den Bösewichtstatus seines Amtsvorgängers oder den seines russischen Gegenparts (vgl. auch den Artikel „Pressefreiheit? Narrenfreiheit", PuG Nr. 14) erreicht hat. Doch halten deutsche Medien Barack Obama bestenfalls für eine „Lame Duck", im schlimmsten Fall sehen sie in ihm gleichsam den Urheber und Fortführer der Teufeleien, welche sie jenseits des Atlantiks so aushecken. Sei es das Kritteln am Land selbst, sei es das an seinem Oberhaupt, beide haben sie dieselbe Stoßrichtung.

Beispiel Innen- und Wirtschaftspolitik

Was Innenpolitik ist, sagt schon der Name: Innen-politik. Heißt: Hier geht es um die inneren Angelegenheiten eines Staates. Die USA sind aktuell wirtschaftlich, militärisch und aus vielerlei weiteren Gründen politisch das bedeutendste Land der Welt. Deswegen überrascht es grundsätzlich nicht, dass sich deutsche Medien mit amerikanischen Themen beschäftigen. Auffallend ist aber die Auswahl der Themen: Neben der unvermeidbaren Hollywood-Hofberichterstattung werden mit chirurgischer Präzision ausschließlich wunde Punkte freigelegt und etwa Justiz-, Gesundheits- und Wirtschaftssystem der USA immer wieder kritisch behandelt, Unzulänglichkeiten teilweise genussvoll seziert. Beispiele sind die Themen Polizeigewalt und Rassismus gegen Schwarze, die ewigen Themen Waffengesetzgebung und Todesstrafe, Fracking, der US-Haushaltsstreit u. v. m.

Beispiel Außen- und Sicherheitspolitik

Ein noch unangenehmeres Bild vermitteln Artikel und Kommentare zur Außen- und Sicherheitspolitik Amerikas. Die Liste des Schreckens reicht vom US-geführten „Krieg gegen den Terror" (Guantanamo, Waterboarding und Drohnen inklusive), über die Freund und Feind gleichermaßen belauschende NSA bis hin zu Chlorhühnchen und Investitionsschutzregelungen im geplanten TTIP-Abkommen. Schon die Liste der Themen der deutschen USA-Berichterstattung hinterlässt den Eindruck, jenseits des Atlantiks habe irgendein irrer Dystopist Tolkiens Mordor verwirklicht. Bei aller Berechtigung für jedes Einzelne dieser Themen - steht es um Amerika wirklich so schlecht, dass es nichts Positives von „drüben" zu berichten gibt?

Wie es in den Wald schallt…

Während sich in den wichtigsten Medien neutrale Berichterstattung und kritische Kommentare noch die Waage halten, wuchert im Volk der Antiamerikanismus. Zwischen Medienschelte und der Abneigung der Leser kann ein Zusammenhang bestehen, wie eine Anekdote zum Fall Blatter verdeutlichen soll. Sepp Blatter, Ex-FIFA-Chef, hatte sich nämlich augenscheinlich nicht nur die UEFA zum Feind und die US-Justiz zum Henker gemacht. Wie ein Mann erhob sich die gesamte deutsche Medienlandschaft, um Blatters Wiederwahl in diesem Jahr (zunächst nicht erfolgreich) zu verhindern. Wie erfolgreich die Profis uns, die wir ja eigentlich der „Lügenpresse" ablehnend gegenüber stehen, ihre Losungen in den Volksmund legen, darüber mag diese kleine Episode in einer Lufthansa-Maschine am Tag des Blatter-Rücktritts Zeugnis ablegen: Der Pilot verkündete die Eilmeldung – und Volkes Stichprobe in der Passagierkabine jubelte wie nach einem Turniersieg der Fußballnationalmannschaft... So überrascht es nicht, dass auch das mediengemachte Bild vom bösen Amerika in Volkes Seele sickert. Eine Studie unter Schirmherrschaft des German Marshall Funds vom Mai dieses Jahres belegt die Entwicklung:

„Yet within German society and media, there are clear signs of discontent with the United States. The official ties and trust in each other are not mirrored in the German public's attitudes toward the United States. […] [F]avorability among Germans has fallen by 14 percentage points in the past three years, from 72 % to 58 %. […] Germans' level of trust in the United States is also low, with only 50 % of Germans saying they trust that country […]. Surveillance is not the only point of contention."

Gradmesser Leserkommentare

Die Zahlen sprechen noch nicht für einen Bruch, dennoch sollte die Tendenz aufmerken lassen. Hinzu kommen recht deutliche Meinungsäußerungen in den Leserkommentarbereichen der einschlägigen Online-Medien. Sie mögen einen Eindruck von Volkes Sicht auf die Vereinigten Staaten liefern, der über die nüchternen Meinungsstatistiken hinausgeht. Eine Auswahl (Rechtschreibfehler wurden korrigiert):

Nautilus Pompilius zum US-Drohnenkrieg auf Zeit-Online: „Die USA brauchen immer einen Feind, um ihre enormen Militärausgaben zu rechtfertigen."

albaqqi23 zum selben Thema auf ZON: „Die US-Regierung unter B. Obama muss endlich vor den internationalen Gerichtshof in Den Haag."

Dialogos 3 an selbiger Stelle über Präsident Obama: „Totalüberwachung, die Blendung und die Lüge sind hauptsächliche Charakteristiken seines politischen Handelns geworden."

Lae L (LuxZwo) auf FAZ.net zum TTIP: „Pauschal gesagt gilt: Amerikaner schließen nur Abkommen, wenn sie ihnen Vorteile bringen und halten sich nicht an Abkommen, die sie benachteiligen. Wenn Amerika dieses Abkommen also will, dann kann das nicht gut für Deutschland sein."

Johan van Zadelhoff auf focus.de zum Kongressbericht über fragwürdige CIA-Methoden: „Wer immer der Meinung war und sogar noch ist, die USA sind unsere Freunde oder machen was aus humanitären Gründen, der liegt falsch! Die USA haben noch NIE ohne Gegenleisten oder eigenen Vorteil was auf dieser Welt gemacht! Das einzige Ziel der USA ist die Weltmacht und die haben die bereits weitestgehend an sich gezogen. Und wer nicht spurt wird ‚entfernt' egal mit welchem Mittel. DAS sind die USA!"

Die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Im Hinterkopf zu behalten gilt hier wie bei allen Leserkommentaren: Es spricht erstens der internetaffine und damit tendenziell fortschrittlichere Teil der Bevölkerung. Zweitens finden sich nur solche Kommentare, deren inhaltliches und formelles Niveau den Leitlinien des jeweiligen Mediums entspricht und welche mindestens einen Kontroll- oder Filterdurchgang erfolgreich durchlaufen haben. Was an den Stammtischen des Landes sonst noch so gedacht wird, blendet auch der Blick auf diese Foren aus.

Ressentiment auch bei uns

Doch auch unsereins ist vor Übertreibungen ins Negative nicht gefeit. Auch ein paar Freunde und Kommilitonen, an deren Informiertheit keine Zweifel bestehen, teilen die Sichtweise vom verkommenen Riesen. Einige reduzieren Grundgesetz und die soziale Marktwirtschaft deutscher Prägung zum Pranger, auf dem sie den „Raubtierkapitalismus" amerikanischer Prägung verdammen, vor deren Stern das „Star-Spangled Banner" verblassen muss. Andere bemühen „deutsche Tugenden", um die Haltlosigkeit des amerikanischen Cowboytums zu beweisen. Wieder andere heben die Errungenschaften der europäischen Klassik in Kunst und Denken, in Musik, Malerei, Bildhauerei und Architektur, in der Philosophie und Staatskunst wie eine Auszeichnung hervor, wie eine Zivilisationsstufe, auf die sich das ordinäre Amerika bei allen Erfolgen längst nicht habe hieven können. Zurecht zeigte sich Andrew B. Denison, Politikwissenschaftler und Direktor vom „Transatlantic Network", auf einer knallharten Podiumsdiskussion Ende 2014 an der Bucerius Law School über den vielsagenden Titel der Veranstaltung irritiert: Ein derartiges Event zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen mit der Frage „Freund oder Feind?" zu überschreiben, hätte an einer seriösen US-Hochschule wohl niemand gewagt.

Die Kritik hat auch ihre Berechtigung

Bei aller Kritik an der Kritik: Der sachliche Teil der Kritik an den USA hat in weiten Teilen seine Berechtigung. Legt man einen Wertemaßstab zugrunde, der den Grundwertungen unserer Verfassung entspricht, und/oder Wertungen, die wohl den Minimalkonsens im Rechts- und Moralempfinden unserer im Schwerpunkt christlich-abendländisch geprägten Gesellschaft abbilden, so verlässt das politische Handeln der USA vielfach den Rahmen des Vertretbaren. Es stimmt, dass weltweite gezielte Tötungen auf Exekutivbefehl und ohne Anklage und gerichtliches Verfahren durch Drohnen oder Killing Teams, die schulterzuckende Hinnahme zivilen Kollateralschadens oder – innenpolitisch – die Beibehaltung und Durchführung der Todesstrafe per se dem (schon biblischen) Tötungsverbot widersprechen. Es steht außer Frage, dass die USA knallharte Machtpolitik betreiben und häufig nicht wertegesteuert, sondern allein eigeninteressiert agieren, wenn sie einen Irakkrieg führen, nach dessen Rechtfertigung man lange suchen muss, oder mit wirtschaftlichen, militärischen oder sonstigen politischen Mitteln überall auf der Welt Einfluss genommen haben und nehmen, Regierungen oder Oppositionen je nach Gusto stützen oder ihren Sturz betreiben. Maßgeblich US-beeinflusste Institutionen wie der IWF, WTO und Weltbank wurden vielfach und glaubwürdig kritisiert.

Jenseits des politischen Tagesgeschäfts geben strukturelle Entwicklungen innerhalb der USA Anlass zur Sorge. So ist es ein Fakt, dass keine andere Industrienation eine derartige Ungleichverteilung der Einkommen aufweist. Der Umstand, dass das reichste 1-Prozent der US-Bevölkerung mehr Vermögen in Händen hält als die ärmeren 90 % ist ein weiteres deutliches Indiz für Ungerechtigkeit in Gesellschaft und Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten. Erwiesen ist auch, dass reiche Amerikaner übermäßigen Einfluss haben im demokratischen System. Dass der eher neoliberale „Economist" 2014 einen Beitrag zum Thema mit der Überschrift „One Dollar, one vote" überschreibt, spricht Bände. Und auch die soziale und immer noch institutionalisierte Kluft zwischen den Hautfarben haben die USA längst nicht überwunden, wie etwa „Foreign Affairs" in seiner Februar/März-Ausgabe dieses Jahres feststellt:

„[…] white Americans' attitudes toward race have indeed been revolutionized. Yet across a wide range of measures — including income, employment, education, health, housing, and criminal justice — African Americans and other minorities of color have continued to lag behind whites, with severe consequences not only for those disadvantaged groups but also for American society as a whole."

Dass in den USA alles Gold ist, was glänzt, hat jenseits von Fox News wohl noch nie jemand behauptet.

Innovationsmaschine Amerika

Dennoch hat gerade die deutsche Kritik an Amerika einen Beigeschmack. Denn erstens sind und bleiben die Amerikaner in vielen Bereichen Vorreiter. So sehr man sich etwa an der Datensammelwut von US-Konzernen wie Apple und Google stoßen kann, Innovationen wie das iPhone oder Googles Suchmaschine, möchte zumindest ich nicht missen. Dank Facebook und Whatsapp kann ich heute zwanglos mit Freund und Familie überall auf der Welt kostenlos und in Echtzeit kommunizieren und Kontakt halten. Diese Möglichkeit war unserer Elterngeneration in dem kontaktfreudigen Alter, in welchem wir unsbefinden, noch verwehrt. Natürlich, es stört mich, dass ich ständig damit rechnen muss, dass allen voran die US-Geheimdienste meine Geburtstagsglückwünsche nach Ägypten und meine Grüße nach Burundi mitschneiden und ggf. speichern. Dass Google, Amazon und Apple meine Daten zu einem Persönlichkeitsprofil zusammenbasteln, das sie an verkaufsgierige Unternehmen aus aller Welt verticken, ist auch unbefriedigend.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Dennoch: Wer behaupten möchte, Ebay und Amazon, Google und Apple, PayPal und Microsoft hätten unser aller Leben nicht verbessert, der werfe den ersten Stein. Für meinen ganz persönlichen Nutzen danke ich den US-Kapitalisten. Vor den dazugehörigen persönlichen und sozialen Kosten soll mich gefälligst mein eigener, der deutsche Staat schützen.

Die USA als Nation sind ein Champion individueller Freiheit. Was uns im Hinblick etwa auf die liberale Waffenpolitik oder die geringe Solidarität zwischen Staat und Bürgern befremden mag, entfaltet in vielen Einzelfällen gewaltige Schaffenskraft. Von dieser Stärker Amerikas können gerade wir Deutsche noch sehr viel lernen. Es ist auch der Wille zur Freiheit, welcher die USA all die Innovationen hervorbringen lässt, von deren „Spillover Effects" nicht zuletzt das alte Europa fortlaufend profitiert. Das Internet, die Lebensader der modernen Welt, wurde in den USA zur Serienreife gebracht. Ob technische oder soziale Innovationen, ob Fast Food, Home Office, Social Media, Gender Mainstreaming oder Urban Gardening die wichtigsten und trendigsten Neuerungen fließen von oder über Amerika in alle Teile der Welt. Was für Wirtschaft und Gesellschaft gilt, gilt auch für die Wissenschaft. Auch hier darf Talent nahezu ungezügelt wirken. Nicht von ungefähr sind die amerikanischen Spitzenunis in allen Fachbereichen weltweit führend, nicht von ungefähr haben die Vereinigten Staaten die meisten Nobelpreisträger hervorgebracht.

Ich bin kein Kunstexperte. Dennoch frage ich mich vor dem Hintergrund der unbestreitbaren Innovationskraft der USA, ob nicht auch im Bereich der Kultur kein Raum bleibt für deutsche oder europäische Überheblichkeit. Gern wird auf die musikalischen, malerischen, bildhauerischen, aber auch geisteswissenschaftlichen Errungenschaften der Europäer hingewiesen. Doch was ist mit Blues und Jazz und Rock n' Roll? Was ist mit den Gershwins und Warhols, den Millers, Bernsteins oder Michael Jacksons des nordamerikanischen Kontinents? Sind sie wirklich geringere und weniger einflussreiche Künstler als Beethoven, Hesse und Chagall? Um es auf die Spitze zu treiben: Zeigt nicht etwa der Erfolg des amerikanischen Films in Gestalt der Glanzstücke eines Chaplin oder Allen oder die kinokassensprengende Wucht von Epen wie „Star Wars" oder „Der Herr der Ringe", aber auch Fernsehkunst in Gestalt von weltweitverfolgten TV-Serien wie „Breaking Bad" oder „Game of Thrones", dass hier Kulturgeschichte geschrieben wird? Sind wir wirklich in der Position, pauschal zu leugnen, dass in den USA kulturell ebenso bahnbrechendes Genie am Werk sei, wie es bei uns in vergangenen Jahrhunderten der Fall gewesen ist? Und angesichts der unbestreitbaren Ungleichgewichte innerhalb der amerikanischen Gesellschaft lässt sich fragen: Waren es in der Geschichte der Menschheit nicht stets die innerlich zerrissenen Gesellschaften, welche gerade als Reaktion auf Kluft und Widerspruch die größten Leistungen in Kunst und Kultur hervorgebracht haben?

Schutzmacht USA

Die Relevanz der USA im Bereich der Sicherheit ist augenscheinlicher. Es stimmt, dass die USA auch unter Präsident Obama nicht nur immer noch Weltpolizei spielen. Sie sind Weltpolizei und müssen es sein. Dass US-Militär und US-Justiz im Ausland dabei selten (aber auch) als „Freund und Helfer" wahrgenommen werden (können), bringen der Großmachtstatus und das politische Machtsystem mit sich. Seit Hobbes ist es ein Gemeinplatz, dass das weltweite Staatensystem ohne übergeordneten Souverän stets einem (latenten) Krieg aller gegen alle ähnelt. In diesem staatlichen Naturzustand – durch internationale Abkommen und Zusammenschlüsse wie die Vereinten Nationen nur dürftig gebändigt – gilt nun mal das Recht des Stärkeren. Dass im Zweifel wenig gegen den Willen der USA geht, zeigt der NSA-Komplex: Edward Snowdens Exil in Russland, die erzwungene Landung der bolivianischen Präsidentenmaschine in Wien 2013, das lächerliche Gesuch der Bundesregierung, ein „No-Spy-Abkommen" zu schließen, die mitleiderregend geringen Fortschritte des parlamentarischen Untersuchungsausschusses bei der Aufklärung der Affäre – selten haben die USA im Verhältnis zu Deutschland und Europa ihre machtpolitische Überlegenheit so offen gezeigt.

Und doch brauchen auch wir die Schutzmacht Amerika. Ohne die amerikanische Drohkulisse wäre der europäische Teil der NATO eine zögerliche Witztruppe, welche ihre Verpflichtungen gegenüber ihren östlichen Mitgliedern wohl ganz schnell vergessen würde, entschlösse sich ein eiskalter Politstratege wie Wladimir Putin, etwa in Estland eizufallen, wie er es jüngst in der Ukraine tat. Wo Europa diskutiert und wenn, dann nur zögerlich handelt, übernimmt Amerika Verantwortung – sei es beim militärischen Kampf gegen IS und die Unterstützung von Kurden, Jesiden, Christen im Einflussbereich der Islamisten oder etwa bei der Katastrophenhilfe beispielsweise im Kampf gegen Ebola. Allein das US-Verteidigungsministerium investierte nach eigenen Angaben bis Ende März 2015 403 Millionen US-Dollar in den westafrikanischen Kampf gegen die Seuche. Unvergessen auch die Bilder des riesigen Krankenhausschiffs, welches das US-Militär im Januar 2010 innerhalb weniger Tage in Richtung des völlig verwüsteten Haitis auf den Weg brachte. Kaum ein anderes Land wäre dazu in der Lage gewesen. Und ohne die Hartnäckigkeit und Durchschlagskraft der US-Justiz wären auch die Erfolge gegen die kriminellen Auswüchse etwa des Schweizer Bankenwesens, des dopingverseuchten Radsports oder der FIFA niemals möglich gewesen.

Gerade wir Deutschen sollten uns beim Thema Verteidigung mit Kritik an den USA zurückhalten. Allein der schützenden Hand, welche eine US-geführte NATO über uns hält, ist es zu verdanken, dass wir uns unseren Pazifismus und Antimilitarismus leisten können. Unsere Bündnispartner investieren Milliarden und schicken tausende Soldaten immer und immer wieder in brenzlige Auslandseinsätze, während wir uns die Abschaffung der Wehrpflicht und eine Grundverachtung gegen alles Militärische leisten. Besserung ist nicht in Sicht, weil ohne Wehrpflicht und bei sinkendem Prestige des Soldatenberufs unserer Rumpftruppe Bundeswehr die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses immer weiter verbaut wird. So entwickelt sich die Grundverachtung der Gesellschaft zur „self fulfilling prophecy". Die Führung der Bundeswehr, die sich des „freundlichen[?] Desinteresses" (Horst Köhler) bewusst ist, versenkt die ohnehin knappen Ressourcen in schlecht geplante und durchgeführte Rüstungsprojekte, in interne Ränkespiele, ineffiziente Strukturen und sinnlosen Umstrukturierungen. Und auch das Verantwortungsbewusstsein der deutschen Bevölkerung gerade im Kontext des Nordatlantikpaktes ist weiter auf dem Rückzug, wie eine aktuelle Studie zeigt (siehe auch den Beitrag von Dominik Wullers in dieser PuG-Ausgabe S. 8). Dass eine der weltweit führenden Wirtschaftsnationen auf Verteidigungsbereitschaft faktisch verzichtet, ist ein historisches Novum (siehe auch den Beitrag von David Kelly in dieser PuG-Ausgabe S. 5). Das kann man mit guten Gründen als Fortschritt bezeichnen. Doch sollte man dann

Fortsetzung auf Seite 9

Pazifismus

Ein überschätztes Ideal

In seiner Kolumne („Im Zweifel links: Wie feige sind die Deutschen?", Spiegel Online, 11. Juni 2015) freute sich Jakob Augstein jüngst über eine aktuelle Studie, wonach die Deutschen den Polen und Balten bei einem russischen Angriff nicht zu Hilfe kommen würden. Das nutzt Augstein auch gleich als Aufhänger, um die Demilitarisierung Deutschlands zu preisen und den deutschen Soldaten zuzurufen, dass sie sich ihre „komischen Ideale [...] in die Haare schmieren" können.

Die Ideale, für die ich als Soldat kämpfe, sind übrigens Recht und Freiheit. Die möchte ich aber lieber nicht in meinen Haaren, sondern im Grundgesetz wissen. Damit diese Ideale auch für unsere Bündnispartner gelten, würde ich mich auch nach Riga oder Warschau versetzen lassen, um jegliche Aggression gegen unsere Freunde im Osten zu verhindern.

Umgekehrt wäre es interessant zu wissen, für welche Ideale denn Jakob Augstein kämpfen würde. Für Meinungsfreiheit und Rechte von Schwulen und Lesben offensichtlich nicht, denn das wären die ersten Gesetze in einem russisch kontrollierten Baltikum, die einkassiert würden.

Fraglich, ob man als reich begütertes Verlegersöhnchen überhaupt noch Ideale braucht oder ein geschliffener Zynismus ausreicht. Die beheizten Schreibstuben der Bundesrepublik scheinen jedenfalls ein ideales Biotop zu sein, um die Welt in ihrer Gänze zu verstehen und zu beurteilen. Fazit: Wenn wir alle Pazifisten wären, wäre alles besser.

Leider funktioniert das Pazifismus-Argument ähnlich gut, wie das Preis-Argument der Ökonomie. Dort wird jegliches Problem einfach mit der Einführung eines Preis-Mechanismus gelöst. Zu wenig Transplantationsorgane: Preise einführen, Handel erlauben, Problem gelöst. Zu viel Gewalt auf der Welt: Pazifismus einführen, unterm Regenbogen tanzen, Problem gelöst.

Das mag in der Redaktion des „Freitag" ein heftig beklatschter Lösungsvorschlag sein, krankt aber an seiner Realitätsferne. Wenn alle Menschen friedlich wären, müsste nur ein einziger einen Ast in böser Absicht aufheben und würde den Pazifismus als instabiles Gleichgewicht entlarven. Aggression und Gewalt sind Teile der menschlichen Natur und heute leider bei Weitem nicht unter Kontrolle.

Natürlich kann man im Irak und in Syrien wegschauen, den Sudan ignorieren und Kim Jong-Un die Daumen drücken. Alles unter der Prämisse, dass Pazifismus das einzige Ideal ist. In dem Fall muss man aber auch die Steinigung von Frauen in Kabul hinnehmen können.

Denn diese Form des Pazifismus ist nur mit einem gleichzeitigen moralischen Relativismus auszuhalten. Das haben beispielsweise die Grünen erlebt, die angesichts des drohenden Genozids auf dem Balkan den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr mittrugen. Manche Pazifisten konnten das nicht aushalten und zerschmetterten Joschka Fischer ganz pazifistisch das Trommelfell.
Hat man aber auch noch andere Werte als einen grundsätzlichen Pazifismus, wird sich dieser manchmal unterordnen müssen. Zum Beispiel für die Verteidigung unserer Ideale und des Fundaments, auf dem diese ruhen. Dafür gibt es Bürgerinnen und Bürger, die ihre persönliche Zeit und Sicherheit für die Gemeinschaft opfern. Das sind die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die jeden Tag ihren Dienst rund um die Welt verrichten. Die unsere Ideale verteidigen, damit Herr Augstein in aller Ruhe seine Meinung über mich und meine Kameradinnen und Kameraden niederschreiben kann. Zum Glück.

Dominik Wullers
- Helmut-Schmidt-Universität -

Ist das gerecht?

Von Kriegsgefangenschaft und symbolischer Entschädigung

70 Jahre nach Kriegsende erhalten ehemalige sowjetische Kriegsgefangene eine Entschädigung vom deutschen Staat. Rechtlich und moralisch eine mehr als fragwürdige Entscheidung.

Eine kleine Randnotiz in den großen Tageszeitungen. Mehr nicht. Die Behauptung, die Öffentlichkeit habe vom jüngsten Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages merklich Notiz genommen, kann durchaus als kühn bezeichnet werden. Und doch hat er es in sich: „Ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen soll ohne Anerkennung einer Rechtspflicht / eines Rechtsgrundes ein symbolischer finanzieller Anerkennungsbetrag gewährt werden". Zehn Millionen Euro werden dafür in den Nachtragshaushalt 2015 eingestellt. Derzeit sind nach groben Schätzungen noch etwa 4.000 ehemalige Sowjetsoldaten, die einst in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten, am Leben. Die meisten von ihnen sind inzwischen über 90 Jahre alt. Jeder von ihnen erhielte damit eine Einmalzahlung von 2.500 Euro. Für einen durchschnittlichen russischen Rentner mehr als nur ein kleines Vermögen.

Bei aller Wohltätigkeit ist dies völkerrechtlich ein einmaliger Vorgang. Kriegsgefangene sind, anders als die Zivilbevölkerung, seit jeher von sämtlichen individualen Entschädigungsansprüchen des ehemaligen Kriegsgegners ausgeschlossen. Dies ist allgemeine Meinung von Rechtsprechung und Forschung sowie auch (Rechts-)Standpunkt jeder bisherigen Bundesregierung. Selbst die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder stellte dies im Rahmen der Entschädigungszahlungen für ehemalige zivile (!) Zwangsarbeiter mehrfach und deutlich klar. Die Genfer Konventionen, bzw. die Haager Landkriegsordnung, die eine menschenwürdige Behandlung von Kriegsgefangenen vorsehen, begründen keine Individualansprüche, sondern (wenn überhaupt) nur Ansprüche der jeweils vertraglich verpflichteten Staaten untereinander. Da die Sowjetunion unter Stalin aber, welch bittere Ironie der Geschichte, anders als nahezu alle kriegsführenden Parteien (auch das nationalsozialistische Deutsche Reich) keinen der genannten Verträge unterzeichnet hat, sind ihre kriegsgefangenen Soldaten des Weltkriegs so gesehen gleich „doppelt" von Entschädigungszahlungen ausgeschlossen. Rechtlich gesehen wäre die Bundesrepublik folglich unter keinem denkbaren Gesichtspunkt verpflichtet gewesen, jene zehn Millionen Euro an Zahlungen zu leisten – was sie auch unterstreicht („ohne Anerkennung einer Rechtspflicht / eines Rechtsgrundes").

Die Rote Armee hat im Zweiten Weltkrieg einen unglaublichen Blutzoll für den Sieg über Nazi-Deutschland geleistet. Nicht wenige ihrer Soldaten, die sich zunächst aus aufrichtigen patriotischen Motiven freiwillig an die Front gemeldet hatten, wurden bald durch die harten, grausamen und verlustreichen Kämpfe ernüchtert und konnten gerade zu Beginn des Krieges nur durch den unnachgiebigen Drill und Zwang ihrer Vorgesetzten zum Kampf gezwungen werden. Wer die unglaubliche Zahl von zwölf Millionen getöteten Rotarmisten betrachtet, sollte nicht vergessen, dass keine andere Kriegspartei des Weltkriegs derart rücksichtslos mit dem Leben ihrer eigenen Soldaten umging. Lediglich das nationalsozialistische Deutsche Reich hat in den letzten Monaten des Krieges eine ähnlich kaltschnäuzige Haltung gegenüber den eigenen Verlusten eingenommen. Dabei bot auch die deutsche Kriegsgefangenschaft für die Rotarmisten weder Schutz noch Erlösung: Schon in der Planungsphase des deutschen Ostfeldzuges stellte das Oberkommando des Heeres keinerlei nennenswerte Überlegungen an, wie die Masse der künftigen Kriegsgefangenen zu versorgen sei. Von den insgesamt 5,3 Millionen Rotarmisten, die während des Zweiten Weltkriegs in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten, überlebte knapp jeder Zweite. Der Rest verhungerte zum allergrößten Teil, wurde erschossen, vergast, erschlagen. Für Millionen von Rotarmisten war demnach sowohl der Einsatz an der Front als auch die deutsche Kriegsgefangenschaft das sichere Todesurteil. Kein Nachgeborener kann ihr unvorstellbares Leid ermessen. Und dennoch: Müssen wir sie deshalb dafür von deutscher Seite, und sei es nur „symbolisch" und „ohne Rechtsgrund", entschädigen?

Der deutsch-sowjetische Krieg 1941 bis 1945 war von beiden Seiten in einer Form ideologisch aufgeladen worden, wie sie in der Geschichte beispiellos ist. Während die eine Seite vom „Lebensraum im Osten" und der „Ausrottung des jüdischen Bolschewismus" träumte, ging es der anderen Seite mitnichten lediglich darum, die „faschistischen Horden" zurückzudrängen, um ansonsten friedlich weiterexistieren zu können. Vielmehr führte auch die Sowjetunion unter Stalin seit 1939 einen imperialistischen Vernichtungskrieg gegen zahlreiche Völker Osteuropas, die dem deutschen Wüten in dieser Region häufig in keiner Weise nachstanden. Als dann Ende des Jahres 1944 der Krieg die deutschen Landesgrenzen erreichte, wurden auch unzählige deutsche Zivilisten Opfer dieser Grausamkeiten, Opfer von Raub, Mord, Plünderung und Vergewaltigungen. All diese millionenfachen Taten wurden durch Soldaten der Roten Armee verübt – potentiell auch von Soldaten, die nun vom deutschen Staat eine „symbolische Entschädigungszahlung" erhalten.

Doch selbst wenn man, obwohl es hier ja gerade um individuelle Ansprüche und Zahlungen geht, großzügig von den Verbrechen des Einzelnen absehen will, lässt sich konstatieren, dass die Rote Armee weder Deutschland noch Osteuropa im eigentlichen Wortsinn „befreit" hat. Vielmehr ersetzte sie das menschenverachtende System des Nationalsozialismus durch eine neue Diktatur und blutige Gewaltherrschaft. Zwar machten sich auch die westlichen Alliierten (wenngleich in deutlich geringerem Umfang) zahlreicher Kriegsverbrechen schuldig, sie haben jedoch dem von ihnen besetzen Teil Deutschlands Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gebracht. Die Sowjetunion kann dies nicht von sich behaupten.

Wer nun einwenden mag, das individuelle Leid des einzelnen Soldaten wiege doch nicht weniger schwer, nur weil die Sache, für die er zu kämpfen glaubte, nicht so groß, schön und gerecht war wie die, für die er tatsächlich in den Kampf zog, der sei daran erinnert, dass Millionen von deutschen Kriegsgefangenen und Zivilisten (zumindest letztere auch völkerrechtswidrig) bis zu zehn Jahre nach Ende des Kriegs in der Sowjetunion festgehalten wurden und dort unter menschenunwürdigen Bedingungen eingesperrt, misshandelt und zur Zwangsarbeit gezwungen wurden. Von den gut drei Millionen deutschen Soldaten, die im Laufe des Zweiten Weltkriegs in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, überlebte etwa jeder dritte von ihnen diese nicht. Die Überlebenden erhalten bis heute vom russischen Staat keinen auch nur symbolischen Cent. Angesichts dieser Dimensionen muss eine einseitige Entschädigungsleistung des ehemaligen Kriegsgegners für sie wie eine erneute Demütigung wirken.

Deutschland wurde am 8. Mai 1945 „vernichtet und erlöst zugleich", wie es der ehemalige Bundespräsident Theodor Heuss treffend formulierte. Wer das Privileg hat, das Zeitalter der Weltkriege nur aus dem Geschichtsbuch zu kennen, darf sich freuen, dass das nationalsozialistische Deutschland nicht zu seiner endgültigen Entfaltung und Etablierung gekommen ist, sondern in einem großen Kraftakt von seinen Kriegsgegnern niedergerungen wurde. Für diese militärische Niederringung – und nur hierfür – dürfen und müssen wir den Soldaten der Roten Armee Dank und Respekt zollen. Viel mehr schulden wir ihnen dafür aber aufgrund der weit komplexeren historischen Umstände nicht. Schon gar kein Geld.

Daniel Klisa

Fortsetzung von Seite 8

wenigsten denjenigen Dank und Respekt zollen, welche für diesen luxuriösen Zustand die Gewährleistung tragen.

Unterm Strich sollte man zuletzt eines nicht aus den Augen verlieren: Schon die inneren Kämpfe und Krämpfe beim langfristigen Aufbau eines europäischen Bundesstaates zeigen, dass Kants Vision vom ewigen Frieden und der linke Traum einer demokratischen Weltregierung die Musik fernster Zukunft, wenn nicht gar Utopie sind. Ohne den über allen stehenden Souverän, bleibt es aber beim Hobbeschen Szenario eines Naturzustandes, in welchem der oder die Stärkste(n) das Sagen haben. Von allen Staaten, die dafür in Frage kommen, ist mir doch ein solcher am liebsten, der – bei allen Unzulänglichkeiten – die Freiheit des Einzelnen und die Ablehnung von Diktatur und Unterdrückung in seiner historischen und rechtlichen DNA hat; ein Staat, welcher als *das* Einwanderungsland der Erde prinzipiell jedem Menschen dieser Welt eine Heimat und Zuflucht bietet. Als Super Power sind die USA das kleinste unter den möglichen Übeln.

Historische Pflicht zur Mäßigung

Gerade unsere, die zweite deutsche Nachkriegsgeneration vergisst gerne, dass wir den Amerikanern zu größtem historischem Dank verpflichtet sind. Erstens hätte das NS-Regime Deutschland und die Welt wohl wesentlich länger mit Krieg und Schrecken überzogen, wären die USA nicht in den Krieg eingetreten. Hunderttausende Amerikaner ließen für unsere historischen Fehler, Duldung, Förderung bzw. Nicht-Beendigung von Machtergreifung und Herrschaft der Nationalsozialisten, im Kampf ihr Leben. Zweitens wäre das deutsche Wirtschaftswunder und das Zusammenwachsen Europas nach dem Krieg ohne die massive wirtschaftliche (Stichwort: Marshall-Plan) und politische Aufbauhilfe der USA, welche etwa auch für den weitgehenden Verzicht auf Reparationsforderungen der Alliierten verantwortlich zeichnete, nicht denkbar gewesen. Drittens dürfen wir, die Deutschen, bei allem Stolz auf unser Grundgesetz nicht vergessen: Es war die Weitsicht der Alliierten, insbesondere der Amerikaner, die erst die Voraussetzungen dafür schuf, dass der Parlamentarische Rat 1948 zusammentreten und eine Verfassung konzipieren konnte, die heute Vorbildfunktion hat. Wir Deutschen schmissen die Menschenvernichtungsmaschine an und tränkten die Welt in Blut. Die USA hingegen befreiten uns von den Geistern, die wir riefen, halfen uns wirtschaftlich schnellstmöglich wieder auf die Beine und gaben uns eine historische Chance, das zu tun, was in dieser Form wohl keinem anderen westlichen Staat bis dato möglich gewesen ist: Nur wir durften eine Verfassung auf dem Reißbrett konzipieren, im Vollbewusstsein der Unzulänglichkeiten und Anfälligkeiten der eigenen Gesellschaft, gleichzeitig ausgestattet mit dem Kenntnisstand der Philosophie, Rechts-, Wirtschafts-, Sozial- und Politikwissenschaft der Mitte des 20. Jahrhunderts. Der Thron, von dem unsere moralische Arroganz herunterblitzt, wurde gerade dort errichtet, wohin sie sich heute richtet: jenseits des Atlantiks.

Was aus all dem zu folgern ist…

Dieser Text ist weder Anklage noch Apologie der Vereinigten Staaten von Amerika. Dass sich dort in allen Politikbereichen Ansatzpunkte finden, die selbst deutliche Kritik von außen rechtfertigen, kann niemand vernünftigerweise in Abrede stellen. Gleichzeitig sind die USA für Sicherheit und Stabilität gerade der westlichen, letztlich aber der gesamten Welt unentbehrlich. Dabei gilt: „Unentbehrlichkeit bedeutet nicht unbedingt, dass die USA immer die richtigen politischen Entscheidungen treffen oder diese immer mit den richtigen Mitteln durchsetzen", wie es das von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene „IPG-journal" auf den Punkt bringt. Schon diese Unverzichtbarkeit für die Weltordnung muss alle Kritik an den Vereinigten Staaten relativieren.

Aus deutscher Sicht, so die hier vertretene Auffassung, ist besondere Mäßigung geboten: Gerade wir, das Nachkriegsdeutschland, verdanken unseren Wohlstand und unsere Sicherheit in besonderem Maße den USA. Daraus lässt sich keinesfalls der Schluss ziehen, dass wir alles mittragen müssten, was von jenseits des großen Teichs herüberschwappt. Auch dass wir uns nicht gegen nachteilige Regelungen im TTIP oder Privatsphäre-Eingriffe durch US-Konzerne wehren, eine eigene schlagkräftige Spionageabwehr aufbauen oder uns gegen völkerrechtswidrige Kriegseinsätze wehren dürfen, folgt daraus nicht. Ganz im Gegenteil: Wo nicht nur Licht, sondern auch viel Schatten ist, ist gerade unter Partnern Kritik erlaubt und beizeiten auch geboten. Doch treten wir, um ein ostafrikanischen Sprichwort zu bemühen, die Kuh, die uns so lange gesäugt hat, nicht.

Marc Philip Greitens

Lokalpolitik

Über Sinn und Unsinn

Lokalpolitik - was ist das eigentlich? Im Grunde betrifft die Lokalpolitik jeden einzelnen Bürger. Angefangen bei der Gestaltung von Schulen und Büchereien, über Straßen und Parkanlagen, bis hin zur Finanzierung von Sportplätzen und Musikschulen - man könnte meinen, es sei für jeden etwas dabei. Desto überraschender, dass sich kaum jemand genauer mit diesen Themen auseinandersetzt und nur die Wenigsten genau wissen was vor der eigenen Haustür passiert.

Dabei gehört die Lokalpolitik zu den verständlichsten Feldern der Politik und bietet viele Möglichkeiten, aktiv Gestaltungswillen auszuleben. Die meisten Berührungspunkte zwischen den Fachausschüssen und den „normalen Bürgern" entstehen durch konkrete Anliegen. Hierzu zählt zum Beispiel der Bau einer neuen Bahnstrecke oder eines Industrieparks - da sprießen die Bürgerinitiativen nur so aus dem Boden. Ist der Drops dann gelutscht, verfliegt das bürgerschaftliche Engagement aber auch schnell wieder.

Doch woran liegt das? Entspricht diese Verhaltensart einfach nur unserem Zeitgeist? Zugegeben, in unserer modernen Gesellschaft geht es häufig nur um den nächsten Augenblick, die nächste Prüfung oder die anstehenden Quartalszahlen. Aber ist das wirklich ein neues Phänomen? Hatte Georg Christoph Lichtenberg recht, als er sagte: „Die Leute, die niemals Zeit haben, tun am wenigsten."? Dafür spricht, dass sich die Gesellschaft schon immer über zu wenig Zeit beklagt hat und das mangelnde Interesse an lokalen Angelegenheiten nicht erst seit gestern ein Problem ist. Vielleicht aber liegt der Hund an anderer Stelle begraben. Wer von Ihnen liebe Leser hat sich denn schon einmal mit der Lokalpolitik beschäftigt und wie waren die Erfahrungen?

Möglicherweise ist es das ganze System der Lokalpolitik, das frustrierte Neueinsteiger produziert? Wer sich einmal die Mühe macht, das herauszufinden kann einige Überraschungen erleben. Man findet Stadträte vor, die fast ausnahmslos schon Enkel haben. Dazu kommt, dass Themen in den jeweiligen Parteien nur selten diskutiert werden und sich inhaltlich jegliche Diskussionen fast ausschließlich mit müßigen Detailfragen beschäftigen. Fast alle westdeutschen Kommunen haben Haushaltslöcher, so groß wie das Bermudadreieck. Bermudadreieck bleibt Programm, denn heruntergekommene Viertel und schlechte Straßen sind immer noch vorhanden — was passiert mit den Geldern? Nun, ein Großteil wird für Sozialausgaben, die einem die Bundespolitik aufgedrückt hat, ausgegeben. Ein weiterer großer Batzen sind die städtischen Personalkosten und was dann noch übrig bleibt wird munter nach Gusto verteilt — etwa an Sportvereine die mit dem Betrieb ihrer Sportstätten überfordert sind und nun gerettet werden müssen.

Welcher Eindruck entsteht also bei motivierten engagierten jungen Menschen? In jedem kaufmännisch geführten Unternehmen würde man die Hände über dem Kopf zusammen schlagen angesichts einer derartig prekären Finanzsituation. Die Bereitschaft, sich auf Ideen neuer intelligenter Menschen einzulassen, ist häufig so gering, dass die Bezeichnung „Betonköpfe" noch verharmlosend ist. Dass viele Junge Leute nach kurzer Zeit frustriert das sinkende Schiff der Lokalpolitik verlassen, ist dann nicht weiter verwunderlich.

Maximilian Müller
- Ruhr-Universität Bochum -

Rettungsfolter in Deutschland

Keine Ausnahme, auch nicht im Rettungsfall

Seit dem Fall Gäfgen und aktuell in Bezug auf den CIA-Folterbericht ist die Debatte um die Rettungsfolter neu entbrannt und es steht zumindest latent die Frage im Raum, ob die Rettungsfolter nicht eine Chance im Ausnahmefall sein kann. Sowohl diejenigen, die das Folterverbot als absolut ansehen und nicht bereit sind, eine Abwägung der Menschenwürde des Opfers mit der Menschenwürde des Täters stattfinden zu lassen, als auch diejenigen, die in absolut eng definierten Ausnahmesituationen Folter rechtfertigen möchten, finden sinnvolle und nachvollziehbare Argumente. Keine der beiden Positionen ist absurd, wie es die Gegenseite manchmal durchklingen lassen möchte.

Auch ist es abzulehnen, reflexartig immer nur mit der Zeit des Nationalsozialismus zu argumentieren („so etwas darf nie wieder passieren") und dadurch weiteres Denken gar nicht erst zuzulassen. NS-Argumente helfen nicht weiter. Denn wir leben heute und nicht damals und unsere Polizei ist nicht die Gestapo. Ein NS-Staat, der als ein Verbrecherregime foltert, ist nicht gleichzusetzen mit einem Frankfurter Polizeivizepräsidenten, der einen kleinen Jungen retten will, von dem er glaubt, dass er noch lebe, aber elend verdurstete und dann durch einen selbst angefertigten Vermerk auch noch derjenige ist, der ein rechtsstaatliches Verfahren gegen sich selbst ermöglicht.

Dennoch: Das oft bemühte Dammbruch-Argument ist keine Phrase, sondern sowohl psychologisch als auch juristisch betrachtet bitterer Ernst. Wenn Folter durch den Staat in einer bestimmten Situation offiziell erlaubt wird, besteht die Gefahr, dass es in weiteren Situationen erlaubt werden wird. Gerade in Zeiten des Terrorismus und der Globalisierung, in deren Rahmen schwierige Situationen für Polizisten eher zunehmen als abnehmen werden, darf das Folterverbot nicht auch nur ein einziges Stück aufgehoben werden. Es ist auch nicht zu unterschätzen, was es bedeutet, dass der deutsche Staat, wenn er damit ernst machen würde, ja auch wieder Leute ausbilden, einstellen und bezahlen müsste, die ausgebildete Folterer sind. Das kann nicht zugelassen werden. Auch der Staat hat seine eigene Würde und Integrität zu wahren.

Er sollte fraglos alles tun, um ein entführtes Kind zu retten. Gleichwohl ist die Menschenwürde nach Artikel 1 Grundgesetz unantastbar. Immer. Auch in Konfrontation mit dem Fürchterlichsten. Und selbst wenn man in der Theorie die Position verträte, dass in eng definierten Ausnahmesituationen gefoltert werden dürfte, spielt diese Position unserer Ansicht nach aus denklogischen Gründen in der Praxis keine Rolle. Es kann keinen Fall geben, in dem die Polizei einhundertprozentig sicher sein kann, dass das Kind lebt und zugleich keinerlei Kontakt zu dem Kind hat. Solange sie das Kind nicht sieht (und dann ist das Problem der Ortsfindung ja gelöst), kann es immer sein, dass es schon tot ist oder sie den falschen Täter hat.

Und falls der Verdächtige gesteht?

Dann kann es immer noch ein falsches Geständnis sein. Ähnliche Probleme zeigt schon der Fall Gäfgen selbst. Hier war man sich ja angeblich sicher, dass eine Folterdrohung gerechtfertigt sei, da davon ausgegangen worden ist, dass die Umstände geklärt gewesen wären. Gäfgen war der Täter, aber das Kind lebte nicht mehr, somit war die Androhung von Folter komplett nutzlos. Man drohte Folter an, um den Aufenthaltsort eines ohnehin schon seit Tagen toten Kindes herauszufinden, dessen bereits beendetes Leben man retten wollte. Dass sich Daschner hierbei in einem Erlaubnistatbestandsirrtum befunden haben mag, ändert nichts daran, dass dieser Fall schon zeigt, wie schnell man Folter in Situationen androht, in denen sie nach realer Lage so oder so keine Erkenntnisse mehr bringt.

Auch kann sich die Polizei nie sicher sein, den wahren Täter vor sich zu haben. Im realen Fall geht kurz vor Magnus Gäfgen ein anderer Mann, der rein zufällig einen Abendspaziergang macht, an der Stelle der Lösegeldübergabe vorbei. Was wäre gewesen, wenn er, der ja schließlich einfach nur zufällig Geld in einer Tüte findet, diese zu lange angeschaut hätte und die Polizei ihn festgenommen und ihm Folter angedroht hätte? Jeder Befürworter der Rettungsfolter muss wissen, dass es nur eine sich irrende Polizei braucht und jeder, der in diesem Land jemals wegen eines Kinderentführungsfalles unschuldig in einer Zelle oder einem Vernehmungszimmer sitzt, müsste befürchten, gefoltert zu werden. Hierin liegt der Fehler der 68 % der Bevölkerung, die Daschners Vorgehen damals für richtig hielten.

Der Fall lässt sich nicht nur juristisch entscheiden, denn die einen können sagen, dass die Menschenwürde niemals abwägbar sei und die anderen berufen sich darauf, dass auch die Menschenwürde des Entführten in bestimmten Fällen genauso geschützt werden müsse. Somit muss über das rein Juristische hinausgegangen werden, die Frage ist tatsächlich auch eine politisch-philosophische.

Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz und die Menschenwürde sind unser höchstes Verfassungsgut, aus dem sich ein absolutes Folterverbot ableiten lässt. Eine Ausnahme würde hier zu einer faktischen Aufweichung führen. Es lassen sich zwar wilde Konstruktionen, Analogien und Reduktionen bilden, die ein in sich durchaus konsistentes Gedankengebilde darstellen und als methodisch genial bezeichnet werden dürfen. Es bleibt aber dabei, dass damit der absolute Charakter des Folterverbots verkannt wird und dieses bei einer Aufweichung nicht mehr tabubehaftet wäre. Hier muss jeder Demokrat dafür einstehen, dass niemals, unter keinen Umständen der Staat aktiv (die Würde des Entführten ist hier durch ein staatliches Unterlassen, nicht durch ein staatliches Tun betroffen) die Menschenwürde verletzen darf!

Felix K. Bassier
Maximilian B. Lüderwaldt

Verwendet wurde Material aus einer Seminararbeit zu aktuellen Problemen des Strafrechts bei Prof. Dr. Thomas Rönnau (Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht, Wirtschaftsstrafrecht und Strafprozessrecht an der Bucerius Law School) und Prof. Dr. Thomas Fischer (Vorsitzender Richter am BGH).

WIRTSCHAFT

Ethische Staatsanleihen

Die konventionelle Staatsanleihe - ein zweifelhaftes Finanzinstrument

Pacta sunt servanda — Verträge müssen eingehalten werden. Ethisch vertretbar ist dieses Rechtsprinzip dann, wenn die jeweiligen Vertragspartner nicht nur zugestimmt haben, sondern ihre Zustimmung auch bestimmten Mindeststandards genügt. So sollten die Vertragspartner den Inhalt des Vertrags verstehen und sich auf Augenhöhe begegnen. Darüber hinaus sollte der Bereich, auf den sich der Vertrag bezieht, einigermaßen vorhersagbar und stabil sein. Insbesondere sollten die Vertragspartner identisch mit denen sein, die durch den Vertrag gebunden werden.

Eben diese Mindeststandards werden von gewöhnlichen Staatsanleihen verletzt. Beispiel Griechenland: Die griechische Regierung und das griechische Parlament sind keine Individuen, die sich bei der Schuldenaufnahme nur selbst vertraglich binden, stattdessen verpflichten sie insbesondere griechische Bürger und deren Nachkommen zu Steuerzahlungen, um die aufgenommenen Staatsschulden zu finanzieren. Wie drückend die Schuldenlast für die Griechen ist, hängt empfindlich von der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands in den nächsten Jahrzehnten ab, die weder stabil noch zuverlässig vorhersagbar ist.

Zwar mag die Aufnahme von Staatsschulden alles in allem trotzdem geboten sein, wenn sie von demokratisch legitimierten Institutionen im Interesse ihrer Bürger aufgenommen werden. Aber gängige Staatsanleihen haben drei Eigenschaften, die es Regierungen und Parlamenten überall in der Welt zu leicht machen, entgegen den Interessen ihrer Bürger zu handeln. Statt die Höhe der Auszahlungen an Kreditgeber von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes abhängig zu machen, sind sie rigide, müssen also unter allen Umständen in gleicher Höhe bedient werden. Statt Bürger nur für eine gewisse Zeit zu binden, führen sie zu extensiven Staatsschulden, die bis in alle Ewigkeit binden, sofern der Schuldenstand durch Refinanzierung bestehen bleibt. Statt zweckgebunden sind Staatsschulden neutral, binden also selbst dann, wenn sie zu Zwecken eingesetzt werden, die den Bedürfnissen der Bevölkerung widersprechen.

Zwei mögliche Alternativen

Aus ethischer Sicht brauchen wir Staatsschuldeninstrumente, die diese Eigenschaften nicht aufweisen und trotzdem ökonomisch tragfähig sind. Die Bank of England hat ein Paper veröffentlicht, das zwei innovative Instrumente vorstellt, die auch unter ethischen Gesichtspunkten klare Vorteile haben: BIP-indizierte Staatsanleihen (gdp-indexed government bonds) einerseits und entwicklungsabhängige Staatsanleihen (state-contingent bonds) andererseits.

BIP-indizierte Bonds führen zu höheren Zinszahlungen, wenn das Bruttosozialprodukt eines Landes steigt und zu niedrigen oder keinen Zinszahlungen, wenn die Wirtschaft sich schlecht entwickelt. Aus ethischer Sicht sind solche Anleihen vorzuziehen, weil sie die reale finanzielle Belastung der Schuld vorhersagbarer machen, und in wirtschaftlich schlechten Zeiten den finanziellen Spielraum des Staates weniger einschränken als gängige Staatsanleihen. So können BIP-indizierte Anleihen Insolvenzkrisen vermeiden helfen.

Entwicklungsabhängige Staatsanleihen beinhalten eine Klausel, die zu einer Verzögerung der Auszahlung des Anleihekapitals führt, wenn der Staat in eine Schuldenkrise gerät. Ob eine Verzögerung ausgelöst wird, kann zum Beispiel davon abhängig gemacht werden, ob der Staat ein Restrukturierungsprogramm des IMF oder anderer öffentlicher Institutionen durchläuft. Entwicklungsabhängige Anleihen sind aus ethischer Sicht vorzuziehen, weil sie die Kosten von Staatsschuldenkrisen verringern helfen können, indem sie Liquiditätskrisen vermeiden helfen. Sie erhöhen die Vorhersagbarkeit der Refinanzierungskosten von Staatsschulden in Krisensituationen, indem sie Refinanzierung in Zeiten hoher Risikozuschläge in die Zukunft verschieben. Findet in der Zwischenzeit eine Restrukturierung statt, wird diese die Risikozuschläge womöglich gesenkt haben.

BIP-indizierte und entwicklungsabhängige Staatsanleihen sind ein Schritt in die richtige Richtung, können aber kaum allein die ethischen Probleme lösen, die bei der Aufnahme von Staatsschulden auftreten. Sie lockern weder die Extensität von Staatsanleihen, noch ihre Neutralität. Deshalb brauchen wir innovative Staatsschuldeninstrumente, die unseren ethischen Vorstellungen gerecht werden.

Marco Meyer
- University of Cambridge -

Diese und weitere Analysen junger Autoren zu politischen und ökonomischen Themen finden sich auf dem Blog „Politischer Spielraum“: www,politischer-spielraum.de

Bankencrash, Bankenrettung und Vorbeugung

Ein Leitfaden für eine vernunftgesteuerte Finanzmarktpolitik

Den Banken wirft die Politik „Milliarden an Kapitalhilfen und Garantien hinterher“ (LINKE-Politikerin Sarah Wagenknecht). „ALG-II-Empfänger und Rentner“ hingegen knapsen. Egal, ob es um Rettungsgelder für Griechenland geht oder um solche zur Bewältigung der Finanzmarktkrise, Polemik beherrscht die öffentliche Debatte. Dabei sind Ideologie und Populismus völlig fehl am Platze. Denn erstens gibt es gute Gründe, warum der Staat eingreifen und Geld in die Hand nehmen muss, wenn es zum Crash gekommen ist. Zweitens kann nur wirtschaftliche Vernunft den Weg weisen, wenn es darum geht, Bankenkrisen vorzubeugen.

Die „Subprime“-Krise als Paradebeispiel

Reizbegriff „Bankenkrise“, seit 2007 kennt ihn jeder. Tatsächlich hilft die Krise des „Subprime“-Marktes in den USA, zu verstehen, wie eine Bankenkrise ablaufen kann. Ausgangspunkt waren der deregulierte US-Markt für Hypothekenkredite und der Preisboom im Immobiliensektor seit den 1990ern. Stark vereinfacht, passierte dann folgendes: Banken, die auch Hypothekenkredite vergaben, vergaben solche verstärkt auch an Kreditnehmer, die in früheren Zeiten schon einmal zahlungsunfähig gewesen waren oder nur über sehr geringe Sicherheiten verfügten. Auf die Bonität der Kreditnehmer wurde kaum geachtet. Die Risiken in den Bilanzen der Banken wuchsen. Jedoch konnten sie sich der unsicheren Bilanzposten entledigen, indem sie die risikobehafteten Forderungen zu Bündeln zusammenfassten und als Wertpapiere weiterverkauften. Ratingagenturen spielten im Handel mit den Schuldverschreibungen eine wichtige Rolle. Eine ihre Aufgaben bestand nämlich in der Risikobewertung der Forderungspools und damit letztlich auch der Wertpapiere. Die Agenturen griffen kräftig daneben. Anstatt für Transparenz zu sorgen, erteilten sie – etwa aufgrund falscher Modellannahmen – den fragwürdigen Papieren Bestnoten. Nun war also nicht nur Schrott im Umlauf – dieser glänzte auch noch wie Gold.

Die derart geadelten (Hypotheken-)Schuldverschreibungen fanden reißenden Absatz. Viele Banken, darunter die zu trauriger Berühmtheit gelangte „Lehman-Brothers“, kauften (häufig unter Aufnahme hoher Schulden, um Hebelwirkungen zu erzielen) große Mengen der als sicher geltenden, aber auf risikobehaftenden Hypothekenkreditforderungen beruhenden Wertpapiere. Denn auch sie wollten von dem großen Immobilienboom in den USA profitieren. Der Schock kam mit dem Platzen der Spekulationsblase im Immobilienmarkt. Die Häuserpreise purzelten und das ganze System fiel wie ein Kartenhaus zusammen. Die lange als sicher geltenden Wertpapiere waren auf einmal nichts mehr wert. Nun zeigte sich, dass viele Kreditnehmer nie solvent genug für einen Immobilienkauf gewesen waren. Für die Banken bedeutete dieser Umstand riesige Abschreibungen, welche ihr Eigenkapital rasant abschmelzen ließen. Viele, auch sehr große Banken gerieten in eine besorgniserregende Lage. Die Krise war perfekt.

Keine Intervention ist auch keine Lösung

Spannend ist nun folgende Frage: Was würde passieren, wenn sich der Staat in einer solchen Bankenkrise nun genau so verhielte, wie es die erwähnte Polemik suggeriert? Was wäre die Folge, spränge der Staat nicht mit Finanzhilfen den in die Bredouille geratenen Instituten zur Seite? Aus theoretischer Sicht wäre folgende Weiterentwicklung der Dinge nicht unwahrscheinlich: Das haftungsrelevante Eigenkapital der kriselnden Banken würde rasant schwinden. Zwar stünden ihnen noch liquide Mittel etwa durch Kredite anderer Banken sowie die Spareinlagen der Bankkunden zur Verfügung. Wegen des entstandenen Vertrauensverlustes würde aber ein so genannten „Run“ der Bankkunden auf die Banken immer wahrscheinlicher. Die Sparer wären versucht, alles an Einlagen zu retten, was noch zu retten ist. Der „Run“ würde das Zahlungsproblem drastisch verschärfen und zwar u. U. so weit, dass die Banken in Zahlungsnot gerieten und sogar ihre eigenen Gläubiger(-banken) mit in den Abgrund rissen. Käme es zu einer Kettenreaktion, schwände das Vertrauen in den Bankensektor insgesamt. Eine allgemeine Liquiditätskrise könnte die Folge sein. Weil Banken im modernen Finanzmarkt untereinander eng verzahnt sind, könnte ein derartiger Verlauf schnell dramatische Züge annehmen. Besonders gefährlich würde es, wenn Banken betroffen wären, deren Bedeutung für die Volkswirtschaft so groß ist, dass man sie als „systemrelevant“ bezeichnet.

Bleibt der Staat untätig und geht der Bankensektor in Folge dessen den Bach herunter, dann bliebe auch der Rest der Volkswirtschaft nicht verschont. Denn Finanz- und Realwirtschaft sind untrennbar miteinander verknüpft, nicht zuletzt, weil die Banken Unternehmen mit Krediten versorgen. Ohne Kredite, keine Investitionen. Käme es in Folge der Bankenkrise nun zur allgemeinen Liquiditätskrise, wäre eine Kreditklemme die Folge. Im schlimmsten Falle würde die Krise der Finanzwirtschaft auf die Realwirtschaft überspringen und schließlich die gesamte Volkswirtschaft in eine Rezession geraten – mit Arbeitslosigkeit und allem, was dazugehört. Darunter leiden, würden wohl als allererste diejenigen, deren Wohl den Populisten dieses Landes ja vermeintlich am meisten am Herzen liegt: Die Arbeiter, der „kleine Mann“. Dass es so weit nicht kommen darf, liegt auf der Hand.

Vernünftige Rettungspolitik

Wie also sollte der Staat auf eine Bankenkrise reagieren, vernünftiger, nicht populistischer Weise? Ausgangspunkt ist die obige Überlegung, dass die Krise nicht den gesamten Finanzsektor erfassen und schon gar nicht auf die übrigen Bereiche der Volkswirtschaft überspringen soll. Der Staat muss also schnell und gründlich intervenieren. Das kostet Geld. Wenn aber der Staat Geld in die Hand nimmt, um Banken zu retten, die (selbstverschuldet) in Schwierigkeiten geraten sind, dann bürdet der Staat der Allgemeinheit Kosten auf, die durch individuelles Fehlverhalten der Banken entstanden sind. Das ist ethisch kaum vertretbar. Deswegen darf sich das Eingreifen des Staates nicht auf die finanzielle Nothilfe beschränken. Vielmehr sollten etwa die Bankeneigentümer und Gläubiger der faulen Kredite selbst für die Risiken haften müssen, die sie geschaffen haben. Auf keinen Fall darf im Bankensektor der Ein-

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

druck entstehen, man könne spekulieren, so viel wie man wolle, weil im Krisenfall sowieso der Staat die Rechnung begleiche.

Die Bankenrettung selbst könnte, wie folgt, vonstattengehen: Zuerst sollten Gläubigerbanken und Sparern Garantien gegeben werden (ein Beispiel ist die Einlagensicherung), dass ihr Geld sicher sei. Alleine die psychologische Wirkung dieser Worte sollte heilsam sein und dem befürchteten „Run" sowie einer Kreditklemme vorbeugen. Gleichzeitig sollten die in Not geratenen Banken staatliche Geldhilfen erhalten. Im Gegenzug könnte der Staat Anteile am Eigenkapital der Banken bekommen und sich dadurch Mitspracherechte erwerben, welche geeignet wären, den Einfluss der Altaktionäre zu verringern. Meines Erachtens muss auch eine Zwangskapitalisierung in Frage kommen dürfen.

Im dritten Schritt sollte die Bank zerschlagen werden. Die toxischen Papiere (z. B. die zu Wertpapieren gebündelten Kredite) könnten in eine „Bad-Bank" ausgelagert und dort abgewickelt werden, um die anderen, gesunden Teile der Bank nicht unnötig zu belasten. Die zuvor mit einem gewissen Startkapital ausgestattete „Bad-Bank" sollte nun versuchen, aus den ihr zur Verfügung stehenden Anlagen so viel wie möglich „herauszuholen". Zur gleichen Zeit sollten die gesunden Teile der zerschlagenen Bank mit anderen fusioniert und konsolidiert werden. Viertens sollte sich der Staat schnellstmöglich wieder aus der Bank zurückziehen, allerdings erst, nachdem er seinen Finanzeinsatz von der nunmehr sanierten Bank zurückerhalten hätte. Fünftens sollten mit aller Konsequenz Ungereimtheiten sowie jegliche Art von krimineller Machenschaft innerhalb der Bank aufgedeckt, verfolgt und bestraft werden. Zu prüfen wäre etwa die Verantwortlichkeit des Vorstands für Entscheidungen, die den Niedergang der Bank möglicherweise (mit-)verursacht haben. Auch für Fehlverhalten unterhalb der Schwelle zum Gesetzesverstoß wären personelle Konsequenzen zu ziehen.

Vorsicht ist besser als Nachsicht

Das Schweden der 1990er Jahren liefert ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche Bankenrettung. Hier wurde ganz ähnlich verfahren. Der damalige Steuerminister Bo Lundgren spricht mir aus der Seele, wenn er sagt, dass „wenn der Staat [...][eingreifen muss], dann hart und gerecht". Bankenrettung ist gut, Bankenrettung ist möglich, keine Frage. Indes, warum sollte man es überhaupt zur Krise kommen lassen? Vorsorge ist besser als Nachsorge. Tatsächlich existieren Maßnahmen, welche vernünftige Ansatzpunkte für eine effektive Krisenprävention bieten.

Optimaler Weise würde eine entsprechende Regulierung einen ganzen Strauß von Politiken umfassen. Eine Standardmaßnahme bestünde darin, Banken zu verpflichten, ihren Eigenkapitalanteil zu erhöhen. Verhindert werden müsste dabei, dass die betroffenen Banken als Reaktion darauf die Kreditvergabe an kleine und mittelständische Unternehmen zu sehr einschränkten. Instrumente, die helfen könnten, beides zu gewährleisten, wären sogenannte Zwangswandelanleihen oder „Coco-Bonds". Neben die Erhöhung des Eigenkapitals könnte die Verbesserung der Regelungen zur Bankenaufsicht treten (Beispiel: Europäische Bankenunion). Für die Einführung oder Beibehaltung von Krisensimulationen in Form von sogenannten Bankenstresstests sprechen ebenfalls gute Gründe. Die Hürden zum Bestehen sollten allerdings nicht zu niedrig sein, um den Bankensektor widerstandsfähiger zu machen. Einen Sonderfall stellen die systemrelevanten Banken dar. Anders als von populistischer Seite gefordert, sollte es nicht erforderlich sein, diese ganz zu zerschlagen. Der Staat müsste bei ihnen aber noch strengere Vorgaben, etwa hinsichtlich der Höhe der Eigenkapitalquoten, machen.

Die Vereinfachung der Unternehmensstruktur in Banken empfiehlt sich ebenso. Dadurch sollte der Staat in die Lage versetzt werden, im Krisenfall schneller agieren, den genauen Krisenherd ausfindig machen und gezielte Rettungsaktionen initiieren zu können. Hier sollte keine Regulierungswut entfaltet, sondern Maßnahmen stets auf das erforderliche Maß beschränkt werden. Denn eine überregulierte Bank dürfte die zusätzlichen administrativen Kosten an die Kunden weitergeben. Das sollte nicht im Sinne des Staates sein.

Auch im Bereich der Krisenvorbeugung sollte die Bankenaufsicht in den Blick genommen werden. Optimierungsbedarf besteht etwa dort, wo Kompetenzen zwischen verschiedenen Aufsichtsbehörden nicht klar voneinander abgegrenzt sind. Unnötiges Kompetenzgerangel aber führt zum einen zu Nachteilen für die Banken. Zum anderen hindert es die effiziente Ausübung der Aufsicht. Nicht vergessen werden sollte die Bedeutung von Strafgesetzgebung und Strafverfolgung. Fehlverhalten im Bankensektor müsste härter und kompromissloser verfolgt werden. Die Zahl von Verfahren, die mit „Deals" beendet werden, sollte abnehmen. Im Gegenzug sollte der Entzug der Bankenlizenz häufiger angedroht werden. Insgesamt sollte der Banksektor stärker diszipliniert werden. So sollten etwa Sanktionsmechanismen für die Falschberatung von Kunden etwa bei der Vermögensanlage existieren. Bankangestellte müssten persönlich haften können.

Neben den angesprochenen Maßnahmen gibt es viele weitere. Allen gemein ist, dass sie auf vernünftigen wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Erwägungen beruhen. Mit Ideologie haben sie nichts zu tun. Dass es auch aus Sicht der weniger privilegierten Mitglieder der Gesellschaft sinnvoll sein kann, dass der Staat viel Geld in die Hand nimmt, um Banken zu retten, das verdeutlichen die potentiellen Auswirkungen einer Bankenkrise, wenn der Staat untätig bleibt. In diesem Sinne wäre auch John Rawl's Vorgabe an eine ethisch richtige Politik erfüllt: Bankenrettung und Vorbeugung verschwenden keine Steuergelder. Sie stellen auch für die am wenigsten Privilegierten die beste Option dar. Das ist kein Populismus, das ist vernünftige Politik.

Maximilian Friedmann
- Universität Duisburg-Essen -

Fortsetzung von Seite 1

Denken Grenzen zu ziehen, indem sie den Glauben an die Stelle von Rationalität stellt. Glaubenssätze sind nicht beweisbar und einer Kritik, die mit den Kategorien „wahr" und „falsch" hantiert, nicht zugänglich. Und so birgt die Religion die Gefahr, dass sie, weil sie diesen und jenen Inhalt annehmen kann, sich zu gefährlichem Fanatismus hochsteigert. Bei allem Guten was Religion bringt, bei der Nächstenliebe, die sie oft predigt und der Menschlichkeit, die sie will. Sie lässt sich immer auch missbrauchen. Für jeden und jeden noch so dummen Zweck. Eindrucksvoll bewiesen hat das Christentum dieses Potenzial zur Instrumentalisierung von Religion längst, doch im Moment trifft es eben den Islam. Das liegt wohl weniger an seinen genuinen Inhalten als viel mehr daran, dass er gerade gewissermaßen zur falschen Zeit am falschen Ort ist. In der Form, die er nun zuweilen annimmt, verspricht er nach dem kriegerischen Heldentod das Paradies. Ist man davon überzeugt, und das ist man ja, um überhaupt von etwas wirklich überzeugt sein zu können, dann fallen alle Hemmungen vor dem Tod. Vor dem des Nächsten, weil er richtig ist, und vor dem eigenen, weil er eine Verheißung ist. Anas, der vor dem Tod geflohen ist und sich für das Leben auf Erden entschieden hat, sagt, da könne man jetzt für ihn nur hoffen, dass es auch wirklich kein Paradies für Märtyrer gibt. Wissen, wie gesagt, könne man auf dem Gebiet der Religion ja nie, aber so ungerecht sei doch kein Gott.

Ein Blick in die Zukunft

Wenn Anas in die Zukunft blickt, dann glaubt er, dass der Nahe und der Mittlere Osten heute an einem Punkt sind, an dem Europa im Dreißigjährigen Krieg auch schon gestanden hat. Erst kommen die religiösen Auseinandersetzungen, die kein Ende finden wollen. Wenn es ganz schlecht läuft, dann folgt noch der Nationalismus mit seinen Diktaturen. Und irgendwann kommt vielleicht der Tag, da sagen die Leute, wir müssen frei sein, lasst uns frei sein. Das werde aber noch wer weiß wie lang dauern, meint er, denn um zu so einem Urteil zu kommen, bedarf es der Bildung. Bildung ist ein Gut, dem man in so zerrütteten Gebieten nicht so einfach habhaft werden kann. Bildung ist ein Gut, das unter autoritären Regimen nicht jedem zuteilwerden darf, würde man damit ja nur die eigene Machtposition untergraben. Bildung ist ein Gut, das man durch Glauben substituieren kann. Ob die Region in absehbarer Zeit stabil sein wird? Daran glaubt er nicht, nicht solange die Menschen ihr Land „Syria-al-Assad" nennen und nicht solange die einzige Wahrheit Mohammed heißt.

Wenn er ehrlich zu sich ist, dann weiß Anas, dass er nach Hause erst einmal nicht wird zurückkehren können. Dabei wäre er natürlich am liebsten in Syrien geblieben, würde dort lieber leben als hier. Vielleicht wäre er für einige Zeit ins Ausland gegangen, um noch seinen Master in Wirtschaft zu machen. Nun wird er also in Deutschland bleiben müssen. Wenn es gut für ihn läuft, dann kann er, sobald sein Deutsch es zulässt, doch noch seinen Master machen und dann einen guten Job finden. Er möchte morgens arbeiten gehen, Freunde treffen, eine Familie haben, abends nach Hause kommen und ruhig schlafen. Nein wirklich, das ist doch cool.

Hätte ich Anas vor drei Jahren gesagt, er müsse nach Deutschland fliehen und hier ganz von vorn anfangen, dann hätte er gesagt, guter Scherz und gelacht. Drei Jahre später, Hamburg-Niendorf, nichts davon ist mehr ein Scherz, alles das ist Ernst. Aber Anas, Mensch, lacht.

Sophia Schamberg

Der Artikel wurde auf Grundlage eines Interviews mit dem syrischen Flüchtling Anas geschrieben. Er spiegelt seine Gedanken und Meinungen wider.

Impressum

Die PuG ist eine Zeitung von Studierenden für Studierende. Gründungsort und Sitz der PuG ist die Bucerius Law School in Hamburg. Autoren und Künstler, deren Herkunft nicht gesondert ausgewiesen wird, sind Studierende der Bucerius Law School.

The PuG is a newspaper run by students for students. It was founded and it is based at Bucerius Law School in Hamburg, Germany. Authors and artists whose home institution is not explicitly mentioned, are students from Bucerius Law School.

Besonderer Dank gilt der:

ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

Insbesondere ihrem Vorstandsvorsitzenden Herrn Prof. Dr. Michael Göring

Redaktionsleitung:
Marc Philip Greitens
Lukas Schlegel

Redaktion:
Felix K. Bassier
Clara Belting
Louissa Fleischhut
Danilo Flores
Constanze Hünting
Ghazzal Novid (CAU Kiel)
Sophia Schamberg
Niclas von Horsten

Layout und Design:
Flemming Kilian

Mitarbeit:
Valérie Greitens

V.i.S.d. § 8 HmbPresseG:
Politik und Gesellschaft e.V.
Jungiusstraße 6
D-20355 Hamburg

ISSN 1862-0213

Alle Beiträge erscheinen, wenn nicht anders gekennzeichnet, exklusiv in Politik & Gesellschaft. Die dabei vertretenen Ansichten sind solche der Autoren; sie spiegeln nicht zwangsläufig die Ansichten der Redaktion oder der Bucerius Law School wider.

GESELLSCHAFT

Für was kämpfen wir?

Fragen an den Feminismus – eine Erwiderung auf „Warum wir weiterkämpfen müssen“ (Nr. 14)

Montagmittag, mitten im Grindel-Viertel. Mit meiner Redaktionskollegin verkaufe ich mehr oder minder erfolgreich Ausgaben der „Politik & Gesellschaft“ an studentische Passanten. Wir beschließen, uns kurz einige Meter entfernt ins Grüne zu setzen, um eine Mittagspause zu machen. Kurzerhand packt sie das Bündel aus hundert Zeitungsexemplaren und stapft, Rucksack auf dem Rücken, los. Ich trage meine eigene Tasche und habe noch etwa 15 Exemplare der Zeitung in der Hand. Sie trägt deutlich schwerer als ich, also überlege ich mir, ob ich ihr das schwere Bündel wenigstens abnehmen sollte?

Sieht es nicht blöd, machohaft aus wenn ich mir die Zeitungen von einer Frau tragen lasse? Aber Moment: Geht es mir jetzt darum, meiner Redaktionskollegin eine Last abzunehmen, oder geht es mir darum, was ein Beobachter denken könnte? Erwartet man von mir, dass ich das größere Gewicht trage? Erwartet sie das von mir? Scheinbar nicht. Ich komme ins Grübeln.

Was wird erwartet?

Klar: Wie den meisten Männern meines Alters hat meine Mutter mir beigebracht, Frauen die Türe aufzuhalten, aus dem Mantel zu helfen, und beim Tragen schwerer Gewichte zur Hand zu gehen. Woher kommt also das Bedürfnis, meiner Redaktionskollegin, die Zeitungen abzunehmen? Der Weg bis zum angestrebten Sitzplatz war vernachlässigungswürdig kurz. Das Gewicht der Zeitungen war zwar spürbar, aber keinesfalls eine übertrieben schwere Aufgabe für sie. Letztlich ging es mir wohl nicht darum, eine besonders große Hilfe zu sein, sondern nur darum, mein – anerzogenes – Höflichkeitsbedürfnis zu befriedigen. Ich habe also situativ in einem Schema aus gesellschaftlichen Rollenbildern gedacht.

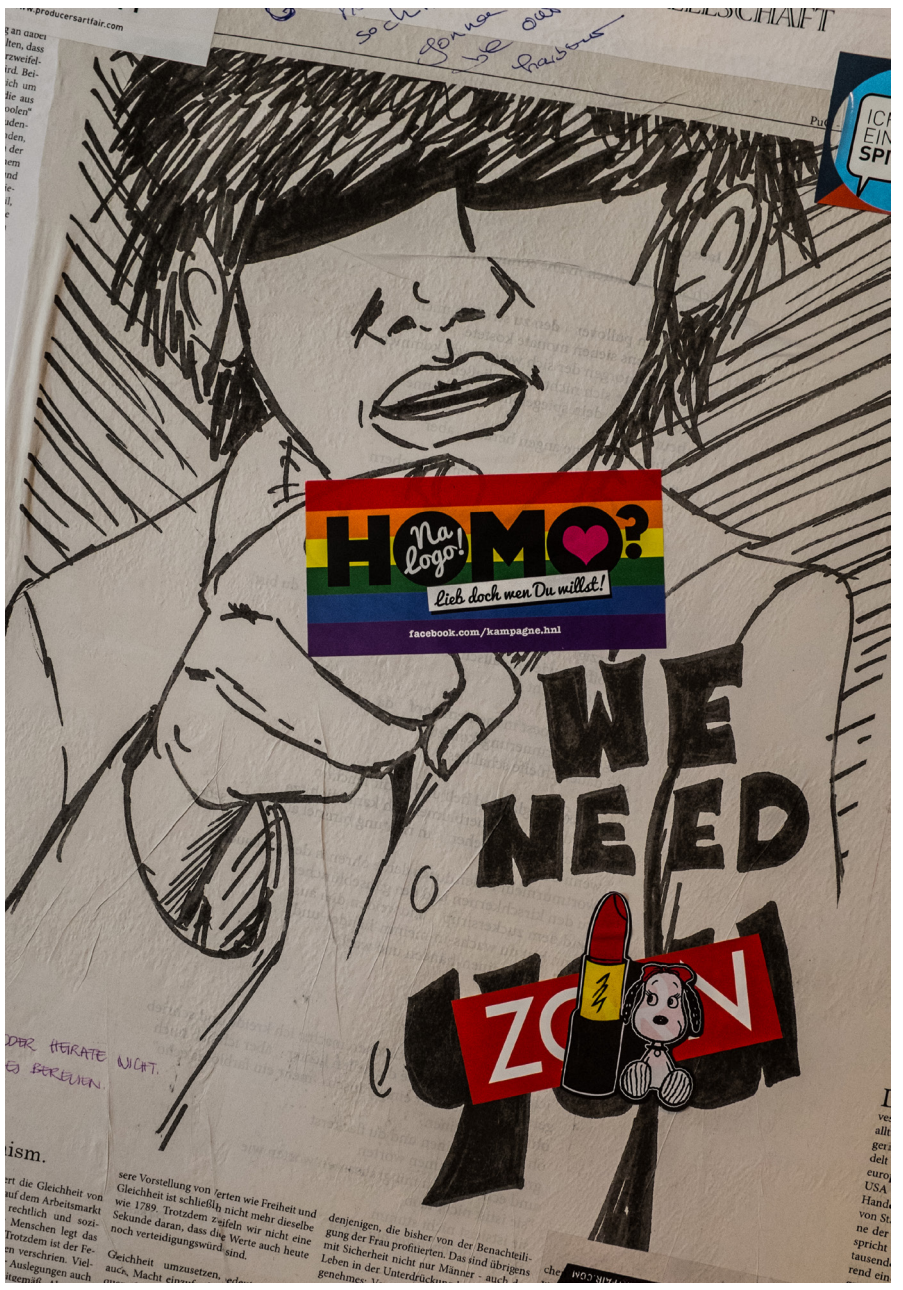
Der Artikel „Warum wir weiterkämpfen müssen“ in der letzten Ausgabe (Nr. 14) dieser Zeitung spricht genau diese gesellschaftlichen Rollenbilder an. Das Aufbrechen und die gedankliche Neuverfassung genau dieser weiblichen und männlichen Rollen soll dazu beitragen, dass zwischen Frauen und Männern schneller und besser Gleichberechtigung hergestellt werden kann.

Eine Entlastung für den Mann?

Das zentrale Kaufargument für den Feminismus und die Gleichbehandlung der Frau in diesem Artikel lautet: „Gleichberechtigung der Frau bedeutet Entlastung des Mannes.“ Der Mann käme danach bei der Gleichstellung also gut weg, weil er gerade weniger existentielle Verantwortung übernehmen müsste, und sich mehr auf die Familie konzentrieren könnte. Klingt fein.

Das Argument zieht aus meiner Sicht aber nur bedingt. Der Artikel wendet sich diesbezüglich speziell dem Thema der Familienplanung, der Schwangerschaft und dem Karriereproblem zu. In den meisten Fällen führten die aus gesellschaftlicher Tradition heraus voreingenommene Ansichten der jungen Eltern dazu, dass ausschließlich die Mutter Elternzeit nehme. Selbst wenn der Vater auch auf die Idee käme, Elternzeit zu nehmen, so würde sich dies häufig nur auf einen Zeitraum von zwei Monaten erstrecken, während die Mutter zehn Monate von der Arbeit fernbliebe und damit Karrierenachteile in Kauf nähme. Karrierenachteile? Mag sein – bedauerlicherweise.

Aber wie lassen sich diese Karrierenachteile denn als Entlastung für den Mann darstellen? Das würde bedeuten, dass die Elternzeit



der Frau ein Karrierenachteil ist, während sie für den Mann grundsätzlich nur ein Vorteil, nämlich Entlastung, wäre.

Das Problem beschränkt sich nicht auf die Karriere von berufstätigen Eltern. Das Problem liegt darin begründet, dass ein neugeborenes Kind viel Zeit benötigt. Wenn beide jungen Elternteile beschäftigt sind, voll im Leben stehen und vielen Aktivitäten gleichzeitig nachgehen – denn so ist es bei vielen jungen ambitionierten Akademikerpaaren – dann werden diese Eltern zwingend Zeitopfer erbringen müssen. Diese Zeitopfer können sich freilich im Einzelfall nachteilig auswirken. Weniger Zeit für Sport, weniger Zeit für Wochenendfeste mit den Freunden. Weniger Zeit für Reisen und Urlaub.

Es handelt sich zweifelsfrei an mancher Stelle um Nachteile, die in Kauf genommen werden müssen. Gerade deshalb lässt sich die Gleichberechtigung der Frau aber nicht uneingeschränkt als Entlastung des Mannes verkaufen.

Wie weit gehen traditionelle Geschlechterrollen?

Nichtsdestoweniger stimme ich aber zu, dass in den Köpfen der Gesellschaft ein Umparken erforderlich ist. Denn soweit die gesellschaftliche Tradition es zu verantworten hat, dass manche Nachteile – etwa diejenigen im Berufsleben – ausschließlich oder weit überwiegend der Frau zufallen, besteht ein Bedürfnis und eine Verantwortung der Männer und auch der Frauen, diese versteinerten Rollenbilder aufzubrechen.

Schließlich bekommen Frau und Mann ein Kind gemeinsam und gründen gemeinsam eine Familie. Es spricht nichts dagegen, nicht mehr standardmäßig davon auszugehen, dass die Frau sich um das Kind kümmert, während der Mann für den Unterhalt sorgt. Diese „default-Einstellung“ hat keine Berechtigung. Vielmehr müsste es sich so verhalten, dass beide Teile gleichberechtigt zueinander finden und eine gemeinsame, einverständliche Familienplanung entwerfen, die die im Raum stehenden Nachteile gleichmäßig verteilt.

Soweit es dazu am nötigen Bewusstsein zum Abweichen von der traditionellen Rollenverteilung fehlt, bedarf es der Aufklärung und Neuverfassung.

Es bleiben offene Fragen

Zu Beginn des Textes wird festgestellt, dass Migranten, Menschen mit Behinderung und vor allem Frauen „benachteiligte Gruppen“ seien. Das gelte solange, bis die Ungleichheit tatsächlich aufgehoben wäre und die jeweilige traditionell benachteiligte Gruppe aufhöre benachteiligt zu sein. Ursache dafür sei die Ungleichheit der jeweiligen Gruppen.

Zwar lässt sich die Ungleichheit speziell zwischen Frau und Mann nicht beseitigen. Frauen und Männer sind verschieden, soweit fein. Ich frage mich aber, wer in der Lage ist, festzustellen, wo die Grenze liegt: Die Grenze zwischen „nötiger“ Ungleichbehandlung, die auf der biologischen Ungleichheit beruht, und derjenigen Ungleichbehandlung, die „unnötigerweise“ nur auf traditionellen Rollenbildern basiert.

Manch eine Ungleichbehandlung mag nämlich schon gar keine Benachteiligung sein, sondern schlicht eine gesellschaftliche Reaktion darauf, dass es Unterschiede gibt.

Etwas überspitzt, aber trotzdem zum Beispiel: Früher gingen Frauen nach ihrer Geburt nahtlos wieder zur Feldarbeit über. Häufig kam es dann zu Infektionen und Todesfällen. Dass junge Mütter heutzutage Mutterschutz genießen und generell die Möglichkeit und das Recht offen steht, sich als frische Mutter zurückzuziehen und sich um sich und das Neugeborene zu kümmern, stellt eine gesellschaftspolitische Errungenschaft dar.

Dass Frauen eine gewisse Zeit benötigen, um sich nach der Geburt eines Kindes zu erholen, steht außer Frage. Wie lange aber ist diese Zeit? Eine Woche? Dann wäre so eine Geburt nichts weiter als eine kleine Grippe – ein Krankschreibungsgrund?

Oder doch eher sechs bis sieben Monate, weil das Neugeborene Muttermilch und mütterliche Fürsorge braucht? Die Mutterschutzzeit liegt mit acht Wochen irgendwo in der Mitte. Und dann erst stellt sich die Frage der Elternzeit.

Wie weit kann man also die Diskussion und den Kampf für die Gleichberechtigung sinnvollerweise treiben? Lohnt es sich nicht, die Faustschoner zwischendurch mal abzulegen, und den Kampffortschritt zu begutachten?

Oder brauchen wir auch eine Frauenquote auf dem Bau, oder bei der Müllabfuhr?

Gleiches Geld für gleiche Arbeit? Unbedingt!

Im Grunde muss gelten: Gleiches Geld für gleiche Arbeit? Unbedingt. Bevorzugung eines Mannes vor einer gleichqualifizierten Frau wegen Schwangerschaftsrisiko oder sonstigen sachfremden Erwägungen? Auf keinen Fall!

Problematisch wird es aber schnell, wenn man wesentlich weiter geht. Will meine Freundin oder eine andere unbekannte Person, dass ich ihr aus der Jacke helfe, oder dass ich eine Türe aufhalte? Darf ich ihr Drinks ausgeben? Darf ich mir noch familienplanerische Gedanken machen? Darf ich später überhaupt mal Kinder „wollen“? Oder versteife ich mich dann auch auf patriarchalische Geschlechterrollen?

Ich bin verunsichert. Ich fühle mich in den Ring gestellt, ohne zu wissen, was und um was überhaupt gekämpft wird.

Am Ende trug meine Redaktionskollegin den Stapel Zeitungen selbst. Was sollte ich schon sagen?

Lukas Schlegel

fensterlgate, # shitstorm

Nicht alles muss „gegendert“ werden.

Zwei Männer mit einer Leiter unter dem Fenster einer holden Dame, die Blicke nach oben gerichtet, um einen Anblick der Angebeteten zu erhaschen.

Der unbedarfte Zuschauer des Szenenspiels möchte sagen: „Sicherlich ein provinzielles Bauernbrauchtum, irgendwo in Süddeutschland.“ Der altersweise Philologe weiß dagegen: „Es handelt sich um die Darstellung der mythischen Zeugung von Herakles und Iphikles. Zeus selbst und sein Sohn Hermes werben um Alkmene.“

„Sexismus! Diskriminierung!“, ruft man dagegen von offizieller Seite.

Nun ja, die Theorie des süddeutschen Traditionsspiels und der philologische Erklärungsansatz treffen beide zu. Aber ist das, was sich dort abspielt, sexistisch und diskriminierend?

Tradition und Sexismus

Die Angehörigen der Universität Passau (ja, das liegt ganz unten rechts in Bayern), Dr. Joana Rostek (Gender Studies) und Prof. Dr. Carola Jungwirth (ehemals Frauenbeauftragte und Präsidentschaftskandidatin), sind dieser Meinung.

Dabei hatte alles nur mit einer Idee der Passauer Sportstudenten begonnen. Im Rahmen der „CampusGames“ sollten unter anderem zwei Wettbewerbe stattfinden, die wegen ihrer Relevanz für die Sexismus-Debatte weitreichende mediale Aufmerksamkeit erhielten.

Zum einen war dies das „Wife Carrying“, bei dem die männlichen Teilnehmer je eine Frau ihrer Wahl – selbstverständlich mit deren Einverständnis – durch einen Parcours tragen sollten. Der Sieger sollte das Gewicht der Frau in Liter-Bier ausgezahlt bekommen (vgl. nur www.de.wikipedia.org/wiki/Frauentragen)

Der zweite, wesentlich kontroversere Wettkampf sollte unter dem Namen „Innbräu Fensterlkönig“ stattfinden.

Der Inhalt dieses Wettkampfes sollte etwa dem antiken Szenenspiel auf dem Glockenkrater des Assteas entsprechen (vgl. Abb.). Die männlichen Wettkampfteilnehmer sollten um die Wette auf Leitern den Weg zum Balkonfenster ihrer Angebeteten finden, kurz: „Fensterln“.

„Frauen werden zum Objekt degradiert!“

Bis hierhin ein mäßig aufregender Sachverhalt. Das Programm wurde mit der Leitung des Sportzentrums der Universität abgesprochen. Gleichwohl erhielt N. Schilling, der Hauptinitiator der „CampusGames“, einen Anruf der Gleichstellungsbeauftragten der Universität Frau Dr. Krell. In dem knapp 20-minütigen Gespräch wurde Schilling ermahnt, die beiden Veranstaltungen „Wife Carrying“ und „Innbräu Fensterlkönig“ entsprächen nicht dem Gleichstellungskonzept der Universität und dem Gleichstellungsgesetz des bayerischen Freistaates. Frauen würden, so Dr. Krell, bei beiden Veranstaltungen zum Objekt degradiert. Vor allem beim Fensteln würden sie „aufgehübscht“ und wartend als Lustobjekt und zur Trophäe des männlichen Sieges regelrecht herabgewürdigt. Außerdem seien die Slogans „Holz vor der Hütt‘n“ und „Jetzt wird genagelt“, die in dem Zusammenhang angeblich benutzt wurden, anstößig. Die Slogans sollten revidiert werden. Frauen und Männer sollten gleichermaßen zur Teilnahme an den Wettkämpfen zugelassen werden.

Nach diesem Gespräch wurde die Veranstaltung zunächst verschoben. Bekanntgemacht wurde die Information über Facebook mit dem Veranstaltungsbild des „Fensterlkönig“, das ein großes „abgesagt“-Banner zeigte.

Im Text zu diesem Bild wiesen die Sportstudenten darauf hin, dass das Fensterln ihrer Ansicht nach eine urbayerische Tradition sei, man diese nicht zwangsweise dem „Gender-Wahn“ unterwerfen müsse und die Veranstaltung eigentlich auch nicht verschoben werde müsse.

Ein Fall des „Gender-Wahn“?

Diese Bekanntmachung führte bei den meisten Lesern zu Missverständnissen. Die Reaktionen vor allem seitens der Tagespresse konzentrierten sich darauf, das von der Universität ausgesprochene „Verbot“ zu zerpflücken. Dass eigentlich gerade kein Verbot vorlag, sondern nur ein Hinweis auf die anstößige Wirkung der Slogans und die nicht mit dem Gleichstellungskonzept vereinbare Geschlechterzulassung, trat in den Hintergrund. Am Montag, dem 18.05, wurde dieser Post von lokalen Medien in den nationalen Presseverteiler gestellt. Die PNP wurde darauf aufmerksam und titelte „Fensterln von Uni Passau abgesagt“. Innerhalb weniger Stunden wurde der Post von linken und rechten Parteien geteilt. Die Gleichstellungsbeauftragte der Universität wurde innerhalb weniger Minuten zum Ziel aggressiver verbaler Attacken.

Die Story war schnell gemacht: Militante Gleichstellungsbeauftragte verbietet den Studenten ihren sportlichen Spaß.

„Die Welt“ twitterte Montagmittag über die Causa „Fensterln“. Der Spiegel, sowie die SZ übernahmen in fast vollem Umfang den PNP Artikel auf ihren online Portalen. Die Interviewfetzen der PNP mit Schilling wurden national zitiert. Es folgte ein regelrechter „shitstorm“, den beinahe jede Tages- und Wochenzeitung dankend aufnahm. Sat.1 Bayern und das ZDF drehten am darauffolgenden Dienstag auf dem Campus, um Stimmen von Studierenden und Uni-Personal einzufangen.

Der Versuch der Universität Passau, die Gemüter mit einer Podiumsdiskussion mit mehreren Tausend Zuhörern und 60 Medienvertretern zu beruhigen, war letztlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Kind war bereits in der Brunnen gefallen.

Die schlampige Berichterstattung und die rücksichtslosen Reaktionen vor allem gegenüber den Gleichstellungsbeauftragten der Universität Passau ließen sich nicht mehr rückgängig machen. Für gegenseitige Entschuldigungen oder wirklich aufklärende Klarstellungen war kein Raum.

Bringen uns solche Diskussionen weiter?

Die Einwände der Gleichstellungsbeauftragten mögen durchaus berechtigt gewesen sein. Die genannten Slogans sind weder sportlich noch geschmackvoll. Genauso war es bei ähnlichen Veranstaltungen an der Universität Passau schon Gang und Gäbe gewesen, dass sowohl weibliche als auch männliche Teilnehmer sich in sportlichen Disziplinen (etwa beim „Klimmzug Contest“ oder dem „StrongMan“-Wettbewerb) messen sollten. Warum auch nicht hier?

Im Organisationsteam der CampusGames engagierten sich außerdem auch zu großem Teil Studentinnen. Schilling stellte im Interview mit der PNP sogar gerade klar, dass es seitens der Studierenden und des Organisationsteams keine Einwände gegen eine Zulassung beider Geschlechter zu den Wettbewerben gäbe. Freilich war das so nie ausdrücklich zu lesen – das hätte der Geschichte doch die Würze genommen.

Im Grunde wäre die Angelegenheit also einfach zu lösen gewesen. Das Organisationsteam des „CampusFest“, einer anderen studentischen Veranstaltungsvereinigung, bemühte sich sogar noch um eine universitätsinterne Aufklärung und Schlichtung.

Auslöser der unglücklichen Diskussion, die letztlich dazu führte, dass die Gleichstellungsbeauftragten der Universität Passau selbst zum Opfer von Herabwürdigungen wurden, war die Meinungsäußerung der Sportstudenten. „Gender-Wahn“ war das Stichwort.

Die Geschichte zeigt deutlich zwei Dinge.

Erstens: Die Gender- und Gleichstellungsdiskussion muss geführt werden. Die Tatsache alleine, dass ein Zwischenfall, der im Ursprung so klein war, so große Wellen schlagen konnte, zeigt, dass es längst keine Selbstverständlichkeit in Fragen der Gleichberechtigung gibt. Derartige Diskussionen erhitzen nach wie vor die Gemüter. Das ist ein klares Zeichen, dass im Kern noch großer Gesprächs-, Klärungs- und Konsensbedarf besteht.

Wo fängt der „Gender-Wahn“ an?

Zweitens: Es gibt Grenzen. Irgendwann und irgendwo muss Schluss sein. Ein studentisches Sportfest in einer süddeutschen Mittelstadt ist kein Staatsakt. Das Gleichstellungskonzept der Universität Passau ist keine verbindliche Glaubensdoktrin. Unter dem Vorwand einer aufklärerischen Gender-Debatte einzelne anzugreifen und zu beleidigen ist unvertretbar. Jedes einzelne Detail einer studentischen Gemeinschaft auf‘s Korn zu nehmen, spielerische Traditionen auf ihre Gender-Konformität zu überprüfen und daran herumzumeckern, bringt aber auch keinen weiter. All das lenkt von der Hauptsache ab.

Genau dort hören die sinnvollen Bemühungen um Gleichstellung auf und es beginnt – auf beiden Seiten – der „Gender-Wahn“.

Lukas Schlegel

Macht es einen Unterschied Vegetarier zu sein?

Der Einfluss des einzelnen Konsumenten ist verschwindend gering.

Ein oft vorgetragenes Argument für eine vegetarische und vegane Lebensweise ist, dass man dadurch Tierleiden verhindere. In einer Reihe von Artikeln hat der Philosoph Mark Budolfson jüngst überzeugend argumentiert, dass dies nicht der Fall ist. Aufgrund der Funktionsweise der Lieferkette für Lebensmittel tendiert die Einflussmöglichkeit des einzelnen Konsumenten gegen Null. Daraus folgt, dass es umso mehr an den Entscheidungsträgern in Politik, Behörden und Industrie ist, die unmoralischen Zustände in der Massentierhaltung zu beseitigen.

Es gibt Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft. Viele dieser Ungerechtigkeiten verlangen kollektive Lösungen, aber bei manchen können wir auch individuell einen Beitrag leisten, sie zu mildern. Zum Beispiel kann jeder einschreiten, wenn er oder sie Zeuge von rassistischem, sexistischem oder homophobem Verhalten wird.

Eine weitere Ungerechtigkeit ist die Massentierhaltung, die für viele der betroffenen Tiere erhebliches Leid verursacht. Hier nur einige Beispiele der Beeinträchtigung des Tierwohls in der Massentierhaltung, die in einem im März erschienenen Gutachten des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (Kapitel 5.1) genannt werden: 2010 wurden 92 % aller Nutzschweine in Deutschland auf Spaltenböden gehalten, was zu Haut-, Gelenk- und Klauenverletzungen führt. Durch Unwohlsein unter den Tieren kommt es bei Schweinen und Hühnern zu Schwanzbeißen, Federpicken und sogar Kannibalismus. Um solche Probleme zu beheben, wird den Schweinen der Schwanz kupiert und Hühnern der Schnabel gekürzt, und zwar ohne Betäubung. Männliche Küken werden in Betrieben, die für die Eierproduktion züchten, kurz nach der Geburt getötet, da sie den Zuchtzweck nicht erfüllen: allein 50 Millionen männliche Küken pro Jahr in Deutschland. (Agrarminister Schmidt hat sich das Ziel gesetzt, dass dieses „Kükenschreddern" bis 2017 ein Ende hat).

Viele Veganer und Vegetarier (einschließlich des Autors) haben sich daher entschieden, ohne jegliche Tierprodukte oder zumindest fleischlos zu leben. 62 % der in einer Studie der Universität Jena aus dem Jahr 2007 befragten Vegetarier und Veganer gaben „Tierschutz/Tierrechte" als den wichtigsten Grund für ihren Verzicht auf Tierprodukte an.

Aber mache ich eigentlich einen Unterschied, wenn ich auf Fleisch oder sogar gänzlich auf Tierprodukte verzichte? In anderen Worten: Ist Vegetarismus bzw. Veganismus eine individuell effektive Form des ethischen Boykotts? Peter Singer, Philosoph und Autor des Buches „Animal Liberation", einem Manifest der modernen Tierrechtsbewegung, ist nur einer von vielen, die dies denken. Im Folgenden präsentiere ich ein Argument des Philosophen Mark Budolfson von der Universität Princeton, dass Singers Annahme und die vieler Gleichgesinnter falsch ist. Daraus folgt, dass Vegetarismus hinsichtlich der Wirksamkeit nicht mit dem Einschreiten gegen fremdenfeindliches Verhalten, sondern eher mit der Stimmabgabe in einer Wahl vergleichbar ist, in der es einen klaren Favoriten gibt und wo die Chance, dass die eigene Stimme einen Unterschied machen wird, gegen Null geht. Daraus lässt sich, so denke ich, noch eine weitere Schlussfolgerung ziehen: Die moralische Verantwortung, Tierleiden zu beenden oder zumindest zu verringern, liegt weniger beim Konsumenten, sondern vor allem bei Politik, Industrie und Behörden, also denen, die in der Lage sind, Verbesserungen herbeizuführen.

Das utilitaristische Argument, vegetarisch zu leben

Singers Argument für eine vegetarische Lebensweise ist, dass sie im Vergleich zur alternativen Handlung, d.h., dem Verzehr von Fleisch, in der Gesamtsumme bessere Folgen hat. Dieses Argument beruht auf der ethischen Denkschule des Utilitarismus, der zufolge man diejenige Handlung wählen soll, deren Folgen im Vergleich zu den Folgen der anderen möglichen Handlungen die beste Nutzenbilanz hat. Während der Verzehr eines Brathähnchens mir ein besseres Geschmackserlebnis ermöglicht als eine vegetarische Mahlzeit, so verursacht es auf der anderen Seite Leiden für das Tier, das ich esse. Wägen wir meinen Bonus an Genuss gegen die Leiden des Huhns ab, ist die Nutzenbilanz der vegetarischen Mahlzeit deutlich besser als die des Brathähnchens.

Dieses Argument krankt daran, dass aller Wahrscheinlichkeit nach durch den Kauf des Hühnchens nicht mehr Leiden verursacht wird, als wenn ich den Kauf nicht tätige. Das gekaufte Tier ist bereits tot, d.h., das Leiden dieses spezifischen Tieres ist keine Folge meiner Handlung. Des Weiteren werden aufgrund meines Kaufes in den allermeisten Fällen auch nicht mehr Hühnchen geschlachtet. Ob mein Supermarkt heute 21 oder 22 Hühnchen verkauft, wird die Einkaufspolitik des Supermarktes nicht verändern. Will meinen: Ob ich ein Hühnchen kaufe oder nicht, macht, in der Regel, keinen Unterschied.

Verfechter des moralischen Vegetarismus in der utilitaristischen Tradition greifen angesichts dieses Problems auf das Konzept des Erwartungsnutzens zurück. Der Erwartungsnutzen einer Handlung ist die Summe der Nutzen der möglichen Folgen der Handlung, gewichtet mit der Wahrscheinlichkeit, dass die Handlung die jeweilige Folge hat. Laut dieses revidierten Utilitarismus sollen wir die Handlung mit dem höchsten Erwartungsnutzen wählen. Der Philosoph Shelly Kagan argumentiert in seinem Artikel „Can I make a difference?", dass der Kauf eines Hühnchens zwar tatsächlich in den allermeisten Fällen den Supermarkt nicht mehr Hühnchen kaufen lasse, aber dass es eine bestimmte Anzahl verkaufter Hühnchen geben muss, bei welcher der Supermarkt seine Einkaufspolitik eben doch verändere. Nehmen wir an, dass dieser Schwellenwert bei 25 Hühnchen liegt, d.h., der Supermarkt kauft Hühnchen in Einheiten von 25. Wenn meine Kaufentscheidung dazu führt, dass 67 Hühnchen anstatt 66 verkauft werden, hat dies gar keinen Effekt. Wenn sie aber dazu führt, dass 75 statt 74 verkauft werden, hat dies die Folge, dass am nächsten Tag 100 anstatt wie bisher 75 bestellt werden. Kagan nimmt an, dass die Wahrscheinlichkeit, dass durch meinen Kauf der Schwellenwert erreicht wird, bei 1:25 liegt. Der Erwartungsnutzen meines Kaufs eines Hühnchens sieht demnach wie folgt aus:

EN (Brathähnchen) = Genuss des Brathähnchens + 1/25 x 25-faches Hühnerleiden

Der Erwartungsnutzen der alternativen Handlung, das Huhn nicht zu kaufen und stattdessen eine fleischlose Mahlzeit einzunehmen, ist:

EN (vegetarisch) = Genuss der vegetarischen Mahlzeit

EN (vegetarisch) ist größer als EN (Brathähnchen), da Kagan annimmt, dass das Mehr an Genuss durch den Verzehr des Hühnchens geringer ist als der Wert von 1/25 x 25-faches Hühnerleiden, d.h. einem „statistischen" Hühnerleiden. Ob ich mich vegetarisch ernähre oder nicht, macht einen Unterschied: der Erwartungsnutzen jeder vegetarischen Kaufentscheidung ist höher als der Erwartungsnutzen der alternativen Entscheidung für Fleisch oder Fisch.

Budolfsons Kritik am utilitaristischen Argument

In einer Reihe von Artikeln hat Budolfson einen überzeugenden Einwand gegen Kagans Argument vorgestellt. Budolfson behauptet, dass Kagan die Funktionsweise der Lieferkette von Lebensmitteln zu vereinfacht darstelle. Entlang dieser Lieferkette gäbe es „Puffer", die zu Verschwendung führen. Um kurzfristige Nachfrageschwankungen abzufangen, kaufen Supermärkte etwa systematisch mehr Produkte ein, als sie verkaufen, und dieser Überschuss landet in der Mülltonne. Die Wahrscheinlichkeit, dass mein Kauf die Folge hat, dass der Supermarkt eine Anzahl von Hühnchen irgendwo in der Mitte zwischen Schwellenwerten verkauft (z.B. zwischen 50 und 75 Hühnchen), ist daher deutlich höher, als die Wahrscheinlichkeit, dass durch meinen Einkauf der Puffer des Supermarktes „überwunden" wird und die Anzahl an verkauften Hühnchen einem Schwellenwert gleicht. Mit anderen Worten, dass 60, 62 oder 65 Hühnchen verkauft werden, ist jeweils deutlich wahrscheinlicher, als dass 50 oder 75 verkauft werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass durch meinen Einkauf ein Schwellenwert erreicht wird, ist also weitaus geringer als 1:25.

Ein Vergleich mit Wahlen macht dieses Argument klarer. Nehmen wir an, ich nehme an einer Wahl mit 1000 Stimmberechtigten teil und Kandidat A braucht mindestens 501 Stimmen, um zu gewinnen. Was ist die Wahrscheinlichkeit, dass, falls ich für A stimme, A aufgrund meiner Stimme gewinnt? Mit anderen Worten, was ist die Wahrscheinlichkeit, dass, falls ich für A stimme, A genau 501 Stimmen bekommt? Falls jede Anzahl an Stimmen für A gleichwahrscheinlich ist, wäre dies 1/1000. Nehmen wir aber weiterhin an, dass laut Umfragen der Kandidat nur rund 300 Stimmen bekommen wird. In diesem Szenario sollte ich die Wahrscheinlichkeit, dass er aufgrund meiner Stimme 501 Stimmen erhalten wird, viel niedriger als 1/1000 ansetzen: Die Wahrscheinlichkeit, dass er mit meiner Stimme 297, 300, oder 304 Stimmen erhält, ist deutlich höher als dass er mit meiner Stimme 501 Stimmen erhält. Laut Budolfson sei die Wahrscheinlichkeit, dass durch meinen Einkauf ein Schwellenwert erreicht wird, aufgrund der Puffer eher mit dem Szenario einer aussichtslosen, als mit dem einer offenen Wahl zu vergleichen.

Dieser Puffer-Effekt multipliziert sich entlang der Lieferkette. Selbst wenn durch meinen Einkauf der Schwellenwert erreicht wird, führt dies noch nicht dazu, dass mehr Hühnchen produziert und geschlachtet werden. Da die Schlachterin auch über einen Puffer verfügt und Überschuss produziert, führen 25 mehr bestellte Hühnchen in den wenigsten Fällen dazu, dass sie mehr Hühner bei dem Landwirt ordert, der ihre Hühner liefert. Die gleiche Überlegung ist auf die Entscheidung des Landwirts anzuwenden, ob er mehr Hühner produzieren soll, in dem (unwahrscheinlichen) Fall, dass mein Einkauf den indirekten Effekt hat, dass die Schlachterin bei ihm mehr Hühner bestellt.

Zusammenfassend: die Wahrscheinlichkeit, dass falls ich ein Hühnchen kaufe, mehr Hühner leiden müssen, tendiert gegen Null. Der Unterschied, den man als Vegetarier macht, ist, gemessen anhand des Erwartungsnutzens, also verschwindend gering.

Was nun? Politik, Behörden und Industrie in der moralischen Bringschuld

Zwei Dinge folgen aus diesem Gedankengang nicht. Erstens, eine kollektive Veränderung im Konsumverhalten hat natürlich dennoch einen nennenswerten Effekt. Wenn eine große Anzahl an Menschen ihre Ernährungsweise vegetarisch umstellt und damit die Nachfrage nach Fleisch zurückgeht, hat das durchaus den Effekt, dass weniger Tiere gezüchtet und geschlachtet werden. Der Punkt ist nur, dass aus der individuellen Perspektive, die Entscheidung, vegetarisch zu leben, nahezu irrelevant ist.

Zweitens, aus der Ineffektivität eines vegetarischen Lebensstils mit Hinsicht auf das Ziel, Tierleiden zu vermeiden, folgt nicht notwendigerweise, dass Vegetarismus nicht moralisch geboten ist. Utilitaristische Argumente sind nicht die einzigen, die für Vegetarismus ins Feld geführt werden. In einem demnächst erscheinenden Artikel argumentiert Tristram McPherson (Virginia Tech), dass der Konsum von Tierprodukten unmoralisch ist, da man dadurch von einem unmoralischen Plan profitiert, und zwar dem der Produzenten, mittels Tierleiden Profit zu machen.

Ich möchte zum Abschluss noch einen positiven Schluss aus Budolfsons Argument ziehen. Wenn ein gesellschaftliches Übel besteht und ich mich in einer weitaus besseren Lage befinde als du, dies zu verändern, dann liegt die moralische Bringschuld deutlich mehr bei mir als bei dir. Angewandt auf industriell verursachtes Tierleiden heißt dies, dass diejenigen, die über bessere Einflussmöglichkeiten verfügen als die Konsumenten, nahezu allein in der moralischen Verantwortung stehen: Die Politik muss für schärfere Gesetze sorgen oder die Nachfrage nach Tierprodukten durch Steuern senken; die Behörden müssen bereits existierende Gesetze stärker kontrollieren (und durch die Politik dafür entsprechend finanziell und personell ausgestattet werden); die Industrie muss dramatische Verbesserungen in den Betrieben herbeiführen. Eine solche „moralische" Schieflage zwischen Konsumenten und Entscheidungsträgern besteht in Bezug auf nahezu alle Ungerechtigkeiten. Hinsichtlich des durch die Massentierhaltung produzierten Leidens ist diese Waage aber noch viel schiefer, da hier die Einflussmöglichkeiten des einzelnen Konsumenten verschwindend gering sind.

Sebastian Becker
- University of St. Andrews -

Dieser und weitere Artikel junger Autoren zu politischen und ökonomischen Themen finden sich auf dem Blog „Politischer Spielraum": www.politischer-spielraum.de

Der modernen Landwirtschaft ins Auge blicken

Ein Appell an den mündigen Verbraucher

„Massentierhaltung". „Agrarindustrie". Wenn ich diese Begriffe höre, bekomme ich mittlerweile, sprichwörtlich gesprochen, einfach nur noch pickeligen Ausschlag. Warum? Tja, die Begriffe an sich, sind eigentlich nicht weiter schlimm, werden doch mit ihnen ganz bestimmte Sachverhalte in kurzer Form umrissen:

Nach dem Duden bedeutet der Begriff der „Massentierhaltung" die „technisierte Tierhaltung in Großbetrieben zur Gewinnung möglichst vieler tierischer Produkte". Unter dem Begriff „Agrarindustrie" ist indes nichts anderes zu verstehen als ein „Industriezweig, der sich mit der Erzeugung, Herstellung, Weiterverarbeitung u. a. landwirtschaftlicher Produkte befasst".

Mein pickeliger Ausschlag wird vielmehr vom dem Kontext, in welchem die Begriffe mittlerweile ihre Verwendung finden, und der damit eng verbundenen Wahrnehmung der Begriffe durch die breite Öffentlichkeit hervorgerufen. Bei dem Begriff der Massentierhaltung denkt man inzwischen unwillkürlich an qualvolle, nicht artgerechte Tierhaltung. Wenn von der Agrarindustrie gesprochen wird, sieht man förmlich den moralische Maßstäbe völlig außer Acht lassenden Großbauern vor sich, der keine Skrupel kennt, wenn es darum geht, auf Kosten der Tiere noch mehr Profit zu machen.

Unausgewogene Berichterstattung, Bequemlichkeit beim Bürger

Dass die Realität oftmals eine ganz andere ist, wird dabei in der Vielzahl der Fälle schlichtweg vergessen. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Landwirtschaft hat ein Imageproblem. Daran mögen zwar einzelne schwarze Schafe schuld sein, doch die gibt es auch unter den immer noch recht hochangesehenen Ärzten oder Polizisten. Ich bin der Meinung, das Problem ist vielmehr bei den Medien und der Bevölkerung zu suchen. Erstere sorgen, meiner Wahrnehmung nach, viel zu selten für eine ausgewogene Berichterstattung über die Landwirtschaft. Wann findet sich in einem der großen Blätter schon mal eine Reportage über das Geschehen in einem Milchvieh- oder Geflügelstall, bei der auch der Landwirt und der Bauernverband zu Wort kommen dürfen? Selten, ganz selten. Solche Storys scheinen sich wohl, schlecht zu verkaufen. Viel besser scheinen sich demgegenüber irgendwelche Horrorstorys mit passenden Bildern, zu verkaufen, die auf den Entdeckungen irgendwelcher Aktivisten im Rahmen von Hausfriedensbrüchen beruhen.

Und die Bevölkerung? Der werfe ich vor, dass sie sich viel zu gern und bequem an den schönen, in der Werbung vermittelten Bildern über unsere Landwirtschaft festhält. Wer war denn schon mal auf einem heutigen Schweinemastbetrieb? Wer hat denn schon mal mit den „Massentierhaltern" gesprochen? Es gibt sie, die Tage der offenen Tür, an welchen die Landwirte den Dialog suchen. Es gibt sie, die Webcams, die Bilder im 20-Sekunden-Takt aus Ställen ins Internet funken. Doch wer schaut sie sich an? Ganz wenige und besonders selten diejenigen, die die Landwirte bzw. die bösen Massentierhalter mit Genuss immer wieder an den Pranger stellen. Würden diejenigen mal einen Blick in einen Stall werfen, mal mit den Bauern in ein vorbehaltloses Gespräch kommen, dürften sie nämlich bemerken, dass die meisten Landwirte die Verantwortung kennen, die sie für ihre Tiere tragen.

Mit dem sinkenden Preis steigt der Druck auf die Landwirte

Natürlich, die schwarzen Schafe, werden sich nicht in ihre Ställe schauen lassen, doch warum alle Landwirte über einen Kamm scheren? Ich möchte behaupten, dass der Großteil sehr besorgt um seine Tiere ist. Ich komme aus einer landwirtschaftlich geprägten Region, habe Kontakt zu vielen Landwirten und das, was ich in Gesprächen von ihnen erfahre, entsprach bisher kaum dem Bild, das in der Öffentlichkeit zumeist von ihnen gezeichnet wird. Die Landwirte wollen von ihrem Job leben, so wie jeder andere auch – das ist klar. Hierfür ist es von immenser Bedeutung, wie es ihren „Produktionsmitteln" geht. Dass die „Produktionsmittel" Tiere sind, weiß insbesondere der Landwirt, der jeden Tag mit ihnen arbeitet. Nur muss dieser die Realität deutlich nüchterner betrachten als der Endverbraucher in seiner vornehmen Distanziertheit: Sinkt z. B. der Milchpreis kontinuierlich und verringert sich damit seine Gewinnmarge am einzelnen Liter, muss er mehr produzieren, damit er und seine Familie auch weiterhin von dem Betrieb leben können. Das sollte doch bitte jeder im Hinterkopf behalten, wenn er über die Massentierhaltung und die Agrarindustrie schimpft. Das Problem liegt vornehmlich nicht bei den Landwirten. Vielmehr entscheidet, so lehrt es die Volkswirtschaftslehre doch, der Verbraucher über das Angebot.

Wie viele Verbraucher entscheiden sich denn gegen das Kilo Schweineschnitzel für 4,99 Euro beim Discounter und kaufen an Stelle dessen weniger und dafür für einen etwas höheren Preis beim Landschlachter ein, welcher die Tiere für einen deutlich faireren Preis dem Landwirt direkt abkauft? Wer freut sich nicht über den Liter Milch für 51 Cents im Supermarkt? Doch wer denkt bei einem solchen Schnäppchen an den Bauern, beim dem mittlerweile für das Kilo Milch nur noch durchschnittlich nicht einmal 29 Cents ankommen? Der Preis für das Kilo Milch hat sich zwar in den letzten 15 Jahren konstant um die 30 Cents bewegt. Dass Landwirte in der gleichen Zeit jedoch für Waren und Dienstleistungen des laufenden landwirtschaftlichen Verbrauchs eine Preissteigerung von mehr als 60 % hinnehmen mussten, sollte nicht vergessen werden. Von der Inflation ist damit noch gar nicht gesprochen worden. Die Gewinnmarge schrumpft bei den Landwirten also Jahr für Jahr. Was bleibt dem Landwirt also: Expandieren oder Liquidieren.

Losgehen und sich einen eigenen Eindruck verschaffen

Im Übrigen: Wer liefert den Beleg, dass unsere moderne Landwirtschaft den Tieren weniger wohl tut, als die Landwirtschaft es vor 50 oder 100 Jahren getan hat? Bewiesen ist vielmehr das Gegenteil: Das Tierwohl konnte in den letzten Jahren stetig gesteigert werden. Um nur mal einige Zahlen zu nennen: Die Verlustrate bei Mastschweinen konnte von 4,1 % in den Jahren 2004/2005 auf 2,6 % in den Jahren 2011/2012 gesenkt werden. Und nein, das lag nicht am vermehrten Einsatz von Antibiotika, denn im gleichen Zeitraum wurden vielmehr die Vorschriften, was das anbelangt, für die Landwirtschaft immer weiter verschärft.

Was ich mit alldem sagen möchte: Begreift bitte, dass es eine Landwirtschaft wie in den 1950er Jahren, wo noch jeder Bauer nur fünfzehn Stück Milchvieh und ein paar Schweine im Garten hatte und davon leben konnte, heute nicht mehr gibt. Zwar lässt sich die Haltung von 1500 Mastschweinen in einem Stall nur als Massentierhaltung bezeichnen. Auch ist die Landwirtschaft mittlerweile eine Industrie. Doch vorverurteilt doch nicht alle Landwirte und macht sie alle gleich. Schaut euch bitte mal einen modernen Betrieb an und sprecht vor allem mit den Bauern. Seht euch die Tiere dort an. Überzeugt euch selbst, ob ihr eine solche Landwirtschaft wollt und wie es den Tieren tatsächlich geht.

Ich sage euch schon jetzt, ihr werdet überrascht sein, wie wenig das Bild, welches sich euch dann bieten wird, mit dem Bild, das in der öffentlichen Wahrnehmung anzutreffen ist, übereinstimmt.

Flemming Kilian

Essen macht Spaß und Probleme

Was bedeutet gutes Essen?

Wir lieben gutes Essen. Die lebensnotwendige Nahrungsaufnahme bedeutet uns mittlerweile viel mehr als das reine Befriedigen eines Grundbedürfnisses. Wir dürfen unter unglaublichen Gegebenheiten leben, die jedem von uns ermöglichen, sich nahezu ohne Aufwand mit guter Nahrung zu versorgen. Die Zeit, die wir bei der Nahrungsbeschaffung einsparen, investieren die meisten von uns gerne in aufwändige Zubereitung oder lange Grillabende. Wir feiern unser Essen und es macht uns jede Menge Spaß, es in Gemeinschaft zu genießen. Essen ist ein bedeutender Teil unserer Kultur geworden und wir empfinden es als unser gutes Recht, gutes Essen zu konsumieren.

Aber was bedeutet heutzutage gutes Essen? Was ist uns beim Essen am wichtigsten? Was lenkt unsere Entscheidungen, wenn wir im Supermarkt der Vielfalt von Konsum-Möglichkeiten ausgesetzt sind? In der Regel fühlen wir uns doch trotz der unendlichen Auswahl nicht überfordert, sondern wissen genau, für welches Nahrungsmittel wir unser Geld ausgeben wollen. Für uns ist gutes Essen also oft nur das, was zu unseren Essgewohnheiten passt. Genau diese Gewohnheiten gilt es, zu hinterfragen. Das ist sicher nicht der bequemste, aber der einzige Weg, um gemeinsam herauszufinden, was gutes Essen wirklich bedeutet.

Zuerst sollten wir uns bewusst machen, dass Essen uns am Leben hält und uns mit der Energie versorgt, die wir brauchen, um ein erfülltes Leben zu führen. Ist es dementsprechend nicht logisch, dass gutes Essen uns dabei helfen sollte, gesund zu bleiben? Auch wenn die Frage nach der gesündesten Ernährungsweise vermutlich für immer ungeklärt bleibt, ist es bei vielen Lebensmitteln doch ziemlich offensichtlich, ob sie unserem Körper schaden oder nicht. Während gerade bei tierischen Produkten die Meinungen stark auseinander gehen, sind sich alle einig, dass Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte die Hauptbestandteile unserer Ernährung sein sollten und stark verarbeitete Lebensmittel in der Regel nicht sonderlich gesundheitsfördernd sind. Sich allein das immer wieder bewusst zu machen, führt automatisch dazu, dass wir uns im Supermarkt öfter mal für Kartoffeln mit Gemüse und gegen Tiefkühlkost entscheiden. Denn auch wenn wir oft das Gefühl haben, uns mit leckerem Essen belohnen zu können, tun wir unserem Körper einen viel größeren Gefallen, wenn wir ihm möglichst oft einfache, gesunde Nahrung gönnen. Der Geschmack belohnt uns schließlich nur kurz, während die Auswirkungen auf unseren Körper unser gesamtes Leben positiv oder negativ beeinflussen können.

Doch heutzutage wird nicht nur unser körperliches Wohlbefinden durch das, was wir essen, beeinflusst. Wir leben in einer globalisierten Welt, in der Nahrung leider kein Privatvergnügen mehr ist. Lebensmittel können mittlerweile nicht nur in uns, sondern in der ganzen Welt eine Menge Schaden anrichten. Massentierhaltung (mehr zum Begriff siehe Beitrag von Flemming Kilian, oben) und Monokulturen sind wohl die bekanntesten Auswüchse der kapitalistischen Lebensmittelproduktion. Auch ohne genaue Zahlen und Fakten zu kennen, fühlt es sich für die meisten von uns absolut falsch an, wenn wir davon hören, dass Tiere ihr gesamtes Leben auf einer Fläche von unter einem Quadratmeter verbringen müssen und mit Nahrung gefüttert werden, die im ehemaligen Amazonasgebiet in Monokulturen angebaut wird. Die Weltbevölkerung wächst und während schon jetzt mehr als 900 Millionen Menschen hungern, wird wertvolle Nahrung nicht etwa für die hungernden Menschen, sondern als Kraftfutter für Tiere in Massentierhaltung angebaut. Um eine tierische Kalorie zu produzieren, werden je nach Tierart bis zu dreißig wertvolle, pflanzliche Kalorien verfüttert. Es lässt sich erahnen, welches Ausmaß die Ressourcenverschwendung in der Produktion tierischer Lebensmittel angenommen hat.

Doch so gut wie jeder von uns hat heutzutage die Möglichkeit, sich über diese und andere

Fortsetzung auf Seite 17

Fortsetzung von Seite 16

Missstände in der Lebensmittelproduktion zu informieren. Niemand von uns will Konzerne dafür bezahlen, dass sie Menschen, Tieren und unserem Planeten schaden. Wir müssen uns bloß motivieren und ein wenig Zeit investieren, um zu recherchieren, uns auszutauschen und letztendlich unsere Konsum-Gewohnheiten überdenken. Auch wenn das perfekte Essen im Bezug auf Gesundheit, Nachhaltigkeit und Ethik nicht klar zu definieren ist, kann jeder von uns jeden Tag sein Essen ein wenig besser gestalten. Wenn wir uns für gutes Essen entscheiden, können wir mit großer Wahrscheinlichkeit unserem Körper, anderen Menschen, Tieren und der Umwelt etwas Gutes tun. Denn wie bei fast jeder Konsumentscheidung, tragen wir heutzutage nicht nur für uns selbst die Verantwortung. Der Aufwand, den es uns kostet, uns über Nahrung und ihre Auswirkungen zu informieren, steht in keinem Verhältnis zu den Folgen, die unsere Entscheidungen mit sich bringen. Auch wenn wir im Bezug auf unser Essen nicht immer genau das Richtige tun können, sollte uns das nicht davon abhalten, es zu versuchen.

Seit Anfang des Jahres versuche ich alle Komponenten, die für mich gutes Essen ausmachen, auf einem Blog zusammen zu bringen und möglichst vielen lieben Leuten zugänglich zu machen. Ich möchte, dass mein Essen so wenig Leid wie möglich verursacht, mir hilft ein gesundes, glückliches Leben zu führen und ganz nebenbei auch noch verdammt gut schmeckt. Das kann einfacher - aber auch komplizierter sein als es klingt. Wenn also jemand nun das Gefühl hat, sich näher mit seinem Essen befassen zu wollen oder glaubt mir bei der Suche nach dem bestmöglichen Essen helfen zu können, würde ich mich riesig freuen, von euch zu hören! Denn auch, wenn ich noch nicht weiß, was die beste Ernährung ist, weiß ich, dass wir das nur gemeinsam herausfinden und dann wirklich etwas verändern können!

Pia Schulze
- FH Münster -

Die Autorin betreibt den Blog Kraftfutter: www. kraft-futter.de

Impulse für die Bildungspolitik

Warum der Fokus auf frühkindlicher Bildung liegen sollte

Bildung gehört in der Politik zu den wichtigsten Themen, wird jedoch häufig auf falscher Ebene angegangen. Dies zeigt nicht nur der Fokus auf vermeintlich erfolglosen Modellversuchen wie G8, sondern auch hochtrabende Diskussionen über Chancengleichheit, die nicht allzu selten im Sande verlaufen.

Manfred Spitzer, ärztlicher Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik in Ulm beschreibt hingegen ziemlich passend, wo der Fokus liegen sollte: „Es kommt auf die frühe Bildung an.“. Hiervon hängt ab, was später im Leben passiert und desto früher gefördert wird, umso größer der Effekt. Dies leuchtet jedem ein, denn im frühkindlichen Bereich ist die Offenheit für Prägungen noch am größten. So wird beispielsweise die Sprache gerade von der Geburt bis zum Grundschulalter am entscheidendsten geprägt. Es lässt sich also schnell erkennen, dass vor allem frühkindliche Bildung eine extrem wichtige Rolle im Bildungswesen spielen muss. Dies zeigt auch eine Rechnung vom Statistischen Bundesamt. So betragen die durchschnittlichen Kosten für den Besuch einer Tageseinrichtung 8.026 €, der Brutto-Nutzeneffekt (dieser wird über den durchschnittlichen höheren Bildungsstand und dem daraus resultierenden Lebenseinkommen berechnet) beträgt dabei einen Wert von 21.642 €. Dies entspricht einem Verhältnis von 1:2,7 und einem Netto-Nutzeneffekt von 13.616 €.

Über dieses Ergebnis lässt sich direkt auf ein weiteres Problem in Deutschland überleiten, die Chancenungleichheit in unserem Bildungssystem. Gerade sozial schwache Familien und Familien mit Migrationshintergrund können oder wollen solche Einrichtungen gar nicht nutzen. So liegt bei Familien mit Migrationshintergrund der Anteil derjenigen Kinder am höchsten, die nur für den vorgegeben Mindestzeitraum von einem Jahr den Kindergarten besuchen. Dabei wäre es gerade für diese Familien unglaublich hilfreich, könnten sie diese Optionen nutzen, denn häufig fehlen den Eltern ihrerseits die Bildung und die sozialen Kompetenzen, um diese an ihre Kinder weiterzugeben. Hier ist der Staat gefordert. Insbesondere bietet es sich an, bei der frühkindlichen Bildung anzusetzen, da hier noch das größte Potential vorhanden ist.

Deutschland hängt hier im internationalen Maßstab hinterher. So wird hierzulande nicht einmal ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Kindergärten und Kindertageseinrichtungen ausgegeben und das obwohl Deutschland mit Ausgaben von drei Prozent schon überdurchschnittlich viel Geld für Bildung im Allgemeinen ausgibt. Ganz anders zum Beispiel die skandinavischen Länder, die bei Studien wie Pisa immer ausgezeichnet abschneiden und ein wesentlich höheres Augenmerk auf frühkindliche Bildung legen. So beginnt man dort auch im Alter von unter drei Jahren in den sogenannten „Förskola“ mit der Förderung der Kinder. Auch gibt es in Schweden einen 24-Stunden Kindergarten inklusive Frühstück und Abendessen für die Eltern, Entwicklungsgespräche und Förderstunden für die Kinder und all dies zu einem Preis von monatlich maximal 150 €.

Dies sollte als Vorbild für Deutschland dienen und zeigen, was möglich ist. Vor allem ist es jetzt aber wichtig nicht in Aktionismus zu verfallen, sondern stattdessen zunächst die Grundlage für eine breite öffentliche Debatte zu dem Thema zu schaffen: Wir müssen unsere Bildungsdebatten mehr nach dem Zeitraum ausrichten, in dem wir die größten Chancen haben die Kinder zu beeinflussen. Mithin heißt das, dass wir den Fokus auf die frühkindliche Bildung legen müssen.

Benjamin Redmers
- Rheinberg -

Der Autor leistet derzeit Bundesfreiwilligendienst in einer Grundschule.

Studienfinanzierung als Selbstständiger

Ein Modell für die breite Studentenschaft?

Die Mehrzahl der Studenten in Deutschland steht zu Beginn ihres Studiums vor der entscheidenden Frage: Wie kann ich meinen Lebensunterhalt zukünftig bestreiten? Diese Frage wird insbesondere relevant vor dem Hintergrund, dass längst nicht jedes Elternhaus über die Möglichkeit verfügt, seinen Nachwuchs finanziell vollumfänglich auszustatten. Ferner ist trotz BAföG-Erhöhung vom Staat zumeist nur ein kleiner Bruchteil des benötigten Betrags zu erhalten und Stipendien sind — auch dank arbiträrer Auswahlverfahren — nur für einen Bruchteil der Studentenschaft erreichbar. Viele Studenten suchen dann als letzte Chance ihr Heil in einem Studienkredit und geraten so in die Gefahr einer Schuldenfalle mit Mitte zwanzig.

Für mich war dies keine Option und so entschied ich mich zu Beginn meines Studiums der Elektrotechnik an der RWTH-Aachen, mein Hobby zum (Neben-)Beruf zu machen. Schon während meiner letzten Schuljahre habe ich durch Webseitenerstellung und kleinere Programmierarbeiten mein Taschengeld aufgebessert. Um auch für den Businessbereich arbeiten zu können, hatte ich bereits damals ein Gewerbe angemeldet. War das eine Alternative zum heiß begehrten Studentenjob in einer der High-Tech-Schmieden der Kaiserstadt? Wenig aufregende Webseitengestaltung für kleinere Firmen oder Vereine, Programmierarbeiten, die sonst keiner machen will oder ähnliche Jobs waren eigentlich nicht das, was ich mir als angehender Ingenieur als Studentenjob vorstellte. Außerdem schwebte mir eher eine Art 40-Stunden-pro-Monat-Vertrag mit festem Einkommen bis zum Master vor. Das Kleingewerbe ist aber – so meine Erfahrung – mit sehr volatilem Arbeitseinsatz und folglich extrem schwankendem Einkommen verbunden. Dennoch habe ich mich entschieden das Gewerbe weiterzuführen. Heute, nach knapp zwei Semestern kann ich sagen, dass die Entscheidung für mich richtig war, denn das Einkommen stimmt und die Arbeit macht mir Spaß.

Kommen wir aber nach diesem persönlichen Exkurs zur eigentlichen Intention dieses Artikels zurück: Kann Selbstständigkeit eine echte Option zur Studienfinanzierung für die breite Masse der Studenten sein?

Die grundsätzliche Antwort muss zunächst lauten, dass keinesfalls jeder dafür geeignet ist. Schließlich sind schwankende Einkommen, das Risiko eines Zahlungsausfalls und Lieferfristen, die mit Studienleistungen kollidieren, zu beachten. Nicht jeder kann diesem Druck gerecht werden. Dennoch stellt sich die Frage, ob es sich hierbei nicht um eine Option handelt, die von mehr Studenten genutzt werden sollte. Dies ist eindeutig zu bejahen, denn die flexiblen Arbeitszeiten, ein verhältnismäßig guter Stundenlohn und nicht zuletzt Erfahrungen als Unternehmer sind gewichtige Gründe für die Selbstständigkeit.

Wie kann man nun aber mehr Leute bewegen, diesen Weg einzuschlagen? Es ist meines Erachtens der administrative Aufwand, den man als Gewerbetreibender zu leisten hat (von der Rechnungsstellung bis zur Steuererklärung), der viele Leute abschreckt. Hier ist die Politik gefordert, an die ich zusammenfassend mit einem Appell enden möchte: Wenn auch die Selbstständigkeit nicht für jeden geeignet ist, so wird bedauerlicherweise das Potenzial doch bei weitem nicht ausgeschöpft. Deshalb, lasst uns den Unternehmergeist in diesem Lande wieder aufleben und endlich die Krake der Bürokratie niederringen!

Alexander Guth
- RWTH Aachen -

KUNST

Nordstadt Blues

Im Frisörsalon von „Trödeltraud“, einem seltenen Original

„Was Frisöre können, können nur Frisöre“, steht auf dem Schild im Schaufenster. Willkommen in Edeltrauts Haarstudio. Treten Sie doch ein. Nehmen Sie Platz und lassen Sie es auf sich wirken. Begutachten Sie jedes Detail dieser Zeitkapsel ganz genau, denn es könnte Ihnen schnell etwas entgehen. Fangen Sie bei den Frisörauszeichnungen an und wühlen Sie sich durch knapp 25 Jahre Geschichte. Nicht die der Welt, großer Kunst oder der Musik. Nein, die ganz subjektive Geschichte von Edeltraut Zepuntke. Edeltraut wurde 1952 geboren, mit siebzehn heiratete sie bereits. Heute ist sie Dortmunderin, da hätte wohl niemand einen Zweifel. Doch als Kind, erzählt sie, war Hamburg ihre halbe Heimat. Ihre Mutter sagte früher immer, wenn sie an Hamburg vorbeifuhren, dass sie jetzt halb zu Hause seien. Eine Geschichte, die Edeltraut noch heute gerne erzählt. Den Rest erzählt ihr Laden fast von allein. Fotos, Erinnerungsstücke, alte Waschbecken und Spiegel gemischt mit Neuem. Alles verweist auf ein bewegtes Leben und brachte die preisgekrönte Frisörmeisterin zu ihrem Spitznamen: „Trödeltraud“.

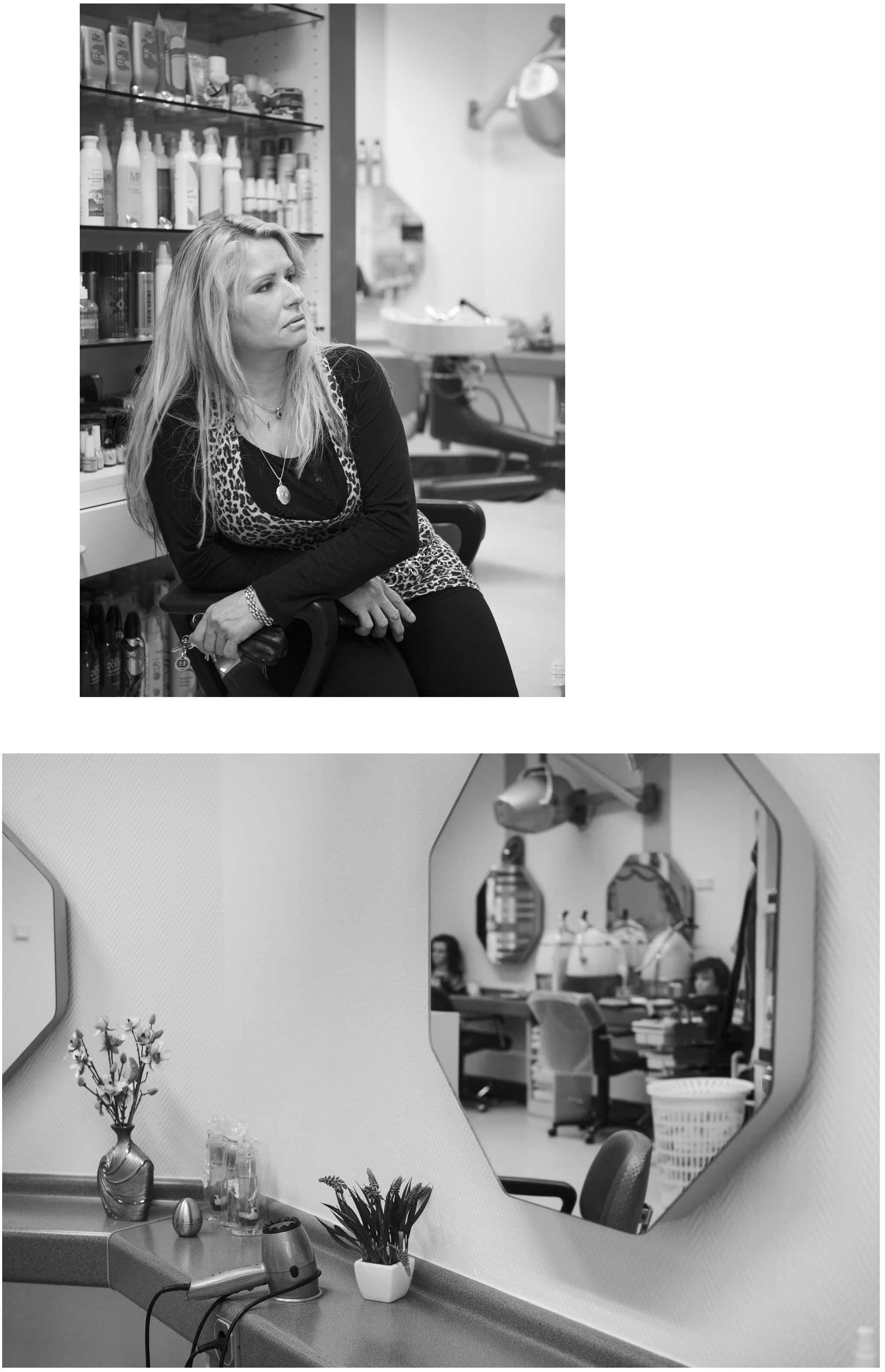
All diese Eindrücke, die Geschichten, das Leben, die Kunden, eben all das, was Edeltraut ausmacht, hat Monika Hanfland in ihrer Fotoreportage „Nordstadt Blues“ aufgefangen. Viele Stunden und Tage hat die Fotografin im Salon verbracht, um möglichst nah dran zu sein. Mit vorhandenem Licht verleiht sie ihren Bildern die nötige Authentizität. Durch die Schwarzweißaufnahmen bekommt das vermeintliche Chaos ein wenig Struktur und die vielen Einflüsse, die auf den Betrachter einprasseln, eine gewisse Ruhe. Es unterstreicht die Geschichte dieser Frau und ihres Ladens. Neben Fotografien vom Laden hat Monika einige Portraits der Besitzerin angefertigt. Diese zeigen Edeltraut auf ganz natürliche Art und Weise und geben der Geschichte ein Gesicht.

Zwölf Jahre lang war Edeltraut Zepuntke stolze Besitzerin zweier Frisörsalons. Doch das steigende Angebot und die nachlassende Nachfrage zwangen sie dazu, Anfang der 2000er einen der Läden zu schließen. Jetzt sind Erinnerungen und Inventar von vielen Jahren in einem Laden gebündelt. Schillernde Zeiten müssen es gewesen sein, wenn man Edeltrauts Geschichten lauscht, während sie eines der Fotoalben herausholt. Unzählige Bilder von Feiern im Salon, von Kindern, Freunden und Familie befinden sich darin. Von ihrem zu früh verstorbenen Mann und den beiden Läden. Sie erzählt von den Menschen, die damals zum Laden gehörten und ihren Geschichten. Sie erzählt von Urlauben in der ganzen Welt: Hongkong, San Francisco, Malaysia. Und dann erzählt sie weiter: Seit achtzehn Jahren habe sie keinen Urlaub mehr gemacht. Seitdem der erste Laden nicht mehr lief. Heute steht sie fünf Tage die Woche in ihrem mittlerweile einzigen Salon in der Nordstadt Dortmunds – als Original. Die restliche Zeit verbringt sie nicht mehr in fernen Ländern, sondern zu Hause im Garten. Was von damals geblieben ist, sind ihre Kunden. Nach ihnen kann Edeltraut die Uhr stellen, wie sie erzählt. Einige kommen jede Woche, andere alle zwei oder vier. Es sind nur Männer, die sie frisiert. „Ich kann auch Frauen, hab‘ ich aber kein‘ Bock drauf.“ Die Ausnahme kommt jedoch fast jeden Tag. Sie bringt Edeltraut etwas zum Mittag vorbei, nicht selten frisch gekocht. Im Gegenzug dazu schneidet Edeltraud ihr kostenlos die Haare. Dann setzt sie sich in die Küche des Salons, welche mit noch mehr Erinnerungsstücken gefüllt ist, genießt das Essen, redet ein wenig und raucht, bis der nächste Stammkunde kommt. Aber selbst diese wurden im Laufe der Jahre weniger und die Zeit, die Edeltraut in der Küche verbringt, mehr. Trotzdem hört sie nicht auf. Sie erzählt ganz selbstverständlich: „Entweder ich arbeite ordentlich oder gar nicht. Ich bin eben Jungfrau“. So bleibt sie ihrer Linie treu.

Während des Frisierens wird dann über dies und das gequatscht. Den Garten, das Wetter, den neuesten Tratsch und dass eine Drossel auf ihrem Balkon brüte. Oder war es eine Amsel? Den Unterschied kannte sie noch nie. Doch ihre Kunden kennt sie in- und auswendig, die meisten schon seit vielen Jahren. Andere kürzer. Ein Sechzehnjähriger kommt auch regelmäßig vorbei. Der wird mal Profifußballer, da ist Edeltraud sich sicher. Jeder Kunde wird persönlich auf norddortmunderische Art begrüßt. Flapsig, aber von Herzen. Ein Original eben. Und wie das mit solchen Originalen nun mal ist, hat sie auch ein großes Herz. Für Maria zum Beispiel. Als Maria zu Edeltraut kam, sprach sie kaum ein Wort Deutsch. Trotzdem ließ die Frisörmeisterin sie ein Jahr ein Praktikum bei ihr absolvieren. Sie brachte ihr die Sprache näher und erklärte ihr, wie sie ans Telefon zu gehen hat. Hart, aber herzlich. Edeltraut hat ebenso viele Facetten wie ihr Salon. Von vielen weiß sie wahrscheinlich selber nicht. Ihre Kunden aber, und deswegen kommen sie auch immer wieder. Nur zu ihr. Hier hin. In Edeltrauts Haarstudio.

Monika Hanfland (Fotos)
Jan Kempinski (Text)
- FH Dortmund -

Fragen oder Anmerkungen?
E-Mail an: monika.hanfland@gmx.de



BLOND SERIES 1+2
11/0
11/1
11/2
11/3
11/9
MIX TONES
0/11
0/33
S = Selecta Premium • F = Fervidol Brillant • C&C = Fervidol Color & Care

BARBER
spott-
billig!

Meine Zeitschrift für den

OLYMP